

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 15. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Ein Kanzlersturz.

Eine Extraausgabe des „Deutschen Reichsanzeigers“ und „Königlich Preussischen Staatsanzeigers“ meldet:

Seine Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst geruht:

dem Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten Fürsten von Bülow die nachgesuchte Entlassung aus seinen Ämtern unter Verleihung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler mit Brillanten zu erteilen und den Staatssekretär des Innern, Vizepräsidenten des Staatsministeriums, Staatsminister Dr. von Bethmann Hollweg zum Reichskanzler, Präsidenten des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.

den Staatsminister Delbrück zum Staatssekretär des Innern zu ernennen und mit der allgemeinen Stellvertretung des Reichskanzlers zu beauftragen.

den Staatssekretär des Reichshofamts, Staatsminister Sydow von seinen Dienstgeschäften zu entbinden und den Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Wirklichen Geheimen Rat Vermuth zum Staatssekretär des Reichshofamts zu ernennen.

den Staatsminister Delbrück von der Verwaltung des Ministeriums für Handel und Gewerbe zu entbinden und den Staatsminister Sydow zum Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen.

dem Staatsminister und Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten Dr. Halle die nachgesuchte Dienstentlassung unter Verleihung des Titels und Ranges eines Staatsministers und unter Verleihung des roten Adlersordens erster Klasse mit Eichenlaub zu erteilen.

den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Kammerherrn von Trotz zu Solz zum Staatsminister und Minister der geistlichen pp. Angelegenheiten zu ernennen und

den Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Kammerherrn von Loebel unter Verleihung des Charakters als Wirklicher Geheimen Rat mit dem Prädikat „Ezzenz“ zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu ernennen.

Das Spiel ist aus. In dem Kampf um die Finanzreform hat sich das Geschick des vierten Kanzlers vollendet und unter den Trümmern seiner Politik liegt der Mann am Boden, der so lange an der Macht war und so zäh um ihren Besitz gekämpft hat. Doch keinen Unerwarteten tragen die Ruinen. Fürst Bülow ging, als es Pflicht war zu bleiben und dem Kampfe nicht auszuweichen, den die ihn stürzten, dem deutschen Volke angeboten hatten. Und so ist sein Fortgehen doch nur eine Flucht und ein Bekenntnis seiner Schwäche geworden. Fürst Bülow war stark, solange ihn die stützten, deren Machtinteresse er gegen das Lebensbedürfnis des deutschen Volkes vertretete. Als sie ihn verließen, da stand seine eigene reaktionäre Vergangenheit gegen ihn auf und der Kanzler, der stets ein Kanzler der Junker und der Kapitalmagnaten und nie ein Diener des deutschen Volkes gewesen ist, konnte den Appell an das Volk nicht wagen.

Den „glücklichsten Kanzler“ hat man den Fürsten Bülow genannt. Am 20. Oktober 1897 wurde der damalige Vizekanzler in Rom auf Verwendung des Fürsten Culenbourg Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und damit bei der Schwäche des greisen Hohenlohe der Leiter der äußeren Politik. Am 17. Oktober 1900 wurde Fürst Bülow deutscher Reichskanzler. Wenn man heute diese lange Kanzlerschaft überhaut und nach den Gründen ihrer Dauer forscht, so wird man erkennen, daß das Wort: Weh Dir, daß Du ein Enkel bist, auf diesen Spätgekommenen keine Anwendung findet. Denn des Kanzlers Glück bestand gerade darin, daß er in der inneren Politik Früchte ernten konnte, in deren Erwartung die Früheren sich verbrauchten, während er in der äußeren Politik Anfänge setzte, an deren verhängnisvollen Folgen erst die Späteren schwer zu tragen haben werden. Es war der Kanzler einer Uebergangszeit, wie er in seiner Person selbst den Uebergang darstellt von dem preussischen Bureaucraten, der mit Polizei und Gendarmerie die Autorität verteidigt, zu dem parlamentarischen Minister, der sein Mittel parlamentarischer Demagogie in den Dienst großkapitalistischer Interessenvertretung zu stellen unterläßt. Fürst Bülow hatte in der inneren Politik die Methode der Diplomatie des 18. Jahrhunderts, jener Diplomatie, die sich zu den Zeiten ausgebildete, als es der Regierungswissenschaft letzter Schluß war, das Gleichgewicht Europas zu erhalten. Man wollte keine Erschütterung, weil man zwar wußte, wie solche beginnen, aber nicht, wie sie enden. Diese Methode war in der auswärtigen Politik zusammengebrochen in den Umwälzungen der revolutionären Epoche der bürgerlichen Revolutionen, die mit der Errichtung

der großen Nationalstaaten beschlossen wurde, aber sie blieb die Methode des Fürsten Bülow in der inneren Politik. Schon Caprivi und Hohenlohe haben versucht, alle bürgerlichen Parteien auf eine mittlere Linie zu einigen, und Riquel hatte das Wort von der Sammlungspolitik geprägt. Sie alle scheiterten, weil die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den bürgerlichen Schichten noch zu groß waren, weil die Zeit noch nicht erfüllt war, um die Interessengegensätze innerhalb der bürgerlichen Welt zu überbrücken durch den gemeinsamen Gegensatz gegen den Ansturm des Proletariats und das gemeinsame Interesse an einer weitreichenden, expansiven imperialistischen Weltpolitik.

Bülow kam später und hatte Erfolg, wo die anderen gescheitert waren. Die Partei des Proletariats war von Sieg zu Sieg geeilt. Ihre wachsende Stimmenmacht bedrohte immer mehr alle bürgerlichen Parteien und am meisten den städtischen Liberalismus, während eine durch die wirtschaftliche Entwicklung sich automatisch verschlechternde Wahlkreis-einteilung die agrarischen Kreise der Konservativen und des Zentrums weniger gefährdet erscheinen ließ. Die Feindschaft gegen die Sozialdemokratie verstärkte sich bei den liberalen Parteien immer mehr und näherte sie immer mehr ihren früheren bürgerlichen Gegnern. Gleichzeitig wuchs die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats. Immer größer wurde ihre Macht, immer fühlbarer ihr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen. Der Handwerker und der Kleinkapitalist sah immer wilder die Einschränkung seiner Ausbeutungsfreiheit und erblickte in den großen Industriellen, den mächtigsten Gegnern der Sozialpolitik und der Arbeiterorganisationen, seinen Bundesgenossen im Kampfe gegen das Proletariat. Der mächtige industrielle Aufschwung, der 1895 einsetzte, eine Wirkung der größeren Handelsfreiheit, die unter Caprivi durchgeführt worden und noch mehr der raschen Erweiterung des Weltmarktes schwächte auf der einen Seite den Gegensatz zwischen Mittelstand und Großkapital, der in der Zeit der Krise stets so scharf hervortritt, und brachte für den Großgrundbesitz die Zeit der Leutenot, den Zug vom Lande nach der Stadt. Die Sympathien oder auch nur die Gleichgültigkeit, die einst die Aristokratie für die Sozialpolitik in der Industrie gehabt hatte, wich einer wachsenden Feindschaft gegen die Lebenshaltung des städtischen Proletariats, die die Landarbeiter in die Stadt lockte und die Zurückbleibenden immer „begehrlicher“ machte. Zugleich machte die steigende politische Macht der Sozialdemokratie sie zu einer immer gefährlicher werdenden Feindin des junkerlich-bureaucratischen Regierungssystems, zur selben Zeit, als die Beherrschung der politischen Macht für die Junker die Lebensbedingung auch ihrer ökonomischen Existenz geworden war. So schmiedete die Feindschaft gegen das Proletariat ein Band der Interessengemeinschaft um alle bürgerlichen Parteien. Aber noch hielt sie der Gegensatz in der Wirtschaftspolitik und damit der im Dienste der jeweiligen Wirtschaftspolitik stehenden auswärtigen Machtpolitik auseinander, als Fürst Bülow Kanzler wurde. Dieser Gegensatz mußte deshalb zuerst ausgekämpft werden.

Diese Kämpfe erfüllen die erste Periode der Kanzlerschaft des Fürsten Bülow. Als er zur Regierung kam, fand er eine Situation, die eine gewisse Ähnlichkeit hatte, mit der, die zur jüngsten Krise geführt hat. Es war die Zeit der Kanalrebellion. Die Junker leisteten den Notwendigkeiten der industriellen Entwicklung einen unbegreiflichen Widerstand. Es imponierte ihnen nicht im geringsten, daß die Krone ihre Autorität gegen sie einzusetzen versuchte. Die Kanalvorlage fiel. Bülow, der zunächst geögert hatte, beugte sich der Junkermacht. Er beendete den Kanalstreit durch ein „Kompromiß“, das in Wirklichkeit einen Triumph der Junker bedeutete, und versöhnte, wie er sich immer wieder rühmte, die Konservativen mit der Krone. So wurde er der agrarische Reichskanzler, weil er die Macht der Konservativen kennen gelernt hatte, und als solcher hat er zunächst die Wirtschaftspolitik des Reiches in den Dienst agrarischer Interessen gestellt. Doch nicht agrarischer allein; denn auch in seiner Wirtschaftspolitik war Fürst Bülow der Sammelpolitiker, der die Früchte der ökonomischen Entwicklung in seine Scheuern zu bringen wußte. Mit dem agrarischen Interesse an Erhöhung der Lebensmittelpreise verband sich das Schutzollinteresse der schweren Industrie, der kapitalistisch entwickeltesten Produktionszweige, die den Schutzoll freilich nicht als Schwäche gegen übermächtige ausländische Konkurrenz brauchten, sondern ihn als Stärke zur Errichtung und Festigung der Kartelle, zur Erhöhung der Inlandspreise und zu Exportprämien für die Erleichterung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausnützen wollten. So kam jener Politikarist zustande, der für die arbeitenden Massen eine so schwere Belastung bedeutete, aber die ländliche Grundrente um zirka eine halbe Milliarde jährlich steigerte und den kartellierten Kapitalmagnaten eine herausschende Vermehrung des Reichtums auf Kosten der Gesamtheit brachte, von der freilich bei der Steuerfuge wenig die Rede war, als es galt, die Kosten dieser Politik aufzubringen.

Bedeutete aber der Politikarist eine schwere ökonomische Schädigung der Volksmassen zugunsten der Besitzenden, so endete der Kampf um seine Durchsetzung mit einer schlimmen Beeinträchtigung der wenigen politischen Rechte der Minderheit. Der Rechtsbruch, der die Geschäftsordnung zertrümmerte, hat den deutschen Reichstag zum ohnmächtigen Parlament gemacht und dem Absolutismus jeder Zufallsmajorität alle Schranken aus dem Wege geräumt. Der Kampf um die Finanzreform war dafür der Beweis und den Triumph des schwarzen Blocks hat Fürst Bülow an jenem Tage vorbereitet, als mit seinem Einverständnis die Ley Kardorff dem Reichstag auferlegt wurde.

Der Politikarist aber bedeutete den Bund der wichtigsten Zweige des industriellen Kapitels mit den agrarischen Schichten. Konservativen, Zentrum und Nationalliberale schienen auf Beideh und Verderb mit der Regierung Bülows verbunden und dieser Bund wurde nur noch fester, als das deutsche Volk bei den Wahlen von 1903 sein Urteil fällte. Die riesige Zunahme der Sozialdemokratie trieb die im Wahlkampf Besiegten umso enger zusammen und vereinigte sie in der Forderung einer Politik gegen die Sozialdemokratie, für die Fürst Bülow stets bereit war. Der Rest der bürgerlichen Opposition aber, der Freisinn, sah sich zu einer hoffnungslosen und bedeutungslosen Minorität verurteilt. Die innere Politik des Fürsten Bülow schien damit dem Ziele nicht mehr fern. Mit der Durchsetzung des Politikarists waren die großen wirtschaftspolitischen Kämpfe zunächst ausgekämpft; zugleich waren Großindustrie und Großgrundbesitz mit einander verbündet und im Gefolge dieser ökonomisch führenden Schichten war ein großer Teil des städtischen und ländlichen Mittelstandes. Abseits standen nur die politisch nicht ausschlaggebenden kapitalistischen Schichten, die am Freihandel interessiert waren, der Exporthandel, das Börsen- und Bankkapital mit ihrem Anhang in den Großstädten. Ihre geringe politische Macht mußte ihr Einwirken zu den Regierungsparteien nach Beendigung der Politikaristkämpfe nur als Frage der Zeit erscheinen lassen. Bülows sozialpolitischer Kurs war durchaus nicht geeignet, diese Einigung der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse zu fördern. Graf Posadowskys Sozialpolitik erstreckte zu einem Teil im Bureaucratismus, zum andern wußte sie den Widerstand der großkapitalistischen Gegner, die im preussischen Ministerium ihre Sachwalter fanden, nicht zu überwinden und Fürst Bülow hütete sich, an diesen Zuständen etwas zu ändern. So wurde hier und da ein Flicken aufgeleimt, ohne daß je ein Ganzes zustande kam. Diese Politik entsprang der Rücksicht auf die demagogischen Interessen des Zentrums, aber keineswegs dem Bewußtsein von der Notwendigkeit einer großzügigen Sozialreform.

Die Wendung in der inneren Politik kam aber schließlich nicht aus innerpolitischen Verhältnissen allein, sondern als Rückwirkung der auswärtigen Politik. Der Uebergang zur Schutzollpolitik führt mit sich das Streben nach dem Besitz von Kolonien. Denn der Schutzoll bedeutet die Absperrung der nationalen Wirtschaftsgebiete von dem fremden Wettbewerb. Ein Schutzollsystem aber erzeugt das andere und so tritt diese Absperrungspolitik in Widerspruch mit einer Lebensbedingung der kapitalistischen Produktionsweise, ihrer ständigen Expansion. Der Widerspruch wird überwunden durch Einbeziehung neu erschlossener und zu erschließender Märkte in das eigene Wirtschaftsgebiet, also durch Eroberung von Kolonien. Die Kolonialpolitik wird zum Angelpunkt der auswärtigen Politik, und Fürst Bülow hat von Anfang an seine Politik in den Dienst des kapitalistischen Expansionsinteresses gestellt. Schon als Staatssekretär sprach er von dem „größeren Deutschland“ und von dem „Platz an der Sonne“, den er dem Reiche verschaffen wollte. Deutschland aber war zuletzt unter den Völkern zu politischer Einigung und Macht gekommen. Als Kontinentalmacht hatte es nie an Kolonialerwerb Interesse. Die neue Politik mußte daher auf den Interessengegensatz der anderen Kolonialmächte stoßen, vor allem auf die Gegnerschaft Englands und Frankreichs. Es war klar, daß eine solche Politik, sollte sie überhaupt Erfolg versprechen, den Einsatz stärkster Machtmittel forderte. So wurde dem deutschen Volke neben den Kosten für die stärkste Landmacht noch die stets und in beängstigendem Tempo wachsende einer starken Seemacht aufgebürdet. Zu diesen finanziellen Opfern trat die Gefährdung des Friedens durch die wachsende Eifersucht der rivalisierenden imperialistischen Mächte. Der laute, herausfordernde Charakter, den diese Politik durch das Eingreifen des persönlichen Regiments annahm, gab den Imperialisten des Auslandes die Gelegenheit, die Feindschaft gegen Deutschland noch zu vermehren. Die Offiziere des Kanzlers haben oft erklärt, daß ihr Herr gegen diese geräuschvolle Politik angekämpft, bisweilen noch schlimmeres verhindert habe. Allein die Worte hätten nicht so viel geschadet, wenn nicht die Taten gewesen, für die der Kanzler allein verantwortlich war. Da war die Besetzung Kiautschous, der Hunnen- und Walderseezug, die unglückliche Einmischung in den Frieden von Schimonoseki, die Rußland half, Japan den Siegespreis über China zu ent-

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die (schon) gebaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

reihen und uns so die aufstrebende Macht feind machte, ohne dem deutschen Interesse zu dienen. Und ebenso fehlte der Erfolg den anderen Aktionen der Weltpolitik. Die Marokkopolitik verschärfte den Gegensatz zu Frankreich zweimal bis zur Kriegsgefahr und trieb es an die Seite Englands. Zu England selbst aber wuchs der Gegensatz beständig und hier hat Fürst Bülow durch die Ablehnung eines Vertrages über die Einschränkung der Rüstungen dem deutschen Volke schweren, in seinen Folgen noch unabsehbaren Schaden getan.

Aber diese Rüstungs- und Weltpolitik wurzelt so tief in den ökonomischen Interessen des Hochkapitalismus, daß das Bürgertum diese Politik auch auf jede Gefahr hin unterstützt. Der imperialistische Politik haben alle bürgerlichen Parteien in stets wachsendem Umfang zugestimmt und schon vor der offiziellen Proklamierung der Weltpolitik hatte auch der Freisinn seine Opposition fast völlig aufgegeben. Konnte er widerstehen, als Fürst Bülow ihn einlud, auch den Schein dieser Opposition aufzugeben?

Das Motiv der Weltpolitik, die die letzte Phase der Kanzlerpolitik bildete, ist nicht völlig klar. Doch soviel scheint sicher. In seiner ersten Phase hatte Fürst Bülow die schwerwiegendsten wirtschaftlichen Kämpfe im Sinne der Agrarier und des Großkapitals zu Ende geführt und in der äußeren Politik als Kanzler des Imperialismus Deutschland in der Weltpolitik engagiert. In der zweiten Phase stand nach den Wahlen von 1903 der Kampf gegen die Sozialdemokratie im Vordergrund der inneren Politik. Die dritte Phase ist ausgefüllt mit dem Kampf um die Steigerung und Erhaltung der eigenen Macht. Der Imperialismus aber war die bewegende Kraft der Politik dieser Epoche. Imperialistische Politik bedeutet wachsende Gefahren für die Aufrechterhaltung des Friedens, steigende Belastung des Volkes, Stillstand der Sozialpolitik, Konzentration aller militärischen und finanziellen Kräfte in den Dienst einer Expansionspolitik, deren Erfolge nur dem Großkapital zufallen. Sie trägt daher kein Jögern, keine nörgelnde Kritik des Kleinbürgertums; sie ist keine Politik der halben Mittel. Gerade das aber war die Taktik des Zentrums, das im Großen bewilligte und im Kleinen abstrich, das prinzipiell bejahte und in Nebensachen verneinte, das die Kosten nur bewilligte, wenn ihm Konzeptionen gewährt wurden, die zwar gleichgültig, aber für die Bürokratie doch eine Einschränkung ihrer Selbstherrlichkeit waren und das Ansehen und die Stellung des Kanzlers bei dem Kaiser schwächten. Die Ausnützung der imperialistischen Stimmung konnte diese Opposition schwächen und zugleich gestalten, die letzten oppositionellen Elemente des Bürgertums an die Regierungsparteien anzugliedern. Zugleich konnte dadurch die Sozialdemokratie bei der Verteilung der Mandate geschädigt werden. Jedem blieb Bülow, dessen Stellung erschüttert war, keine Wahl und so wurde das Experiment mit der Reichstagsauflösung gewagt. Der Kanzler organisierte im Bunde mit dem Diebsteck vom Reichsverbande und dem General Kom vom Flottenverein jene Hottentottenwahlen, die zu der Weltpolitik geführt haben, deren klägliches Ende nun auch das Ende ihres Erfinders bedeutet, die aber nicht vorübergegangen ist ohne bedeutende Änderungen in dem Charakter der bürgerlichen Parteien. Der Freisinn hat seine oppositionelle Vergangenheit völlig liquidiert; er hat jeden Widerstand gegen den Militarismus und Marinismus, gegen Kolonial- und Weltpolitik aufgegeben. Es wäre verfehlt zu meinen, daß seine jetzige Oppositionsstellung die Rückkehr zu dem verratenen Programm bedeutet. Im Gegenteil scheint er gerade jetzt auch zu einem allmählichen Preisgeben seines freihändlerischen Standpunktes bereit, um sich damit die Wiederkehr als Regierungspartei zu erleichtern. Das Zentrum hat die Weltpolitik nicht als Oppositionspartei bejaht, sondern dadurch, daß es den Liberalismus an reaktionären Zugeständnissen noch übertrumpft hat und jede Rücksicht auf seine oppositionellen Elemente aufgegeben hat. So gehen diese beiden alten Oppositionsparteien aus der Weltpolitik verhandelt hervor. Sie sind beide Regierungsparteien geworden und ihre Kämpfe zu bloßen Konkurrenzkämpfen um den größeren Einfluß. Die entscheidenden wirtschaftlichen Gegensätze aber sind überbrückt. Wenn Fürst Bülow an der Weltpolitik gescheitert ist, so nicht deshalb, weil die wirtschaftlichen Gegensätze den Block gesprengt haben, sondern weil die preussischen Konservativen ihre Macht behaupten wollten gegen einen Kanzler, der ihnen zu mächtig geworden war. Fürst Bülow hatte in dem Block eine wie es schien so zuverlässige Majorität, wie kein Kanzler vorher. Das Zentrum im Hintergrunde garantierte jederzeit die Willfährigkeit der Liberalen. Die andere Einschränkung seiner Macht, das persönliche Regiment, aber war schließlich, nachdem Fürst Bülow alle Mittel seiner Diplomatie erschöpft hatte, in den Novembertagen, durch die Empörung der öffentlichen Meinung zunächst zurückgedrängt worden, Fürst Bülow schien freie Bahn zu haben, und er wollte seine Macht befestigen, indem er dieselbe Konstellation, die ihn im Reiche so unumschränkt schalten ließ, durch Änderung des Dreiklassenwahlrechts zugunsten der Nationalliberalen auf Preußen übertragen, auf die Stelle, wo schließlich die Geschichte Deutschlands sich entscheiden. Das war es, daß die Konservativen in den Kampf trieb, der nur bei der Reichsfinanzreform entschieden werden konnte. Die Erbschaftsteuer wurde das Kampfobjekt. Gefämpft wurde um die Frage, ob die Diktatur der Bürokratie, die sich in Bülow verkörperte, oder die der preussischen Junker siegen sollte, und gerade deshalb konnte sie mit keinem Kompromiß enden. Aus dem gleichen Grunde aber ist Fürst Bülow gefallen. Er kämpfte nur für die Sache, ebenso wie seine Gegner. Die Sache des Volkes war beiden feind. Bülow's Kampf mit den Junkern war kein Kampf um ein Prinzip, sondern nur ein Kampf um die Herrschaft. Agrarisch ist Fürst Bülow stets gewesen und ebenso Vertreter des Großkapitals. Zugleich aber wollte er die ökonomischen Bedürfnisse dieser Schichten für seine eigenen Zwecke ausnützen und dabei geriet er mit den Herrscherinteressen der Junker in den Konflikt, den auszukämpfen er nicht imstande war. Da er nur der eigenen Sache diente, konnte er nicht an das Volk appellieren, dessen Interesse die Befestigung jeder Diktatur verlangt, das der Politik des Kanzlers nicht minder feind ist als der Politik der Junker. Wenn Fürst Bülow selbst erklärt, er hätte nicht auflösen können, weil die Stärkung der Sozialdemokratie das Werk der Steuerbelastung gefährdet hätte, so ist dies eben das Geständnis, daß seine Politik im Gegensatz gestanden hat zu den Interessen der deutschen Arbeiter. An diesem Gegensatz ist Fürst Bülow schließlich zugrunde gegangen.

Die Verhältnisse, die zum Sturze Bülow's geführt haben, sind auch bestimmend für die Politik seines Nachfolgers. Der neue Kanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, hat bisher wenig Proben von politischer Selbstständigkeit gegeben. Während der Finanzreform hat er die wenig angenehme Aufgabe gehabt, den Umfall der Verbündeten Regierungen zu verhindern. In seiner Stellung als der Sozialpolitiker des Reiches hat er in den zwei Jahren seiner Tätigkeit keinen positiven Erfolg aufzuweisen. Die sozialpolitischen Gesetzentwürfe, wie das Arbeitsamtergesetz und die Ordnung der Arbeiterversicherung, erfüllen dringende Wünsche der Arbeiterklasse nicht und verraten die verhängnisvolle Absicht, die Selbstständigkeit und Freiheit, die die unerlässliche Vorbedingung jeder ersprießlichen Betätigung der Arbeiter sind, zugunsten bürokratischer Bevormundung einzuschränken. Es zeigt auch nicht von Verständnis für die Notwendigkeiten der gewerkschaftlichen Organisationen, daß der neue Kanzler die christlichen Arbeiterorganisationen gegen die freien Gewerkschaften auszuspielen versucht hat und so die Spaltung der Arbeitergewerkschaften aus politischen Rücksichten zu fördern bemüht war. Auch spricht es nicht für ihn, daß er dem Schluß des Reichstages, der alle Arbeit an den sozialpolitischen Vorlagen vernichtet, keinen Widerspruch entgegenzusetzen hat.

Vor allem aber findet der neue Kanzler eine Situation vor, die für die Regierung wenig günstig ist. Die Kapitulation vor dem schwarzen Block hat die Reste der Autorität einer deutschen Regierung völlig vernichtet. In den weitesten Kreisen erwachte die Erkenntnis, daß die deutsche Regierung nur ein gefügiges Werkzeug in den Händen der preussischen Junker ist. Man muß bezweifeln, ob Herr v. Bethmann Hollweg der Mann dazu ist, nicht etwa diesen Zustand aus eigener Kraft zu ändern, aber wenigstens den Kampf gegen die Junkerherrschaft, der von den breiten Volksmassen aufgenommen werden muß, nicht allzu sehr zu hindern. Diese Zweifel müssen umso stärker werden, da Herr von Bethmann Hollweg als preussischer Minister sich als Feind des gleichen Rechts in Preußen bekannt hat und damit in dieser Kardinalfrage unserer politischen Zukunft auf die Seite der Junker getreten ist.

Herrn Bethmann's Nachfolge übernimmt der bisherige preussische Handelsminister. Herr v. Delbrück hat sich erst in der letzten Zeit bei der Beratung der Vergesetznovelle als ein Mann gezeigt, der auf die Wünsche der Unternehmer weitgehendste Rücksicht nimmt und mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, allen sozialdemokratischen Verbesserungsanträgen entgegengetreten ist. Herr v. Wermuth übernimmt die unglückselige Erbschaft des Herrn von Sydow. Er hat als Hochmann in handelspolitischen Dingen einen guten Ruf, den er in Finanzangelegenheiten erst wieder erwerben muß. Im übrigen ist er ein streng konservativ gesinnter Beamter. Sein Vorgänger im Reichsfinanzamt ist preussischer Handelsminister geworden. Ob damit gesagt sein soll, daß das preussische Handelsministerium für jemand, der als Schatzsekretär völlig versagt hat, eine geeignete Aufstufungsstätte ist, wissen wir nicht. Vielleicht bedeutet diese Ernennung nur den Uebergang zu der endgültigen Kalkulation.

Auch das preussische Kultusministerium, das solange verwaist war, ist endlich einmal besetzt worden. Herr v. Trost gilt als konservativer, kirchlich orthodoxer Mann. Seine Ernennung wird also an dem Kurs, den Herr Dr. Schwarzkopff bestimmt, nichts ändern.

Im ganzen macht das neue Ministerium den Eindruck eines bürokratischen Geschäftsministeriums. Die wirklichen Entscheidungen werden wie in den letzten Wochen in den Händen des konservativ-liberalen Bundes liegen. Eine Änderung kann nicht von oben, sie kann nur von unten kommen, und dies ist um so nötiger, als auch diese Ernennung wieder beweist, wie sehr wir in Deutschland noch von konstitutionellen Verhältnissen entfernt sind. In den wichtigsten Regierungsstellen ist ein völliger Wechsel erfolgt, aber der Reichstag ist geschlossen und wird erst nach Monaten zu diesen bedeutenden politischen Vorgängen Stellung nehmen zu können. Die Ohnmacht der Volksvertretung kann nicht wirksamer demonstriert werden. Um so dringender ist es aber auch, an die politische Arbeit zu gehen, um an die Stelle des Scheinkonstitutionalismus endlich die parlamentarische Regierungsform zu setzen, die allein eines reifen Volkes würdig ist.

## Bülow gegen die Konservativen.

Bülow hat es sich nicht werden können, vor seiner formalen Verabschiedung seinem Herzen noch einmal gründlich Luft zu machen. Und zwar in einer langen Rede voll stacheliger Epithen und voll vibrierenden Grimmes gegen diejenigen, die ihn gestürzt: gegen die Leitung der konservativen Partei. Diese Rede, die eine fulminante Anklage gegen die Konservativen und eine leidenschaftliche Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn v. Heydenbrand darstellt, wurde leider nicht da gehalten, wohin sie gehörte, nämlich im Reichstag, sondern einem journalistischen Mittelsmann, dem Chefredakteur des nationalliberalen „Hamb. Anz.“ in die Feder diktiert. Wir geben die Philippika Bülow's im folgenden in den wichtigsten Stellen wieder.

### Keine Reichstagsauflösung aus Furcht vor der Sozialdemokratie.

Bülow begann: Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich mich gegen den albernsten Vorwurf verteidige, es hätte mir dazu an persönlichem Nutze gefehlt. Ich habe lange genug in politischen Kämpfen gestanden, habe so viele Aktionen des letzten Jahrzehnts im Kampfe durchgesehen, daß man mich mit solchen Anklagen versehen sollte. Wenn ich es nicht für richtig gehalten habe, dem Kaiser die Auflösung vorzuschlagen, so haben mich sachliche Gründe bestimmt. Ich müßte anderen Erwägungen folgen als der Parteimann. Ich müßte auch die Zukunft im Auge behalten. Ich konnte mich nicht für einen Wahlkampf begeistern, der nach rechts hätte geführt werden müssen und zum notwendigen Ergebnis eine gar nicht abzuschätzende Verstärkung des Radikalismus und speziell der Sozialdemokratie gehabt hätte. Die Auflösung hätte zudem eine Verschiebung der Reichsfinanzreform zur Folge gehabt, und niemand weiß mehr wie ich, wie sehr die Einzelstaaten die endliche Erledigung der Sache herbeiwünschten, wie außerordentlich sie unter einer weiteren Verzögerung zu leiden gehabt hätten. Und dann: hätte denn ein im Kampfe gegen rechts zusammengebrachter Reichstag eine Mehrheit für eine im Sinne der Reichsregierung brauchbare Reform zur Verfügung gestellt? Vom Standpunkte der Befürworter der Auflösung wäre günstigstenfalls eine liberal-sozialdemokratische Mehrheit zu erwarten gewesen. Sie werden mir zugeben, daß wir von einer solchen Mehrheit 400 Millionen indirekter Steuern nicht hätten erhalten können. Nach Lage der Dinge konnte in diesem Augenblick die Auflösung für die Verbündeten Regierungen nicht in Frage kommen.

### Das Opfer des Zentrumshasses.

„Daß das Zentrum“, fuhr der Fürst fort, „die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht hat, das hat mich nicht getrauert. Das Zentrum hat sich über die unbestreitbaren Vorzüge dieser Steuer über die Tatsache, daß viele seiner namhaftesten Vertreter ebenso wie leitende Zentrumskräfte seit Jahren für diese Steuer eingetreten sind, über die Tatsache, daß sie sozialpolitisch und steuerrechtlich dem Zentrumprogramm entspricht — über alles das hat sich das Zentrum in dem Augenblick mit dem ihm eigenen taktischen Elastizität hinweggesetzt, wo es hoffen konnte, die Konservativen zu sich herüberzuziehen und mir damit ein Bein zu stellen. Ich nehme das den Zentrum auch gar nicht übel. Ich nehme das dem Zentrum wenig übel, wie ich die gleiche Haltung den Polen abnehme, die auch, obwohl an und für sich Freunde der Erbschaftsteuer, auf daß gegen mich gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer gestimmt haben. A la guerre comme à la guerre. Von der Seite hatte ich es nicht anders erwartet.“

### Die Konservativen als Zentrumshändler.

„Die Haltung der Konservativen“, erklärte der Fürst mit sehr ernstem Gesicht weiter, „ist mir weniger verständlich gewesen, und es wird auch nicht gelingen, sie dem Lande verständlich zu machen. Der Eindruck wird unermessbar haften, daß die Konservativen dem zur ausschlaggebenden Stellung zurückgelangten Zentrum Händlerdienste geleistet haben. Wenn die Konservativen jetzt erklären lassen, sie hätten die grundsätzliche Anschuldigung des Zentrums für einen politischen Fehler gehalten, so kann damit nur die Weltpolitik gemeint sein. Denn den politischen Fehler der grundsätzlichen Anschuldigung des Zentrums habe ich nie begangen. Wenn aber die Konservativen die Weltpolitik für einen Fehler gehalten haben, so verstehe ich nicht, warum sie zweieinhalb Jahre hindurch diese Politik mitgemacht und durch Stellung des ersten Präsidenten im Reichstag sanktioniert haben. Ich vermag hier politische Logik und Konsequenz nicht zu entdecken... Die Ausdehnung der Erbschaftsteuer, deren Prinzip sie ja schon anerkannt hatten, das ist nicht eine Frage, die konservative Grundzüge berührt, von der Seite oder Nichtsein der konservativen Partei abhängt. Diese Frage ist künstlich aufgebraut worden. Und wenn man jetzt nachträglich das Prinzip des Reichstagswahlrechts

in diese Debatte wirft, in einem Moment, wo man den Massenkonsum erheblich belastet, so fürchte ich, daß man nur Wasser auf die sozialdemokratischen Agitationsmühlen geleitet. Das Land wird auch mehr und mehr erkennen, daß, wenn die Haltung der Konservativen eine andere gewesen wäre die Finanzreform in einer nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ befriedigenden Weise ohne Sprengung des Blocks, ohne Wechsel in der Regierung, ohne Preisgabe der Erzeugnisse und Hoffnungen des Wahlkampfes vom Januar 1907, des schönen Aufschwungs von damals, sehr wohl zustande kommen konnte.

### Der Ueberwinder der Sozialdemokratie!

Nach weiteren Klagen über die treulose Taktik der Agrarier und die gegen ihn in Szene gesetzte „Aktion“, die ihn zum Rücktritt zwang, fährt Bülow fort:

„Ob sie richtig und für das Land ersprießlich war, wird sich auch bei den nächsten Wahlen zeigen. Ich kann doch wohl für mich in Anspruch nehmen, daß ich die Sozialdemokratie nicht nur in ihren Führern rednerisch überwunden sondern ihr eine schwere, praktisch und politisch bedeutungsvolle Wahlniederlage beigebracht habe. Zudem die Fraktion von 80 auf 40 Sitze heruntergedrückt wurde ist der Beweis geliefert worden, daß die Sozialdemokratie auch ohne Ausnahmegeetze und Polizeimahregeln bekämpft und besiegt werden kann. Wir werden sehen, ob dies bei den nächsten Wahlen wieder gelingt. Die Sozialdemokratie befindet sich jetzt in rückwärtiger Bewegung. Wir werden sehen, ob die sozialdemokratische Flut weiter zurückgehen wird... Wenn dies gelingt, so wird sich niemand mehr darüber freuen als ich. Denn ich werde darin die Befähigung erhalten, daß ich mit meiner Politik auf dem richtigen Wege war, daß sie sich durchsetzte trotz der Fehler der Konservativen. Wenn nicht, so wird man darin das schlimme Ergebnis der Haltung der Konservativen zu sehen haben, die dann als

### feiwiles Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes

erkannt werden würde. Bei Philippis sehen wir uns wieder.“

### Die Konservativen wollten Bülow stürzen!

„Es können Situationen entstehen, wo ein Minister, der Ueberzeugungen hat und es ernst mit seinen Ueberzeugungen nimmt, nicht im Amte bleiben kann. Daß eine solche Situation für mich entstehen könnte, darauf habe ich die Konservativen rechtzeitig hingewiesen, im Reichstage und unter vier Augen, offen und ehrlich, in einer Weise, die jeden Zweifel ausschloß. Solche Zweifel haben auch bei der konservativen Parteileitung gar nicht bestanden. Sie war sich über den Charakter meiner Warnungen durchaus im klaren. Sie wußte, daß ihre Taktik mich zum Rücktritt zwingen mußte. Indem sie meinen Warnungen keine Rechnung trug, hat sie mit Bewußtsein eine Lage herbeigeführt, in der ich nicht bleiben konnte... Es ist endlich irrig und unrichtig, und es ist irreführend, die Sache so darzustellen, als hätte ich meine Entlassung lediglich aus dem Grunde genommen, weil die Erweiterung der Erbschaftsteuer nicht durchgegangen ist. Gewiß, das würde allen Traditionen widersprechen, wenn ein Minister ginge, weil eine von ihm vorgelegene Gesetzesvorlage vom Parlament abgelehnt wird. Das ist aber gar nicht der Grund meiner Entlassung. Ich habe mich zum Rücktritt entschlossen, weil durch die Haltung der konservativen Partei eine politische Konstellation herbeigeführt worden ist, welche unter Trennung von den liberalen Parteien und sogar von den Waffenhütern des alten Bismarckischen Kartells die Konservativen zum engsten Bunde mit dem Zentrum und mit den Polen geführt und dadurch das Zentrum wieder zur ausschlaggebenden Partei gemacht hat. Die Folgen dieser Haltung der Konservativen und die hierdurch herbeigeführte Konstellation haben mein Verbleiben im Amte unmöglich gemacht.“

### Die schwarze Gefahr.

Jedermann weiß, wie fern mir auf konfessionellem Gebiete Ungerechtigkeit, Vorurteil und Voreingenommenheit liegen. Die waren von der Möglichkeit eines Kulturkampfes nie weiter entfernt, als während meiner Amtszeit. Aber daß eine Partei, die auf konfessioneller Basis steht, durch konfessionelle Gesichtspunkte zusammengehalten wird und die dabei die konfessionelle Minderheit vertritt, daß diese Partei den ausschlaggebenden Einfluß ausübt im Deutschen Reichstag und diesen Einfluß so mißbrauchen kann, wie das am 18. Dezember 1906 der Fall war, das halte ich allerdings für einen schweren Schaden. Ich glaube, das ist kein Blick für die religiösen Interessen der katholischen Kirche in Deutschland, und ich glaube, daß es ein Unglück ist für die politischen Interessen des ganzen Landes. Auch darin wird mir die Zukunft recht geben. Wenn gesagt worden ist, die konservative Partei hätte gar nicht das Zentrum zur ausschlaggebenden Partei gemacht, sondern ihn nur einen Platz in Reich und Glied einräumen wollen, so ist das eine Fiktion, die niemand täuschen kann. Von dem Augenblick an, wo die konservative Partei die Brücken zu den Liberalen mit solcher Schroffheit abbrach, ist das Zentrum mit seinen 105 Mitgliedern und seinem politischen Anhang von weiteren 80 Abgeordneten gegenüber 80 Konservativen wieder in die ausschlaggebende Stellung eingedrückt.“

### Der Triumph der Polen.

Sie wissen weiter, daß ich der Vertreter und Träger einer festen, entschlossenen und vor allem einer stetigen Ostmarkenpolitik

war, weil ich glaube, daß Schwankungen und Schwäche auf diesem Gebiete die preussische und die deutsche Macht, die Lebensinteressen der preussischen Monarchie und des Deutschen Reiches an ihrer Wurzel berühren. Das Zusammengehen der Konservativen mit den Polen muß auch die Deutschen im Osten zentralisieren. Namentlich jetzt, wo sich das Zentrum immer als je zuvor mit den Polen verdrängt hat. Wäre die Sache nicht so ernst und so traurig, so würden die kampfhaften Bemühungen, das Verhalten der Polen als etwas ganz Harmloses und die Abstimmung der Polen gegen die Erbschaftsteuer als nur von sachlichen Momenten eingegeben hinzustellen, uneingeschränkte Heiterkeit erregen. Ob es wohl irgend einen Menschen auf der Welt gibt, der wirklich annimmt, daß die Polen mit den Konservativen gegangen sind und gegen die Erweiterung der Erbschaftsteuer gestimmt haben, weil sie glauben, auf diese Weise dem Deutschen Reich und dem preussischen Staat einen Dienst zu erweisen? Risum teneatis amici! Die Polen haben gegen die Erbschaftsteuer votiert, lediglich und ausschließlich weil sie wußten, daß sie damit den Reichskanzler zu Fall bringen würden. . . . Was mich angeht, so konnte und wollte ich jedenfalls nicht von der Gnade der polnischen Fraktion abhängen. Ich konnte eine Entwidlung nicht mitmachen, bei der die polnische Fraktion eine solche Rolle spielt, wie jetzt bei der gegenwärtigen parlamentarischen Mehrheit.

Soweit Wilows Anklage gegen die Konservativen und — sich selbst. Denn wenn Wilow von dem Siege des Schnapsblosses für die Erbschaftsteuer die Reichspolitik befürchtet — warum hat er denn nicht einfach den Kampf gegen die blau-schwarze Koalition aufgenommen? Wilow sieht sich um die Erfolge seiner ganzen weiten Politik Betrogen, er malt die Schrecken einer staatsauflösenden Alleinherrschaft des Zentrums an die Wand, er steht die Säulen der glorreichen Ostmarkenpolitik wankend, er sieht überall das drohende Gespenst des inneren Feindes wieder aufleben: die rote Gefahr, die polnische Rannschweinewirtschaft, den Welscheneck — und er, der Tapfere, der Weisheitsvolle, der Testamentvollstrecker des „großen Kanzlers“ zieht sich „tapfer“ aus der Schlachtlinie zurück!

Und er hätte es doch so leicht gehabt, die Gefahr abzuwenden. Er hätte nur den Reichstag auflösen brauchen, um Konservativen und Zentrum aufs Haupt zu schlagen. Ein Appell an die Wähler hätte genügt, um die Mehrheit des Schnapsblosses zu zertrümmern!

Warum aber griff Wilow nicht zu diesem ebenso naheliegenden wie sicheren Mittel? Weil er nicht den Kampf gegen die Rechte aufnehmen wollte. Weil er die preussische Junkerherrschaft nicht erschüttern wollte! Weil er, trotz aller liberalisierenden Höflichkeitssphrasen selbst Fleisch vom Fleische der Junker, den Staat für eine Organisation des Junkertums hielt und das Staatswohl zu gefährden wählte, wenn er den Junkern wehe tat! Weil ihm die Paarung des Liberalismus mit dem Junkertum nur ein Mittel war, den Liberalismus zu entnerven und mit den Junkern zu einer kapitalistischen Schutztruppe gegen das arbeitende Volk zusammenzuschweißen. Und als die Junker in ihrer brutalen Grabschheit jeder auch nur formalen Rücksichtnahme auf die liberalen Wackelknie überdrüssig wurden und sich wieder dem art- und gesinnungsüberwundenen Zentrum in die Arme warfen, gab der geniale Staatsmann lieber seine grandiose Paarungspolitik und sogar seinen vielgeliebten Kanzlerposten dran, als daß er den ihm so bräut hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen hätte.

Und dann wundert sich dieser geniale Staatsmann noch über die brutale Rücksichtslosigkeit der Junker! Wie sollten die Ostelbier auch nur den geringsten Respekt vor einem Reichskanzler haben, der seinen stärkeren Trumpf auszuspielen hat, als daß er nicht mehr mitspielen, wenn man allzu unsanft mit ihm umspringe. Dessen durchschlagendes Argument das ist, daß die Junker einen agrarischeren Kanzler unmöglich wiederbringen könnten! Als ob die Junker nicht wüßten — und durch den Sturz Wilows von neuem bewiesen hätten! — daß kein Kanzler gegen sie und ihre agrarischen Interessen regieren kann, heiße er Wilow, Weismann, Hollweg oder wie sonst immer.

Und um den junkerlichen Hochmut vollends zu stärken, erklärt jetzt Wilow, daß er als seiner Verantwortung bewußter Staatsmann nimmermehr den Reichstag auflösen könne, weil die Neuwahl eine sozialdemokratische Hochflut erzeugt haben würde. Das heißt mit anderen Worten: Ihr Junker könnt machen, was ihr wollt, Gnnt mit der Regierung Schindluder treiben, wie es Euch beliebt, ohne befürchten zu müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden, denn das Votum des Volkes ist der Regierung noch zehnmal unerschütterlicher, als Eure amnahmslose Frechheit. Und da soll Wilows Nachfolger noch etwas gegen die Junker ausrichten können!

Die Heidenangst Wilows vor der Sozialdemokratie kontrastiert übrigens gar possierlich mit Wilows dustenden Ruhmredigkeiten seiner „rednerischen“ Vernichtung der Sozialdemokratie. Es ließe einen Wibel wirklich beleidigen, auch nur eine Parallele zwischen ihm und dem feigsten Schönredner Wilow ziehen zu wollen, dem man noch viel zu viel Ehre antat, wenn man ihn einen Feuilletonisten nannte. Dort eine elementare Redegewalt, die historische Einsicht, sozialer Leidenschaft entströmte, bei Wilow ein präntendöses Prunten mit allerhand diplomatischen Anecdöthen, Lesefrüchtchen, Zitaten. Aber es ist wieder kennzeichnend für die politische Genialität des verbrauchten Handlungers der Agrarier, daß er sich in demselben Atemzuge seiner rednerischen Siege über die Sozialdemokratie und der glorreichen Strategie der Gottentottentwahlen rühmt, in dem er bekennet, daß er nur deshalb den Kampf gegen die frivole Politik des Agrarierturns nicht habe aufnehmen können, weil er ein ungeheures Wachstum der „vernichteten“ Sozialdemokratie habe befürchten müssen!

Dies Wachstum der Sozialdemokratie befürchtet Wilow übrigens auf alle Fälle, und zwar gerade als Erfolg der Politik des Schnapsblosses. Nun, dann hätte es Wilow schon auf die Reichstagsauflösung ankommen lassen sollen. Denn wenn die Sozialdemokratie bei den Neuwahlen auch große Erfolge gehabt hätte, so wäre ja Wilow — nach seiner eigenen Versicherung — doch der Mann gewesen, die Sozialdemokratie von neuem „rednerisch“ zu vernichten!

Daß Wilow sich so lästig Luft gegen die undankbaren Konservativen gemacht hat, ist ja menschlich begreiflich. Aber eine staatsmännische Tat ist es nicht. Die Junker werden ihm mit höhnischem Achselzucken die Schimpffreiheit des Geprägellen einräumen und das Zentrum gar wird mit hochstem Behagen aus dieser ohnmächtigen Stundgebung feststellen, wie verärgert der Gestürzte ist und wie nahe ihm sein Sturz ging.

Zumerscheln ist sich Fürst Wilow treu geblieben. Wie er mit dem Hüttenberg seiner Reden die Abgründe der unsäglichen inneren und namentlich auch äußeren Politik überspannt, wie er mit seinen Reden die Sozialdemokratie „überwand“, so räumt er jetzt seinen junkerlich-pfälzischen Widerstand tallos, aber redend das Feld. Kein Held des Geistes oder des Schwertes, aber ein Held des Wortes!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Juli 1908.

### Der Abschied mit Brillanten.

An der Spitze des „Deutschen Reichsanzeigers“ von Mittwochabend ist zu lesen:

### Mein lieber Fürst!

Aus Ihrem erneuten Gesuche habe Ich zu Meinem schmerzhaftesten Bedauern ersehen, daß Sie entschlossen sind, von Ihren verantwortungsvollen Aemtern als Reichskanzler, Präsident des Staatsministeriums und Minister der auswärtigen Angelegenheiten zurückzutreten. So schwer es Mir fällt, auf Ihre bewährte Kraft bei der Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte zu verzichten und das Band vertrauensvollen Zusammenwirkens, das Mich so viele Jahre mit Ihnen verbunden hat, zu lösen, habe Ich doch in Würdigung der gewichtigen Gründe Ihres Entschlusses geglaubt, Ihrem bringenden Wunsche Mich nicht länger verschließen zu dürfen. Ich habe daher Ihrem Antrage entsprochen und Ihnen die erbetene Entlassung gewährt. Es ist Mir aber ein Bedürfnis des Herzens, Ihnen bei dieser Gelegenheit für die Hingebung und Aufopferung, mit denen Sie in den verschiedensten Aemtern und Stellungen Ihrer ehrenvollen und segensreichen Dienstlaufbahn Meinen Vorfahren, Mir und dem Vaterlande so hervorragende Dienste geleistet haben, Meinen wärmsten Dank auszusprechen. Gott der Herr schenke Ihnen nach einem so tatens- und arbeitsreichen Leben noch viele Jahre ungetrübten Wohlgeheuer, dankbarer Kaiser und König.

Berlin im Schloß, den 14. Juli 1908. Wilhelm, I. R.

Der Kaiser hat dem Scheidenden die bittere Pille so süß eingezuckert, daß Wilow sich diesen Abschiedsbrief vielleicht gar in goldenem Rahmen übers Bettlein hängt.

### Die Reisespesen des neuen Kultusministers.

Das „Berliner Tagebl.“ berichtet, daß Herr Troitz zu Solz häufig an den Verhandlungen des Provinzialkultuskollegiums teilgenommen habe, wodurch sich öfter ein längerer Aufenthalt in Berlin notwendig machte; seine hierdurch verursachten Reisespesen in Höhe von 5000 M. jährlich führten in diesem Winter zu einer lebhaften Aussprache in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses. . . .

Wird der Herr zu Solz entgegen dem alten Troitz im preussischen „Kultus“ auch für die Volksschule hinfort recht hohe Spesen fordern? Oder wird er — wie seine Vorgänger — der Mann der Ostelbier sein, die sich ja eines guten Verständnisses für hohe Liebesgaben erfreuen? —

### Der Raddodprozess gegen die „Vergarbeiterzeitung“.

Vor der Strafkammer des Bochumer Landgerichts fand am Mittwoch der Prozess gegen den verantwortlichen Redakteur der „Vergarbeiterzeitung“, Genossen Wagner, statt. Die Verleumdung des Zehndirektors André, der als Nebenkläger zugelassen wurde, soll in der Wiedergabe eines Dialogs enthalten sein. Danach soll der Vergarbeiter Holländer am Unglückstage zu André in der Grube gesagt haben: „Hier sind noch Lebende, was ist zu tun?“, worauf André erwidert habe: „Was lebt, das lebt, wir müssen hinaus!“

Um aus dieser einfachen Wiedergabe des Dialogs die Absicht der Verleumdung konstruieren zu können, hatte die Anklageschrift auf den Inhalt des ganzen Artikels Bezug genommen, in dem auch von der Schulfrage die Rede war. Im Hinblick auf die von der Verteidigung für den ganzen Inhalt des Artikels gestellten Zeugen erklärte der Erste Staatsanwalt, daß es nur auf den Dialog ankomme! Da der hierfür geladene Hauptzeuge Krottschka nicht zur Stelle war — er ist zurzeit im Waldenburger Revier beschäftigt — tauchte die Verdagungsfrage auf. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine-Berlin, setzte aber durch, daß dennoch verhandelt wurde.

Der Angeklagte erklärte, er wundere sich, daß er gerade wegen dieser verhältnismäßig nebensächlichen Sache angeklagt worden sei, während die „Vergarbeiterzeitung“ doch ebenso vor wie nach jenem Artikel die bestimmten Anklagen über die Schulfrage an dem Unglück gegen die Verwaltung erhoben habe, ohne daß bisher ein Verfahren eingeleitet worden sei! — Der Zeuge Kühn aus Gottesberg i. Schl. sagt aus: Er habe an jenem Morgen während der Rettungsarbeiten das in Rede stehende Zweigegespräch gehört; Der eine der Herren sagte, es seien noch Lebende da. Das stimmte — sagt Kühn, und er fährt fort: Ich fragte Krottschka, ob er die Aeußerung gehört habe. Er sagte: Ja und bemerkte, der andere Herr habe erwidert: Was lebt, das lebt, wir müssen hinaus! — Kühn sagt weiter: Meiner Ansicht nach hätte man die Leute noch holen können; aber wir wurden aus dem Süden zurückgetrieben und sind dann mit ausgefahren.

Angeklagter Wagner stellt durch Befragen des Zeugen Kühn fest, daß der Wetterstrom über den Bruch hinwegging, und daß somit der Bruch ohne Gefahr hätte weggeräumt werden können. — Der vom Nebenkläger geladene Zeuge Krottschka sagt aus, er habe gehört, wie einer der Herren gesagt habe: Wenn auch noch Lebende da sind, wir können nichts machen, wir müssen hinaus! — Der Zeuge Peter Thomas hat am Hüllort des Schachtes II Geräusch gehört, das von Lebenden herührte; der Generaldirektor Jansen habe aber erklärt, jeder vernünftige Mensch könne sehen, daß nichts mehr zu machen ist; sonst ist die ganze Sache verloren; wir müssen hinaus!

Nach dieser Vernehmung wurde die Verhandlung vertagt bis zur Erledigung des Straßprozesses, der gegen den Betriebsführer der Zeche an der Strafkammer des Landgerichts zu Münster anhängig gemacht ist.

### Der Militarismus im wirtschaftlichen Kampfe.

In Diegnitz streifen die Musiker von fünf der größten Etablissemants. Den Wirten gelang es, Militärmusiker als Arbeitsmilitäre zu erlangen. Auf eine telegraphische Beschwerde des Vorsitzenden des Musikerverbandes beim Kriegsminister betraute dieser das Generalkommando in Posen mit der Prüfung der Beschwerde. Jetzt, nach 14 Tagen, ist von dort ein Bescheid ergangen, und zwar billigt der Kommandeur des 5. Armeekorps, Graf Kirchbach, den Streikbruch, weil die Streikenden keine eigentlichen Zivilberufsmusiker, sondern zumeist Handwerker seien, die das Musikergewerbe nur als Nebenbeschäftigung ausübten und nach Mitteilungen des Diegnitzer Magistrats keine Gewerbesteuer als Musiker zahlten.

Daraus wäre zunächst zu folgern, daß die Militärmusiker genau so schlecht bezahlt sind als die Handwerker, und ferner, daß sie nun als Sonntags-Zivilmusiker auch Gewerbesteuer zahlen. Gegen diesen Bescheid ist natürlich ebenfalls wieder Beschwerde beim Kriegsminister erhoben worden.

### Gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine.

Der Verband der Konsumvereine von Bayern, Württemberg, Baden und den angrenzenden Bundesstaaten, der seinen in München seine Hauptversammlung abhielt, hat eine Resolution zur Steuer-

sonderbestimmung der Konsumvereine angenommen, in der erklärt wird, daß die Besteuerung der Konsumvereine in Preußen usw. den Grundsätzen der Berechtigung und Billigkeit keine Rechnung trage. Gegen eine solche Steuerpolitik müsse man umso bestimmter Widerspruch erheben, als die den Konsumvereinen auferlegte Steuer die Minderbegüterten des deutschen Volkes treffe. Entschiedenem Verwahrung legt der Verbandstag gegen eine steuerliche Gleichstellung der Konsumvereine mit den Warenhäusern ein.

### Landbündler-König.

Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim, will nach einer Zeitungsmeldung von seinem Amte zurücktreten. An seine Stelle soll der Rittergutsbesitzer Kus dem Winkel treten, der bisher in Schlesien als Führer des Bundes der Landwirte besonders tätig war. —

### England.

#### Parlamentarische Nachwahl.

London, 11. Juli. (Sig. Ver.) Eine interessante parlamentarische Nachwahl, die bereits zahlreiche Kommentare hervorruft und wahrscheinlich auch in der sozialistischen Presse Deutschlands zur Sprache kommen wird, findet am 15. d. M. in Mid-Verbyshire statt. Das Mandat war bis vor zwei Wochen in liberalen Händen. Der liberale Vertreter des Wahlkreises, Sir Alfred Jacoby, starb, und an dessen Stelle trat ein Beamter des Verbandes der britischen Bergleute, J. G. Hancock, als Kandidat auf, während die Konservativen (Unionisten) und Tarifreformer (Schwölmer) S. Crewe aufstellten.

Für das Uebergangsstadium, in dem die britische Arbeiterbewegung sich befindet, ist es bezeichnend, daß Hancock sowohl von den Liberalen wie von der Arbeiterpartei in Anspruch genommen wird, aber doch gezwungen ist, die Statuten der Arbeiterpartei zu unterschreiben und sich zu verpflichten, in die Arbeiterfraktion einzutreten und zur Opposition zu gehören.

Es wird an Stimmen nicht fehlen, die behaupten werden, daß ein Kompromiß zwischen Liberalen und Arbeiterpartei zustande gekommen sei. Allein es liegt kein Grund vor, sich diese Vermutung zu eigen zu machen. Im Wahlkreise Mid-Verbyshire sind die Bergleute stark vertreten. Der frühere liberale Kandidat verbandte das Mandat den Bergleuten, die stets als liberal galten. Im vorigen Jahre schlossen sich aber die Bergleute der Arbeiterpartei an und sind verpflichtet, die Arbeiterfraktion zu unterstützen. Diese Verpflichtung ist aber nicht rückwirkend: die im Jahre 1906 gewählten Vergarbeiterabgeordneten bleiben noch bis zu Ende der Legislaturperiode in der liberalen Fraktion, dagegen müssen die neuergewählten zur Arbeiterfraktion gehören.

Hier haben wir vor uns einen Uebergang eines großen Teils der liberalen Partei zur Arbeiterpartei, aber der Uebergang vollzieht sich so sprunglos, daß das Alte und Neue sich berühren.

Die „Times“ bemerken hierzu: „Auf eine ähnliche Weise vollzog sich der Uebergang der Whigs zu den Liberalen. Jetzt geht ein Teil der Liberalen in der Arbeiterpartei unter. Die Folge wird sein, daß der andere Teil der Liberalen zu den Konservativen übergehen wird.“

Die Lage in Mid-Verbyshire ist jetzt die, daß liberale Arbeiter- und sozialistische Parlamentarier zusammen für Hancock agitieren. Es ist selbstverständlich, daß es in der Arbeiterpartei Mitglieber gibt, denen dieser Uebergangsprozess als ein „Liberal-Labour“-Mischmasch erscheint. Und ich gebe zu, daß die Lage nicht ohne Bedenken ist, aber eine Verschleimung dieses Uebergangsprozesses und eine Klarstellung der Grenzen könnten herbeigeführt werden, wenn alle britischen Sozialisten sich der Arbeiterpartei anschließen und sozialistische Erziehungsarbeit leisten würden, anstatt draußen zu bleiben und auf ihre Prinzipienreinheit zu pochen. —

Im Jahre 1906 war dort das Wahlergebnis: Für Jacoby (liberal) 7063 Stimmen und für Crewe (kons.) 3476 Stimmen. Wir werden wahrscheinlich sehen, daß ein großer Teil der Liberalen — die bürgerlichen Elemente — für den Konservativen stimmen werden.

### Die allgemeine Wehrpflicht.

London, 13. Juli. Oberhaus. Der Antrag Lord Roberts auf Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in der Territorialarmee wurde mit 123 gegen 103 Stimmen abgelehnt, während der Abänderungsantrag Lord Rotham in der Lords, der die Notwendigkeit einer starken Territorialarmee im allgemeinen anerkennt, angenommen wurde.

### Türkei.

#### Die kritische Frage.

Petersburg, 13. Juli. Aus Anlaß der für den 27. Juli geplanten Räumung Aretas von den Truppen der Schutzmächte liegen diese der Pforte heute eine Note überreichen, in der u. a. gesagt wird, daß die Schutzmächte den gegenwärtigen Zustand auf Aretas nicht als eine endgültige Lösung der Frage betrachten. Gleichzeitig erklären die Regierungen der Mächte, daß sie sich das Recht vorbehalten, zu einem geeigneten Zeitpunkt mit der Türkei über das fernere Schicksal der Insel zu verhandeln.

In einer Proklamation an die Behörden Aretas wird darauf hingewiesen, daß der Beschluß der Mächte, ihre Truppen aus Aretas abzuziehen, auf der Ueberzeugung beruhe, daß die freiesischen Behörden imstande seien, die Ordnung auf der Insel aufrechtzuerhalten und die Garantie für die Sicherheit der mohammedanischen Bevölkerung zu übernehmen. Mit der Zusage, daß sie sich auch in Zukunft vollständig mit der Kretefrage beschäftigen werden, erklären die Regierungen der Schutzmächte schließlich, daß sie sich das Recht vorbehalten, im Falle von Verletzungen der Ruhe und Ordnung Maßnahmen zu ergreifen, die für notwendig erachtet werden würden.

Konstantinopel, 13. Juli. Die heute überreichte Note hat in amtlichen Kreisen unverkennbare Enttäuschung hervorgerufen. Der Minister des Aeußeren erklärte, die Regierung werde mit den Schutzmächten weiterverhandeln. Der Großvezir hatte mit dem Kriegs- und dem Marineminister Besprechungen wegen Aretas.

### Persien.

#### Die Revolutionäre in Teheran.

Teheran, 14. Juli. Im Laufe des seit gestern und während der ganzen Nacht ununterbrochen dauernden Kampfes der Nationalisten gegen die Stellungen der Kosaken gelang es ihnen, einen dicht beim Hause des Obersten Vlastoff gelegenen Garten zu besetzen, wo sie jetzt dem besonderen Infanterie- und Artilleriefeuer der Kosaken ausgesetzt sind.

Sipahdar und Sardar Assad haben an den englischen und den russischen Geschäftsträger in Gulhaß folgende Botschaft gerichtet: Trotz der Tatsache, daß die russische Flotte über dem Hause des Obersten Vlastoff weilt, sehen sich die Nationalisten gezwungen, auf das Haus zu feuern, da Kosaken unter dem Dach des Hauses Aufstellung genommen haben. — Die Truppen des Schahs versuchen, wie berichtet wird, von Norden her in Teheran einzudringen.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die private Konkurrenz von Staatsangestellten

macht sich für die betroffenen Berufe nie empfindlicher bemerkbar, als zur Zeit der Krise. Wie bekannt, haben darunter namentlich die Musiker, vielfach die Gastwirtsangestellten zu leiden, denen beiden kleine Beamte und Staatsarbeiter Abbruch tun, weil sie mit ihrem kümmerlichen Einkommen keine Familie ernähren können. Aber auch die Transportarbeiter haben, bei Umzügen beispielsweise, öfters die Konkurrenz von Soldaten, Feuerwehrlenten usw. zu beklagen.

Neuerdings scheinen kapitalistische Firmen den Staatsangestellten neue Gebiete für die Konkurrenz mit der freien Arbeit erschließen zu wollen. Als solche Firma wird uns das Warenhaus A. Wertheim in der Leipziger Straße genannt. Schon von Ostern bis Pfingsten wurden in diesem Warenhause 25 Angestellte der Reichsdruckerei beschäftigt, die nach Beendigung ihrer Arbeit in diesem Institut von 5 Uhr bis zum Geschäftsschluss im Warenhaus als Packer tätig waren. Die Firma Wertheim zahlt diesen Leuten für jede Minute einen Pfennig. Früher wurden die Ueberstunden der Packer und Hausdiener die Stunde mit 60 Pf. bezahlt, auch jede angefangene halbe Stunde wurde für voll gerechnet. Dieses gilt auch wohl noch heute für die Festangestellten. Wenn nun die Firma den Leuten aus der Reichsdruckerei jede Minute bezahlt, d. h. nur jede Minute die sie gearbeitet haben, so erhebt man daraus, daß es ihr nur darauf ankommt, so sparsam wie möglich zu wirtschaften. Ob das aber die rechte Methode ist, scheint uns doch zweifelhaft. Früher bezog die Firma Wertheim ihre Hausdiener und Packer durch den Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes; jetzt werden die Leute in der Hauptsache auf Empfehlung durch Offiziere, Schulleute und andere einflussreiche Herrschaften hin eingestellt. Diese aus allen Richtungen der Windrose zusammengelesenen Leute können natürlich die Arbeit der geübten Packer nicht leisten, und so muß man sparen, mehr sparen, indem man die aushilfsweise Tätigkeit der Reichsdruckereiangestellten zu einer dauernden Institution macht. Auch zur jetzigen Zeit werden immer noch 15 Mann derselben beschäftigt.

Weiter haben die Hausdiener und Packer der Firma Wertheim an dieser Entwidlung der Dinge selbst mit Schuld durch ihre Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber. Nur indem sich die Handelshilfsarbeiter ohne Ausnahme ihrer Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, anschließen, ist es möglich, in allen Warenhäusern bessere Zustände zu schaffen, die es den Handelshilfsarbeitern ermöglichen, ein menschenwürdiges Dasein zu fristen.

**Wichtig, Schloffer!** Die Vertrauensmännerkonferenz der Schloffer findet heute nicht statt. Die Einladung zu der nächsten Konferenz erfolgt schriftlich.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

## Der „Gelben“ Klage!

Heber die Schjagd bei der Großen Berliner Straßenbahn wurde in der letzten Versammlung der Freien Vereinigung der Ausschussmitglieder des Angestelltenvereins lebhaftest Klage geführt. Bei den gegenwärtig verläufigen Fahrzeiten auf den meisten Linien sei auch die Haltezeit zum Teil erheblich verkürzt, die Angestellten könnten jedoch mit solch kurzen Haltezeiten ganz unmöglich auskommen. Es gebe Linien mit 60 und 70 Minuten Fahrzeiten, bei denen jedoch nur 8—10 Minuten Haltezeit vorgesehen ist. In den Verkehrzeiten kämen die Wagen fast immer mit Verspätungen auf den Endstationen an. Rechnet man nun das Rangieren, das mit Anhänger 4 bis 5 Minuten in Anspruch nehme, so müsse vielfach schon mit Verspätung abgefahren werden, und so gehe es meist den ganzen Tag. Es sei eine wahre Katastrophe. Wo und wann sollten sie bei solchen Verhältnissen ihre Mahlgelben einnehmen, wann sollten sie einmal ein unbedingt erforderliches Bedürfnis verrichten? Dieses könne immer nur auf Kosten der Pünktlichkeit geschehen. Solche Zustände seien jedoch auf die Dauer unhaltbar. Man gebe sich alle erdenkliche Mühe, mit den vorgeschriebenen verkürzten Fahrzeiten auszukommen und sich so den öffentlichen Verkehrsbedürfnissen anzupassen; jedoch muß dabei pro Stunde Fahrzeit auch die vereinbarten 12 Minuten Haltezeit wirklich gewährt werden, denn mit der Verkürzung der Haltezeit auf der Strecke sei nichts anzufangen, diese müsse tatsächlich gewährt werden. Alle Redner waren einig darüber, es werde unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr lange dauern und ein großer Prozentsatz der Straßenbahner werde nerven- und magentranke werden. Alle Redner führten Linien ihrer Bahnhöfe an, bei denen die Haltezeiten zu kurz bemessen sind.

Die Fahrer führten lebhaftest Klage über die Behandlung der Zeitähler-Resultate und ihre Wirkung auf die Fahrer. Obwohl in den „Amtlichen Mitteilungen“ Nr. 184 vom 21. November 1908 noch besonders darauf hingewiesen wurde, daß trotz der Zeitähler die bisherigen Schall- und Fahrvorschriften in keiner Weise geändert, ebenso die Weichen und Kreuzungen nach wie vor langsam zu befahren seien, werde von Fahrmeistern vielfach das Gegenteil verlangt; auch werde den Fahrern zugemutet, in voller Geschwindigkeit an eventuelle Hindernisse heranzufahren. Im Mai habe man ältere Fahrer mit dem Lehrgang auf die Strecke geschickt und dabei seien vorgemerkt Uebelstände durch Fahrmeister von den Fahrern verlangt worden. Es sei ferner vorgelommen, daß Fahrer wegen zwei Zeitähler-Resultaten über normal vorgefahren wurden; ebenso solche, die längere Zeit immer unter normal gehabt hätten. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Zeitähler die Fahrer nicht genau nach den Leistungen beurteilen.

Was hier die Gelben beklagen, ist lange vor ihnen von den im Transportarbeiterverband organisierten Straßenbahnern vorausgesagt. Jedoch der gelbe Angestelltenverein wird hieran wenig ändern können. Dazu bedarf es einer unabhängigen Organisation!

## Deutsches Reich.

### Zum Streik der Tischler in Magdeburg.

In dem Organ des Arbeitgeber-Schutzverbandes für die Tischlermeister und Holzindustriellen, „Die Fachzeitung“, wird versucht, es so darzustellen, als hätten die Magdeburger Unternehmer im vorigen Jahre den Leipziger Schiedspruch akzeptiert und als sei der Abschluß eines Vertrages nur daran gescheitert, daß vom Holzarbeiterverband etwas anderes verlangt worden sei, als die Leipziger Verhandlungen und der dort gefällte Schiedspruch ergeben haben. Diese Darstellung entspricht nicht den Tatsachen und ist nur auf Irreführung der öffentlichen Meinung berechnet, um es dem Unternehmer-Schutzverbande zu ermöglichen, den Magdeburger Unternehmern trotz ihres organisationswidrigen Verhaltens wieder beizuspringen zu können.

In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß der Schutzverband im Juni vorigen Jahres versucht hat, den Holzarbeiterverband mit dem Bemerkten, die Magdeburger Unternehmer erkennen jetzt den Leipziger Schiedspruch an, zur Unterzeichnung eines Vertrages zu zerrücken. Redakt.: Wilhelm Dünnl, Dichtenberg. Inzerate verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

bewegen, der eben den Leipziger Abmachungen und dem Schiedspruch nicht entsprach. Dieses Anstinnen hat der Holzarbeiterverband selbstverständlich entschieden zurückgewiesen. Auf einer im September zu Frankfurt a. M. stattgefundenen Konferenz von Vertretern der beiden Zentralverbände, zu der der Schutzverband die Anregung gegeben, wurde nochmals über die Angelegenheit verhandelt, was doch nicht nötig gewesen wäre, wenn „Die Fachzeitung“ mit ihrer jetzigen Darstellung im Recht wäre. Obwohl der Holzarbeiterverband auf jener Konferenz, um die Vertragsfrage überhaupt zur Erledigung zu bringen, in Bezug auf die besonders umstrittene Frage des Durchschnittslohnes Entgegenkommen zeigte, haben auch dann noch die Magdeburger Unternehmer die Anerkennung des Vertrages abgelehnt und sich somit außerhalb ihrer Organisation gestellt. Wenn es der Schutzverband nun als seine Aufgabe betrachtet, ein solches disziplinwidriges Verhalten seiner Mitglieder zu beschönigen und zu unterstützen, so ist das seine Sache; es trägt dies aber jedenfalls nicht dazu bei, auf Seiten der Arbeiter Zutrauen zu einem Vertragsverhältnis mit ihm zu erwecken. Der „Fachzeitung“ aber steht es schlecht an, von einem schändlichen vom Jaune gebrochenen, ungerechtfertigten Streik der Tischler in Magdeburg zu reden.

### Zum Streik der Maschinisten und Heizer auf dem Rhein.

In Straßburg, Karlsruhe und Mannheim liegen eine Anzahl Boote still. Auf dem Rhein abwärts von Mannheim ist der Streik noch nicht erklärt. In Mannheim verhält sich die Polizei passiv. Dagegen wurden den Streikenden in Karlsruhe und Straßburg Schikanen bereitet und die Streikposten aus dem Hafengebiet fortgewiesen. Die Reeder suchen von auswärtigen Leuten zu bekommen. In Straßburg und Mannheim ist eine Anzahl solcher von den Unternehmern nach dort gelockten Leuten nach erhaltener Aufklärung des Sachverhaltes wieder abgereist. — Die Reeder machen dem Personal jetzt die größten Versprechungen und wollen die alten Löhne weiterbezahlen, aber den Tarifvertrag mit der Organisation wollen sie nicht unterschreiben.

### Die Einigungsverhandlungen im Hamburger Baugewerbe gescheitert.

Das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Hamburg trat Mittwochs vormittag 10 Uhr zusammen. Die Verhandlungen haben bis 1/2 Uhr gedauert; dann trat eine einstündige Pause ein. Nach dieser Pause hat das Einigungsamt folgenden Vermittlungsvorschlag gemacht: Der Baugewerbeverband hat sofort die Aussperrung aufzuheben und das Material freizugeben. Die Arbeiter aller Berufe nehmen zunächst bedingungslos die Arbeit wieder auf. Der Baugewerbeverband verpflichtet sich ferner, vom 14. November dieses Jahres ab in Verhandlungen über eine Lohnerhöhung einzutreten.

Zu diesem Vermittlungsvorschlag erklärten die Vertreter der Arbeiter, auf dieser Basis nicht weiter verhandeln zu können. Der Vertreter der Arbeitgeber weigerte sich, eine Erklärung zu diesem Vermittlungsvorschlag abzugeben.

Abdamm hat das Einigungsamt kurze Beratung unter sich gepflogen, und hierauf erklärte der Vorsitzende Rat Wolsen, daß er sich enthalte, seine Stimme abzugeben und somit könne ein Schiedspruch nicht gefällt werden. — Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, sind somit resultatlos verlaufen.

### Der Christenstreik.

Die kaltblütige Mitteilung des Bremer Operettendirektors über die „freiwillige“ Rückkehr und entsprechende „Erklärung“ eines Teiles der Streikenden wird von der im Ausstand verharrenden Mehrheit der Christen mit folgender Entgegnung erwidert:

„Wenn einzelne von den Mitgliedern ihre Tätigkeit beim Tivoli wieder aufgenommen haben, so waren sie, die gänzlich mittellos, durch ihre traurige Lage leider hierzu gezwungen. Unter dem Druck der Verhältnisse haben sie auch dem Verlangen des Direktors nachgegeben und eine von ihm diktierte Erklärung unterzeichnet müssen, wonach sie irreführend in den Streik eingetreten seien und bedauern, diesen Schritt unternommen zu haben.“

Die ausständigen Mitglieder, welche sich zu einer solchen Erklärung auf keinen Fall entschließen konnten, da sie von ihrem guten Recht überzeugt sind, machen unter den obwaltenden Umständen selbstverständlich den Kollegen durchaus keinen Vorwurf daraus, daß sie, der Not gehorchend, zu einem Neueingestiegenen sich entschlossen. Sie bemerken ausdrücklich, daß diese ihre Erklärung ihr letztes Wort in der hier fraglichen Angelegenheit ist, selbst wenn Herr Direktor Alvarez eine dem Vorstehenden widersprechende Gegenerklärung abgeben sollte.“

Leider sind die Streikenden, die ohne vorherige Einholung der Zustimmung ihres Zentralverbandes die Arbeit einstellen, jeder Unterstützung bar. Ihr Standhalten verdient um so größere Anerkennung. Bisher haben die Operetten mit größerem Chor noch nicht wieder auf dem Spielplan erscheinen können. Die Streikenden planen, um etwas verdienen zu können, ein Konzert. Da sie aber unborsichtigstweise in der Wahl des Lokals und der mitwirkenden Musiker einen Fehlschritt getan haben (gerade wegen des „Rafinos“ und der dort spielenden Mitglieder des 1871er Verbandes schweben Streitigkeiten, die der Arbeiterschaft dieses Lokals verbieten), so ist leider auf keinen allzu großen Ertrag dieses Konzertes zu hoffen.

**Gegen das vom bayerischen Metallindustriellenverband gefasste Mahregelungsbureau** nahm am Montag eine von über 2000 Personen besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung in Augsburg Stellung. Der bayerische Metallindustriellenverband hat beschlossen, noch in diesem Jahre für die Metallarbeiter in Augsburg, München und Nürnberg Arbeitsnachweise nach berichtigtem Muster zu errichten, deren eigentlicher Zweck weniger die Vermittlung von Arbeitern als vielmehr die Mahregelung und Auslieferung der organisierten Arbeiter sein würde. — Nach einem mit bairischem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Landtagsabgeordneten Segitz fand eine Resolution einstimmige Annahme, in der gegen die Errichtung dieser Mahregelungsbureau entschieden protestiert wird, da diese geeignet sind, die Interessen der Arbeiterschaft schwer zu schädigen. Als geeignetes Mittel, die Errichtung solcher Arbeitsnachweise zu erschweren, erblidete die Resolution in dem Ausschluß der an diese Nachweise angeschlossenen Unternehmer von Arbeiten des Reiches, des Staates und der Gemeinden, sowie die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise unter Kontrolle von Unternehmern und Arbeitern. Erwähnt sei noch, daß die Maschinenfabrik Augsburg verschiedene Abteilungen bis abends 8 Uhr arbeiten ließ, um diesen Arbeitern den Besuch der Versammlung unmöglich zu machen. — Die Versammlung brachte eine große Anzahl Neuaufnahmen in den Metallarbeiterverband.

### Tarifabschluß der Konditoren in München.

Nach monatelangen Unterhandlungen ist es gelungen, mit den Münchener Innungsämtern in den Konditoren einen Tarifvertrag abzuschließen. Es dürfen kaum jemals mit Unternehmern, die sich so hartnäckig gegen jeden zeitgemäßen Fortschritt sträubten, wie es hier der Fall war, Verhandlungen gepflogen worden sein. Zu ihrer Entschuldigung dient freilich, daß allüberall in Lande die Gehilfenschaft sich noch immer in stumper Gleichgültigkeit die traurigsten Arbeitsbedingungen bieten läßt und tarifliche Vereinbarungen mit Konditorinnungen nirgends bestehen. Auch in München selbst hat ein großer Teil der Konditoren noch abseits gestanden, und so ist es kein Wunder, wenn die Zugeständnisse

wiederum äußerst minimal ausfielen. Das wenige, was für die nächsten drei Jahre errungen ist, wurde aber nur durch das unermüdlige Drängen und unter Führung der Organisation erreicht. Die Hauptpunkte des Tarifes sind: Gehilfen über 18 Jahre erhalten einen Minimallohn von 23 M., wovon aber 13 M. für Kost und Logis in Anrechnung gebracht werden können. Es soll möglichst Sorge getragen werden, daß das Wohnen beim Arbeitgeber wegfällt. Die Lohnzahlung hat nicht mehr monatlich, sondern wöchentlich am Schluß der Sonntagsarbeit zu erfolgen. Die Gehilfen, die außer Hause essen, haben auf eine Stunde, die anderen auf eine halbe Stunde Mittagspause Anspruch. Ueberstunden sollen während des Dezember und 14 Tage vor Ostern mit 30 bis 50 Pf. pro Stunde (je nach dem Alter des Gehilfen) bezahlt und für die sonstigen Ueberstunden in der folgenden ruhigeren Zeit freizubehalten gewährt werden. Freie Tage wurden außerdem nach Weihnachten, Ostern und Pfingsten noch zugestanden oder können in ruhiger Zeit zusammenhängend als Ferten genommen werden. Die Arbeit wird durch das städtische Arbeitsamt oder das Fachblatt vermittelt; Mahregelungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfen nicht stattfinden. Streitigkeiten aus dem Tarif sind einer Schlichtungskommission, in zweiter Instanz dem dortigen Gewerbegericht als Tarifamt zu überweisen.

### Unternehmerorganisationen.

Der Verband thüringischer Industrieller soll nach dreimonatigem Bestehen schon 500 Firmen mit ungefähr 80 000 beschäftigten Arbeitskräften umfassen. Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien hatte am Ende des vierten Berichtsjahres einen Mitgliederbestand von 263 in 6 Ortsgruppen organisierten Mitgliedern, die 36 000 mechanische Webstühle beschäftigten. — Diese starken wirtschaftlichen Vereinigungen der Unternehmer sind eifrig bestrebt, auf die Regierungen und die Gesetzgebung starken Einfluß auszuüben, um ihre selbstständigen Interessen durchzusetzen.

Die Maleraussperrung in Oldenburg ist am Mittwoch nach 17wöchentlicher Dauer beendet worden. Alle bisherigen Verhandlungen, selbst die vor dem Einigungsamte, waren resultatlos verlaufen. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, dem die Malermeister angehörten, verhinderte den Frieden. Eine am 13. Juli stattgefundene Innungsversammlung der Malermeister von Oldenburg nahm erneut Stellung zu dem Lohnstreik und beschloß, „daß unter Hinzuziehung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ — nachdem die gleiche Versammlung den Beitritt zu dieser Organisation beschlossen hatte — Verhandlungen mit dem Verbands der Maler, Lackierer usw. Deutschlands eingeleitet werden sollten, um ein Einigung herbeizuführen. Diese am 14. Juli aufgenommenen Verhandlungen führten zum Abschluß eines Tarifvertrages für dieses Jahr. Die tägliche Arbeitszeit wird von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt und tritt eine Lohnerhöhung von 4 Pf. pro Stunde ein. Der Vertrag tritt mit dem 15. Juli in Kraft.

### Ausland.

Im Baugewerbe zu Winterthur löst seit sieben Wochen ein heftiger Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit auf neun Stunden. Die Baumeister sind eifrig bemüht, Streikbrecher aufzutreiben, in der Schweiz, in Italien, bisher ohne Erfolg. In Tirol war es ihnen gelungen, etwa 60 Arbeiter zu finden, die sich unter der Vorpiegelung, der Streik sei beendet, nach Winterthur locken ließen. Bei ihrer Ankunft mußten die Leute erfahren, daß man sie in gemeiner Weise angeschuldigt hatte; mittellos mußten sie wieder in ihre Heimat zurückkehren. Dieser Tage sind die Streikbrecheragenten wieder auf die Suche gegangen, haben sich nach Süddeutschland und nach Oesterreich gewandt. Wir bitten deshalb die Genossen, ihre Solidarität zu beweisen, indem sie in Bauarbeiterkreisen auf den Streik in Winterthur hinweisen und verhindern, daß Bauarbeiter nach dort abreisen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind im dortigen Baugewerbe tieftraurige; übermäßig lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, die in keinem Verhältnis stehen zu der teuren Lebenshaltung, sind üblich. Die Streikbrecheragenten offerieren jetzt Stundenlöhne von 72—75 Rp. pro Stunde, während die streikenden Maurer einen Minimallohn von 65 Rp. pro Stunde verlangen; ein Begehren, das aber von den proghastischen Baumeistern rundweg abgelehnt wurde. Ganz besondere Beachtung ist den Streikbrecheragenten zu schenken und ihnen der gebührende Empfang zu bereiten. Etwas auf obiges Bezug habende Mitteilungen bitten wir zu richten an das Arbeitersekretariat Winterthur.

Die allgemeine Aussperrung in der schwedischen Wege- und Wasserbauindustrie ist am Montag durchgeführt worden und umfaßt ungefähr 1000 Arbeiter. Veranlassung zu dieser Gewaltmaßregel gab den Unternehmern ein kleiner Streik beim Bau eines Kraftwerkes zu Modjård in Mittelschweden.

### Keine Massenaussperrung in der norwegischen Eisen- und Metallindustrie.

Verhandlungen zwischen der Arbeitgebervereinigung und dem Eisen- und Metallarbeiterverband haben zu einer Einigung über den Konflikt in der Armaturfabrik geführt. Die Streikenden erklärten sich damit einverstanden, daß die 14tägige Lohnzahlung vorläufig beibehalten wird, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Fabrikgesetzes unbedingt die Stägige eingeführt wird. Damit ist, wenn auch nicht sogleich, doch für die Folge das erreicht, was die Arbeiter wollten. Die angekündigte Massenaussperrung ist damit hinfällig geworden, der von den Unternehmern veranstaltete Boykott der arbeitslosen Verbandsmitglieder wird aufgehoben, ebenso wie die zur Abwehr veranstalteten Streiks.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Krise.

Mainz, 14. Juli. (B. G.) Die ungünstige Konjunktur macht sich hier sehr bemerkbar, die Waggonfabrik Cassell sieht sich genötigt, einen Arbeitsmodus einzuführen, der bisher hier noch nicht bestand. Da fällt nämlich der Montag als Arbeitstag bis auf weiteres ganz aus und wird jede Woche nur fünf Tage lang gearbeitet.

### Ueberschwemmungsgefahr.

Speyer, 14. Juli. (B. G.) Der Rhein ist rapid gestiegen. In Kilgim steht die Einwohnerkraft, was seit vielen Jahren nicht der Fall war, als Dammbache bereit. Bei Bötth sind beide Streden durch den Alzheim überspült, der viel Heu wegschwemmt.

### Er fliegt wieder.

Mos, 14. Juli. (B. T. B.) Das Reichsluftschiff „J. I“ ist unter Führung des Hauptmanns George um 8 Uhr 45 Minuten aufgestiegen. Die Fahrtrichtung ist unbekannt.

### Zu Tode geprügelt.

Paris, 14. Juli. (B. T. B.) Aus J'es wird vom 1. Juli gemeldet, der Scheik Abd, der Führer der aufständigen Venimirts, wurde gefangen genommen und nach J'es gebracht, wo er die Postonade erhielt. Es heißt, er sei daran gestorben.

Die Presse über den Kanzlerwechsel.

„Germania“:

Das ist der Anfang vom Ende, dürften alle einsichtigen Politiker sich im Stillen gesagt haben, als Fürst Bülow Ende 1906 plötzlich die Mod- und Raumpolitik als höchste politische Weisheit proklamierte. Es läßt sich ja hübsch theoretisieren über den Ausgleich der Parteigegensätze, den großmütigen Verzicht auf einseitige Forderungen, und das opferwillige und patriotische Zusammenarbeiten für das Gesamtwohl. In der Praxis sehen die Dinge aber anders aus. Selbst in England, wo Konservative und Liberale kaum noch recht wissen, wodurch sie sich grundsätzlich voneinander unterscheiden, ist das Parteiwesen nicht aufgelöst oder zu verwischen, sondern bildet das eigentliche staatliche Lebens- element. Wie viel weniger ist bei uns in Deutschland an ein Ver- keisern oder Verschwinden der Parteigegensätze zu denken, wo tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten sowohl wie materielle und Rechtsfragen Konservative und Liberale voneinander trennen. Der Gedanke, beide im Mod zu „paaren“ und aus ihnen eine selbstlose, zu gegenseitiger Rücksichtigkeit stets bereite Mehrheit zu bilden, mit der sich die parlamentarischen Geschäfte glatt führen ließen, konnte daher nur ein Strohhalm sein, nach dem Fürst Bülow in der Verzweiflung griff, weil er dem Ertrinken nahe war. In der Tat wird heute auch gar nicht mehr ernstlich bestritten, daß er Ende 1906 den Reichstag nur aufgelöst und dem Zentrum den Krieg erklärt habe, weil er sich vor einflußreichen Gegnern, die ihm das Zusammenarbeiten mit den „Ultramontanen“ nicht verzeihen konnten, sonst nicht mehr zu retten wußte.

Ueber „die neuen Männer“ schreibt die

„Märkische Volkszeitung“:

Der Wechsel in den obersten Regierungsstellen im Reich und in Preußen bringt als Ueberraschung die Ernennung des Potsdamer Oberpräsidenten von Trott zu Solz zum Kultus- minister und die Verabschiedung des Reichsschatzsekretärs Sydow. Der neue Kultusminister ist bisher politisch zwar nicht besonders hervorgetreten — ein sogenanntes unbeschriebenes Blatt —, er hat sich aber während seiner Präsidentszeit in Potsdam hervor getan durch scharfe Verfügungen gegen gewisse linksliberale Strömungen in den seiner Aufsicht unterstellten städtischen Gemeinden. Allzu viel Freude wird der Liberalismus an ihm nicht haben. Die Verabschiedung Sydows wird man wohl auf der liberalen Seite auslegen als einen Ausdruck der Unzufriedenheit des Kaisers mit dem Finanzreformwerk in seiner jetzigen Gestalt. Richtiger wird wohl die Auffassung sein, daß der bis- herige Reichsschatzsekretär, wie er es in den letzten Wochen öfter erklärt hat, schon amtsüde ist. Die Ernennung Delbrücks zum Staatssekretär des Innern ist keine Ueberraschung. Delbrück ist der in allen Saiteln gewandte Mann, der das besondere Vertrauen des Kaisers besitzt. Der Umstand, daß er im Abgeordnetenhaus eine Vergesehnwelle vorgelegt hat, die den Wünschen der Ver- gahrbeiter weit entgegenkam und den Konservativen und National- liberalen viel zu weit ging, so daß sie wesentliche Einschränkungen vornahmen, läßt uns hoffen, daß die Sozialpolitik unter dem neuen Staatssekretär weitere Fortschritte machen wird. Daneben wird — dafür bürgt Delbrücks Wirken im preussischen Handels- ministerium — auch der Mittelstand nicht zu kurz kommen. Was nun schließlich den neuen Reichskanzler angeht, so brauchen wir wohl nicht nochmals zu betonen, daß es durchaus falsch ist, anzunehmen, das Zentrum werde ihn mit Mißtrauen aufnehmen. Der neue Kanzler hat seine Bereitwilligkeit, mit allen Parteien zu arbeiten, in den letzten Wochen bewiesen und in seiner Erklärung zu dem Finanzkompromiß der Wehrheit klar ausgesprochen. Mehr verlangen wir nicht.

„Kreuz-Zeitung“:

Auch der flüchtigste Ueberblick über die zehnjährige Wirk- samkeit des Fürsten Bülow als Reichskanzler läßt erkennen, daß sie in Erfolgen friedlicher Arbeit den Vergleich mit der des Fürsten Bismarck nach 1871 wohl aushalten kann. Während der Kanzler- schaft des Fürsten Bülow ist der Wohlstand des deutschen

Voll es trotz wiederholter wirtschaftlicher Rückschläge so gewaltig gestiegen, daß auch das Ausland mit Staunen und Bewunderung auf die schnelle und stetige Entwicklung des deutschen Gewerbes und Handels auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit blickt. Um dies Emporblühen Deutschlands hat sich Fürst Bülow dauernde Ver- dienste erworben durch die Zolltarifreform, die Handels- verträge, den Schutz der Grenzen gegen die Uebertragung verheerender Viehseuchen, besonders die Landwirtschaft, die Grundlage unseres wirtschaftlichen Gedeihens, verdankt seiner Politik noch langer Vernachlässigung eine gesicherte Existenz. Wir haben beim Rücktritt des preussischen Landwirtschaftsministers v. Bobbielski und des Staatssekretärs Grafen Kosobrodsky deren großen Anteil an dem Zustandekommen der Zoll- tarifreform hervorgehoben. Unbeschadet des Ruhmes dieser Mitarbeiter des Fürsten Bülow gebührt aber ihm das größte Ver- dienst an dem für die heimische Produktion so überaus förderlichen Werke; denn von seinem Amtsantritt hat Fürst Bülow die Not-wendigkeit der Zolltarifreform klar erkannt; er ist es gewesen, der die Zustimmung des Kaisers dafür gewonnen und mit den Ver- bündeten Regierungen und dem Reichstage das segensreiche Werk zum Abschluß gebracht hat. . . .

Eine Stimme aus dem Zentrum hatte in recht unüberlegter Weise Herrn v. Bethmann Hollweg als parlamentarisch ungeeignet für den Kanzlerposten in dieser Zeit bezeichnet. Diesem Einwande sind wir nachdrücklich entgegengetreten. Es entspricht nicht der geschichtlichen Entwicklung und den Grundtendenzen unserer Verfassung, daß bei der Ernennung eines verantwortlichen Reichs- kanzlers auf die Wünsche einer der möglichen Parteigruppierungen im Reichstage Rücksicht genommen würde; am wenigsten aber kann eine einzelne Partei den Anspruch erheben, bei der Ernennung des Reichskanzlers gehört zu werden. In dem Augen- blick, da sich die Meinung festsetzt, Fürst Bülow sei einer von ihm perhorreszierten Mehrheitsbildung gewichen, würden wir es für geradezu gefährlich halten, wenn bei der Ernennung seines Nachfolgers der Ansicht Vor- schub geleistet würde, als bahne sich in Deutschland das parlamentarische Regierungssystem an.

Das Agitorierorgan hat noch keine Zeit gefunden, Bülow den üblichen Nachruf zu widmen. Es begnügt sich einstweilen damit, Bülow's Philippika gegen die Konservativen wiederzugeben — ebenfalls ohne Randglossen. Es begnügt sich mit der Bemerkung, daß einzelne der Bülow'schen Ausführungen derart seien, daß man an eine unrichtige Wiedergabe glauben möchte, und ver- spricht, auf das Interview zurückzukommen. Ueber den neuen Kanzler bemerkt die

„Deutsche Tageszeitung“:

„Die Ernennung des bisherigen Staatssekretärs v. Beth- mann Hollweg zum Reichskanzler war seit einiger Zeit er- wartet worden, wenn auch die endgültige Entscheidung erst kürzlich erfolgt zu sein scheint. Der nunmehrige Reichskanzler hat sich in seiner bisherigen amtlichen Tätigkeit als ein hochbegabter, feinnis- treicher Staatsmann von großer Arbeitskraft und großem Arbeits- ernst erwiesen, von dessen Geschick und Klugheit wir eine erfolg- reiche Fortführung unserer Reichspolitik auf bewährten nationalen Bahnen erhoffen. Wir sehen seiner Amtsführung mit voller Un- befangenheit entgegen und geben uns der Hoffnung hin, daß Herr v. Bethmann Hollweg auch in Fragen, die seinen Blick bisher ferner lagen, die richtigen Wege zu einer gedeihlichen Leitung der Reichspolitik finden wird. Insbesondere hoffen wir auch, daß er in der auswärtigen Politik das Erbe, das ihm sein Vorgänger in gutem und erfreulichem Zustande übergeben hat, erfolgreich verwalten und unsere auswärtigen Geschäfte nach den großen Traditionen der Bismarck'schen Zeit führen werde.“

„Rossische Zeitung“:

Es war bald genug zu merken, daß Reaktion und Konflikt nicht zu den Methoden des Staatssekretärs gehörten, der als Nachfolger des Fürsten Hohenhausen Reichskanzler wurde. Eher konnte man ihm das von ihm nachdrücklich verleugnete Wort „Keine inneren Kriege!“ zutrauen. Er war ein Schachmacher. Er suchte über- haupt den Kampf nicht, wenn er ihn auch nicht scheute. Er hätte am liebsten mit allen Parteien in bester Eintracht gelebt und immer zwischen ihnen vermittelt. Er war auch nie geschickter, als wenn er sänsigendes Öl auf die Wogen schüttete. Die Konser-

leisten. Der Student der Medizin lernt, wenn man von Opera- tionsform und der Klinik absteht, die Krankheiten, ihre Ent- wicklungsformen und ihren Verlauf gewöhnlich nur aus Vorträgen der Professoren oder aus dieleibigen Büchern kennen; er kann sie nicht aus eigener Anschauung in ihrer Entwicklung verfolgen, und seine Studien weisen daher eine Lücke auf. Durch Bildertafeln und durch Photographien hat man Abhilfe zu schaffen gesucht, aber unbewegliche graphische Darstellungen können das lebendige Krank- heitsbild nicht ersetzen. In jüngster Zeit ist nun Professor Walter Chase von Edinburgh auf den Gedanken gekommen, den Kinematog- raphen für die Medizin nutzbar zu machen. Seine Kinematog- raphischen Aufnahmen bieten ein Gesamtbild der anormalen Be- wegungen, die bei der Diagnose der Krankheiten als offensichtliche Krankheitszeichen festgestellt worden sind. Nichts ist dabei außer acht gelassen, und man sieht z. B. familiäre Krankheitserscheinungen der Epilepsie an sich vorüberziehen. Von der hohen Bedeutung der Arbeit des Dr. Chase erhält man einen Begriff, wenn man er- fohrt, daß die Erscheinungsformen der Epilepsie 500 Meter Hüms erfordert haben; man findet darauf 22.500 minutöse exakte Kopien des Epileptikers. Eine sehr kostspielige Methode, aber ein höchst interessanter Fortschritt. —

Die Akten der Parlamentsstenographen. Die Parla- mentsstenographen, die in aufsteigender Tätigkeit jahraus jahrein die Vernehmlichkeit der Volksvertreter auf Papier bannen, rüsten sich jetzt zum wohlverdienten Sommerurlaub. Wer war der erste, so fragt da die „Gazzetta del Popolo“, der diesen Würdenträger er- fand und ausbildete? In Frankreich waren im Jahre 1789 alle Augen auf die Nationalversammlung gerichtet, wo temperament- volle Redner in leidenschaftlicher Rhetorik für eine Umwandlung der Staatsform plädierten. Maret, der spätere Herzog von Bassano, pflegte die Verhandlungen aufmerksam zu verfolgen, machte sich dabei Notizen und erzählte mit deren Hilfe abends im Freundeskreise das Vorgesagene. Seine Berichte stießen auf so lebhaftes Interesse, daß Maret sich eines Tages entschloß, seine Notizen in einer gedruckten Form umzuwandeln. Damals gab es noch keine Journalistenbüreau; das Bulletin wurde in der Nacht gedruckt; wenn der Verfasser die letzten Korrekturen gegeben hatte, eilte er zur Nationalversammlung und setzte sich vor die Tür, um am Morgen beim Öffnen des Hauses einen guten Platz zu be- kommen. Später wurde dann eine kleine Tribüne unmittelbar hinter dem Sessel des Präsidenten errichtet; Maret engagierte zwölf junge Leute, die hier an einem Tisch Platz nahmen. Jeder dieser ersten Parlamentsberichterstatter hatte einen Stoh kleiner zugeschnittener Papiere vor sich liegen, die die Nummer des Schreibenden trugen. Der Berichterstatter Nr. 1 merkte sich nun die ersten Sätze des Redners; wenn seine Fassungskraft zu Ende ging, gab er Nr. 2 ein Zeichen, der die folgenden Sätze aufnahm und wiederum dem Nr. 3 das Zeichen gab, weiter zu verfolgen. So arbeiteten zwölf junge Leute daran, das langsame Schreiben mit der raschen Rede in gleichem Tempo zu halten. Die kleinen Zettel wurden dann nach den Nummern geordnet und so in die Druckerlei gegeben. Mit der Zeit kappte alles leidlich, die Schreiber hatten sich eingeebnet. Das waren die ersten „Parlaments- stenographen“.

ativen waren bitterböse auf die Caprivischen Handelsverträge; nun gut, sie sollten verjöhnt werden. Die Industrie bekämpfte den lädenlosen Doppeltarif; nun gut, es ließ sich ein Mittelweg finden. Das Zentrum ist voller Sorge vor einem neuen Kulturkampf; also feiert man die Bischöfe, macht Herrn Spahn zum Oberlandes- gerichtspräsidenten und hebt § 2 des Jesuitengesetzes auf. Die Liberalen haben mancherlei sehr berechtigte Wünsche: Fürst Bülow ist bereit, zu tun, was er kann. Die Verwaltung muß weniger bürokratischen, mehr kaufmännischen Geist zeigen, ruft das Bürgerturn, und ein Vorkandidat wird Kolonialstaatssekretär. Ja, wenn nur die Sozialdemokratie tratable sein wollte, wenn sie nur hierzulande einen Millerand hätte, der leitende Staatsmann hätte ebenso gern mit ihm verkehrt, wie Bismarck mit Lassalle, und der Partei sachlich mancherlei Jugeständnisse gemacht. In dieser Laune der Ausgleichung schloß er vielleicht bisweilen mit sich selbst ein Kompromiß. Beispielsweise gestand er den ungestüm drängen- den Ostmärkern gógernd die Erweiterung des Entzignungsrechts zu, nicht ohne daß er die Erwartung hegte, es werde nicht zur An- wendung der neuen Befugnis kommen brauchen. . . .

So aber ging er, und er konnte gehen, weil er die Dinge einigermaßen gesichert sah auf dem Gebiet, wo der Schwerpunkt seiner Wirksamkeit und seiner Erfolge lag, in der auswärtigen Politik. Sein Name ist dauernd verknüpft mit neuen kolonialen Erweiterungen, mit dem „Platz an der Sonne“, mit der Zurück- haltung in der Kretalafrage, der „Flöte auf dem Konzerttisch“, freilich auch mit der von ihm nicht gewollten Aenderung der Beziehungen zu England — Chamberlain „beißt auf Granit“ —, mit der Marokkoaffäre, zuguterletzt der Bewahrung unbedingter Eruber- treue gegen Oesterreich-Ungarn in den Orientkriegen. Fürst Bülow führte sich hier durchweg als Schüler Bismarck's, dem er die voll- endete Gedanktreue gehalten hat, des „größten aller Deutschen“, wie er ihn noch dieser Tage bezeichnete. In seinen Augen glaubte er zu wandeln, in seinem Geiste zu wirken. Jedenfalls steht heut Deutschland stark und geachtet im Staatenreigen und darf unge- achtet alles Geredes von Einkreisungsplänen auf die Erhaltung der Friede's auch in Zukunft rechnen.

Zentrums-Grundsätze.

Um die Unzufriedenheit der katholischen Arbeiter mit der Steuerpolitik des Zentrums zu beschwichtigen, greift die liberale Presse zu den verlogensten Entstellungen. Wald sucht sie es als sittliche Pflicht der Arbeiter hinzustellen, zu den Zwecken des Staates möglichst beizutragen; denn der Staat und die Aus- gestaltung seiner Aufgaben entspringen der von Gott geschaffenen Natur des Menschen; bald wieder verucht sie den Arbeitern plan- sibel zu machen, daß sie durch die neuen Steuern nur in ganz ge- ringem Maße getroffen würden, zumal ja die infolge der Ein- führung des neuen Tabaksteuergesetzes etwa arbeitslos werdenden Tabakarbeiter reichlich entschädigt würden — dank des groß- herzigen Eintretens des Zentrums, besonders der Arbeiterabgeord- neten Wiesbert's, für die Interessen der Tabakarbeitschaft. Gegen- über diesen freivolten Verkleinerungsversuchen scheint es angebracht, auf die im Jahre 1906 nach dem Abschluß der damaligen Finanz- reform von dem Zentrumsabgeordneten Dr. Eugen Jäger im Verlage der Zentralstelle des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ veröffentlichte Broschüre „Die Reichsfinanz- reform von 1906 und ihre neuen Steuern“ hinzu- weisen. Wie diesmal, hatte auch 1906 das Zentrum sich reifrig an der Steuerfrage beteiligt und dadurch in einem Teil seiner An- hängerschaft offene und verdeckte Proteste hervorgerufen. Diese Proteste zu beschwichtigen und die Murrenden zu überzeugen, daß das unter der Regide des Zentrums zustande gekommene Steuer- ragout den „gerechten Ausgleich“ der widersprechenden Interessen bedeute, deshalb wurde damals von der R.-Glabbacher Jesuiten- kolonie die Jäger'sche Broschüre vertrieben. Die Situation war also für das Zentrum eine ähnliche wie heute — um so inter- essanter ist es, die damalige Argumentation mit der heutigen zu vergleichen.

Russl.

Die Gura-Oper bei Kroll hat uns mit mehrfachen Auf- fährungen neuerer deutscher Opern erfreut und will nun auch einige italienische aus älterer Zeit bringen. Den Anfang davon mit V. Bellini's „Roma“ zu machen, war eine berechtigte Subdiviion vor diesem wohl wertvollsten Werk aus der musikalischen Bühnenwelt Italiens — wenigstens aus der älteren Zeit vor G. Verdi's Fortschritten. Eine Textdichtung, von der mindestens die Anlage groß und echt ist; eine Musik, die zwar weder auf der Höhe deutscher Ausarbeitungslust steht, noch aus der eigenartigen historischen Stimmung des Textes eine eigenartige Sprache widmet wohl aber solider durchgearbeitet ist, als sonstiger Singsang des Landes der „Rofinen“, und einen wirklich zu Herzen gehender Gesang entfaltet. Inmitten der gallischen Druidenwelt mit ihren Mond- und Kräuterkult und mit ihrer Beierstein, die dem römischen Verfänger sich schließlich selbst zum Oper bringt, gewöhnen wir uns bald an das Marsch- und Tanzartige der Gesänge und genießen den Ernst des Werkes am ehesten, wenn die Heldin des Stückes von einer an tragischer Kraft reichen Künstlerin dargestellt wird. Eine solche ist Frau Lili Lehmann. Wertwórdig: was immer ih an Rückgang ihrer durch die Jahrzehnte hindurch hegreichen Stimmi nachgesagt werden könnte — an den dramatischen Höhepunkten gli- es doch wieder nicht; hier erstrahlt ihre sinnliche Kunst im Dienste der geistigen am vollkommensten.

Unter den nicht wenigen Vorträgen der Aufführung konnte be- sonders auffallen, daß man diesmal die Worte einigermaßen gut verstand; und unter den verschiednen Ursachen dessen darf die deut- liche Aussprache mehrerer Sänger hervorgehoben werden. Di „Stimmzeichen“ bewahren sich darin oft am wenigsten; dagegen läßt z. B. die beschödenere Stimme von Frau Fink den Text um se besser verstehen, als bei ihr der Vokalismus nicht den Konsonanten- lang überflutet. Für ein akustisch so verbesserungsbedürftiges Haus, wie den „Kroll“, lohnt sich gerade die Beachtung solcher Elemente der Maunakunst.

Notizen.

— Kunstchronik. Zeichnungen Albrecht Dürers und seiner Schule sind im Ausstellungsaal des Kupferstichkabinetts (in den Kgl. Museen) ausgestellt. — Sein Lebenswerk auf dem Totenbett beendet hat, wie aus New-York berichtet wird, der berühmte amerikanische Astronom Professor Simon Newcomb, dessen Tod bereits gemeldet wurde. Noch vor zwei Jahren führte der greise Gelehrte trotz seiner 72 Jahre einen Aufstieg auf das Matterhorn aus. Pro- fessor Newcomb erkrankte bereits im vergangenen Herbst in Harvard. Vor vier Wochen war sein Gesundheitszustand so trübsal, daß die Ärzte alle Hoffnungen aufgaben. Man verständigte den Gelehrten von seinem Zustand. Als er erfuhr, daß der Tod unabwendbar sei, bestand er darauf, auf einer Matrize nach Washington gebracht zu werden, wo er sofort eine Anzahl Stenographen engagierte und ihnen in aller Eile das Werk diktierte, dessen Abschluß sein Leben krónen sollte, seine große Arbeit über den Mond. Es war ihm die Geung- tung vergönnt, noch wenige Tage vor seinem Tode den letzten Wogen dem Drucker übergeben zu können.

Kleines feuilleton.

Von Preußens Königl. Bibliothek. Zu dem Artikel „Preußens Rückständigkeit im Bibliothekwesen“ schreibt uns ein Leser: „In der königlichen Bibliothek in Berlin ist lädenlos nur die Literatur aus den alten preussischen Provinzen — also mit Ausnahme der 1888 annektierten Provinzen — enthalten. Von anderwärts verlegten Werken und Zeitschriften ist wohl auch ein reichhaltiger Bestand vorhanden, und es werden auch von Neu- erscheinungen die bedeutendsten angeschafft, aber doch nur in be- schränktem Maße. Daher sind viele Zweige nur sehr lädenhaft vertreten. Dazu kommt, daß für die bei altpreussischen Verlegern erschienenen Werke und Zeitschriften für die Viesierung der Pflicht- exemplare keine Festbestimmung existiert. Nur innerhalb des Jahres der Erscheinung müssen sie geliefert werden. Infolge- dessen geben die Werte vielfach nur alle Vierteljahre oder gar erst gegen Ende des Jahres ein, wo das Interesse für die Benutzung oft nicht mehr vorhanden ist. Wenn aber der Verlag einer bisher auf diese Weise unentgeltlich erhaltenen Zeitschrift nach einem abgabefreien Orte verlegt wird, so wird sie nicht weitergeliefert und auch nicht gehalten. Verfasser sehr wertvoller und teurer Werke, deren Herstellung Hunderte von Mark pro Exemplar kostet, wählen sich vielfach Verleger außerhalb Preußens, weil sie dann das Pflichtexemplar sparen. Solche Werke findet man daher oft nicht in der königlichen Bibliothek.“

Die Lädenhaftigkeit dieser Bibliothek hat sich besonders auch in verschiedenen Zweigen der technischen und der Sozialliteratur fühlbar gemacht. Zwar können für erstere die Bibliotheken der technischen Hochschule und des Patentamtes oft ausbelfen, aber diese sind doch eigentlich nur für Angehörige dieser beiden Institute bestimmt. Man hat dieser Lädenhaftigkeit der königlichen Biblio- thek neuerdings durch einige Privatunternehmungen abzuhelfen ge- sucht. Für die Techno-Bibliographie hat sich durch Zusammen- treten der 14 größten Ingenieur- und technischen Organisationen 1908 ein internationales Institut gebildet, das eine möglichst voll- ständige Sammlung, Sichtung und Katalogisierung der gesamten internationalen technischen Zeitschriften- und Bücherliteratur schaffen will. Auch für die sozialen Wissenschaften ist im Jahre 1906 ein besonderes Institut für internationale soziale Biblio- graphie gegründet worden, das auch eine möglichst unparteiische kritische Monatschrift herausgibt und aus Reichsmitteln jährlich mit 15.000 M. subventioniert wird. Es sammelt hauptsächlich die Neuererscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiete und erteilt darüber Auskunft. Für andere Gebiete, wie das der Pädagogik und der Medizin wären solche Ergänzungen der königlichen Bibliothek sehr zu wünschen.

Der Kinematograph in der Chirurgie. Der Kinematograph scheint an die Stelle der Theateraufführung treten zu wollen. Wird es wirklich so weit kommen? Wir wollen es nicht wünschen. Aber der Kinematograph lang wichtigere und wertvollere Dienste

# Aus Industrie und Handel.

## Neue Steuern als Profitquelle.

Die Abwälzung der neuen Steuern soll anscheinend gründlich besorgt werden. Anstatt 400 Millionen wird dem Volke vielleicht das Doppelte abgeknöpft. Die Brauereien haben die Abwälzung so gründlich vorbereitet, daß man sogar mit einer Steigerung der Rentabilität der Unternehmen rechnet. Heute wird noch eine Flasche von der Schultheißbrauerei präsentiert, die äußerlich den anderen gleicht, aber trotzdem zirka 30 Proz. weniger saßt als die früher gelieferten. Die Biertrinker will man anscheinend ordentlich bluten lassen. Noch toller sollen die Streichholzverbraucher geschöpft werden. Schon jetzt fordert man im Kleinhandel um 50 Proz. erhöhte Preise. Wie wir hören, können Kleinhändler von den Fabrikanten vorläufig größere Posten Holzger nicht mehr bekommen, angeblich sind sie für Warenkäufer auf längere Zeit beschäftigt. Diese geben natürlich nun auch nur noch kleine Mengen ab, um nach dem 1. August, wenn die Händlungssteuer in Kraft tritt, auch einen ordentlichen Preisausschlag vorzunehmen.

Ähnlich werden die Abwälzungen der Mehrbelastungen für Tabak und Branntwein vorgenommen werden. So bekommt die breite Masse die konservativ-meritale Steuerpolitik gründlich zu kosten. Dafür hat man sich bei den Stötenwahlen für die Interessensvertreter des Kapitals einsparen lassen.

**Säße Dividenden.** Die Zuckerraffinerie in Schlesien verteilte für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von dreißig Prozent. Diese Höhe hatte man bisher noch nicht erreicht. Die Aktien befinden sich durchweg in den Händen umwohnender Gutsbesitzer.

## Die bösen Handelsverträge.

Der Papierindustrieverein klagt in seinem Jahresbericht über die schädlichen Wirkungen der neuen Handelsverträge. Die Ausfuhr ist zurückgegangen. Insbesondere ist dies nach den Ländern der Fall gewesen, mit denen Deutschland im Handelsvertragsverhältnis steht. Der Schaden, der die deutsche Papierindustrie trifft, ist ein doppelter; einmal geht der Export aus Deutschland zurück, und zweitens wird die ausländische Industrie durch den erhöhten Zollschutz gestärkt und konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt.

## Som amerikanische Zolltarif.

Ueber weitere Zollherabsetzungen, die sich gegen die ausländische Textilindustrie richten, wird berichtet, daß der Kamm Re Klinsch, welcher durch den nach ihm benannten Tarif die Grundlage für das Ausfließen einer Weibhleh-Industrie gelegt hat, wodurch den britischen Fabrikanten das bisherige Monopol im hiesigen Markte entzogen wurde, anscheinend Bahne nicht schlafen lasse. Um jenem Beispiele nachzuahmen, habe er Spinnen und Stickerien aussersehen, wovon Europa jährlich für 35 bis 40 Millionen Dollars nach drüben kauft, während die amerikanischen Spinnen- und Stickerien-Industrien nur erst wenig entwickelt seien. Dem soll nach der Ansicht Bahnes anlässlich der diesjährigen Tarifrevision abgeholfen werden und zwar durch solche Erhöhung der Zölle, daß dadurch ein großer Teil der bisherigen Importationen ausgeschlossen werden soll, und sodann durch zeitweilige Freigabe der Einfuhr von Spinnen- und Stickerien-Maschinen. Die Bahne Bill sieht daher auch für letztere für zwei Jahre Zollfreiheit vor, und wengleich die Albrich Bill diese Bestimmung eliminiert hat, so heißt es doch, es werde in dem Konferenztomitee die Bestimmung der Bahne Bill wieder hergestellt werden. Die Ausführung des Planes würde die Kosten des Importierens erhöhen und die Konkurrenz sowohl für den einheimischen als auch den ausländischen Fabrikanten vermehren, während die Kosten natürlich der Konsument tragen müßte, und zwar die am wenigsten zahlungsfähigen, da billige Ware hauptsächlich betroffen werden würde. Auch Albrich ist noch weiter an der Arbeit, um die Zollmauer recht hoch zu ziehen. Er versucht die Zollsätze auf Spinnen und Stickerien noch um 10 Proz. zu erhöhen, womit die Belastung 70 Proz. betragen würde.

**Kunsthändlertrüß.** Ueber einen neuen Kunsthändlertrüß in Amerika berichtet die „New Yorker Handelszeitung“: Bekanntlich waren die Bemühungen, eine Verschmelzung von etwa 50 Kunsthändlerfabriken des Landes mittels Gründung einer mit 50 000 000 Dollars kapitalisierten Korporation zustande zu bringen, unlängst aufgegeben worden. Augenblicklich sind Bemühungen, dasselbe Resultat auf andere Weise herbeizuführen, von neuem aufgenommen worden, und sind dieselben soweit fortgeschritten, daß es bereits zur Inkorporierung einer anderen Gesellschaft gekommen ist, welche jedoch soweit nur ein nominales Kapital von 1000 Dollars hat. Dasselbe soll schließlich jedoch auf 15 000 000 Dollars erhöht werden. Die Organisatoren sind Thomas E. Meadows und Waldemar Schmidtman, welche unter den Gesetzen des Staates New York die International Agricultural Corporation gechartert haben. Dieselbe tritt in das Leben als Besitzerin großer Kalkgruben in Deutschland, welche von dem zweitgenannten Herrn kontrolliert werden, von Phosphatgruben in Tennessee und Florida, sowie mit Kontrakten für die Ausbeute der Tennessee Copper Co., der Ducktown Copper Co. und der Sulphur u. Iron Co. an Schwefelsäure, welche Ausbeute sich pro Jahr auf etwa 1 000 000 Tonnen beläuft.

**Syndikate und Regierung in Russland.** Zu der von uns mitgeteilten Ablehnung der russischen Regierung, dem russischen Eisenbahnrat die unverkäuflichen Preise zu zahlen, teilt das W. Z. aus Petersburg über die Stellung der russischen Regierung zu den Syndikaten das folgende mit: „Das Finanzministerium erlaubt offen, daß es eine Monopolisierung des Marktes niemals dulden und jede künstliche Preissteigerung mit einer Entziehung der Kronaufträge beantworten würde.“ In Deutschland hat es die Regierung noch nicht zu einer solchen Erklärung gebracht, die verhandelt mit wirtschaftlichen Interessensorganisationen wie der Lokomotivenkonvention, dem Stahlverbandsverband, dem Kohlenyndikat usw., und läßt sich ordentlich einseifen.

## Bier Milliarden Mark Uberschuß.

Die Standard Oil Co. wird für das letzte Jahr schätzungsweise wieder rund 40 Millionen Dollar Dividenden ausschütten, bei einem Uberschuß von rund 80 Millionen Dollar. Seit seiner Begründung ergeben sich folgende Gewinnziffern:

Jahr	Uberschuß	Dividenden
	in Dollar	
1909	80 000 000	39 335 320
1908	80 000 000	39 335 320
1907	85 000 000	39 335 320
1906	83 123 251	39 335 320
1905	57 459 348	39 335 320
1904	61 670 110	35 188 268
1903	81 836 094	42 877 478
1902	64 618 863	43 881 956
Total	593 202 084	318 694 300
1882 bis 1901 inkl.	459 240 000	351 833 000
Total	1 049 442 084	670 427 300

Sofern Präsident John D. Rockefeller, wie man wissen will, 25 Prozent der Aktien der Gesellschaft besitzt, so stellt sich seine Dividendeneinnahme für die Zeit auf 175 000 000 Dollar.

Bekanntlich wurde 1906 die von der Regierung vorgeschlagene Tabaksteuererhöhung abgelehnt. Trotzdem behandelt sie Herr Dr. Jäger in seiner Broschüre sehr ausführlich. Warum? Sie dient ihm nämlich als Demonstrationsobjekt, um den Zentrumsarbeitern zu zeigen, wie sehr sie als Produzenten durch die von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen geschädigt worden wären, und wie väterlich deshalb das Zentrum für sie sorgte, als es diese Vorschläge ablehnte. Damals rechnete Herr Jäger aus, daß durch die Annahme der Regierungsvorschläge an zwei Millionen Menschen in ihrem Erwerb beeinträchtigt worden wären, denn in der Tabakindustrie und ihren Hilfszweigen würden allein über 180 000 Arbeiter beschäftigt, und zu diesen kämen noch 120 000 Tabakpflanzer mit ihren Familien usw.

Damals war noch die Ablehnung der Tabaksteuererhöhung eine Grobthat des Zentrums, mit der es vor den christlichen Tabakarbeitern solch paradiert; jetzt — nach Verlauf von drei Jahren — hat es für Erhöhungen gestimmt, die zum Teil beträchtlich höher sind als die damals vorgeschlagenen.

Nur die Zigarettensteuer fand damals Annahme. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte darauf den Antrag, die Zigarettensteuer, die durch die Steuererhöhung und ihre Folgen, d. h. durch die zu erwartende Verbrauchsbeschränkung, arbeitslos würden, zu entschädigen. Während aber vor wenigen Tagen das Zentrum eine Entschädigung der Tabakarbeiter verlangte, allerdings nur eine ganz unzulängliche, wollte es damals absolut nichts von einer Entschädigung wissen. Damals erklärte Dr. Jäger im Reichstag (am 7. Mai 1906):

„Ich glaube, die Verhältnisse liegen nicht so, daß man die Leute entschädigen muß; denn so gefährlich ist die Sache nicht, wie die Herren sagen, und außerdem können wir schon wegen der Konsequenzen nicht auf die Frage eingehen.“

Und in seiner Broschüre schrieb er:

„Die Sozialdemokraten wollten zuerst die Heimarbeit ganz verboten haben, und als dies im Interesse der Arbeiter selbst vom Reichstag abgelehnt worden war, beantragten sie Entschädigung der durch dieses Gesetz arbeitslos Gewordenen. Auch dieser Antrag mußte abgelehnt werden, weil der Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit diesem Gesetz sehr schwer einwandfrei festzustellen ist, weil die Annahme des Antrages zu unübersehbaren Folgerungen führen würde und weil überhaupt eine derartige Maßregel bisher noch niemals ins Auge gefaßt und durchgeführt wurde.“

Damals war eine derartige Maßregel etwas Unerhörtes und ganz Unmögliches. Jetzt hat das Zentrum selbst für eine solche unmögliche Maßregel gestimmt — wenn auch nicht aus Wohlwollen für die Tabakarbeiter, sondern nur, um ein Mittel zur Verschönerung der rebellierenden christlichen Tabakarbeiter zu haben. So schnell ändern sich Zentrumsüberzeugungen!

Doch das Schönste kommt noch. In seiner Steuerbroschüre tritt Herr Dr. Jäger für höhere Erbschaftsteuern auf große Vermögen ein und erhebt gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf, daß die von ihrer Reichstagsfraktion vorgeschlagenen Erbschaftsteuervorläge die großen Vermögen noch zu mäßig belasteten. Damals schrieb er, ohne daß irgendein Zentrumsblatt ihn desavouiert hätte:

„Die Sozialdemokraten wollten die Erbschaftsteuer bedeutend verschärfen und stellten daher in der Kommission und im Plenum entsprechende Anträge. Dabei wollten sie nicht bloß die großen Vermögen belasten, sondern griffen schon stark in die Reichen der Rinderbrennereien und Arbeiter hinein; eine Erbschaft von 2001 M. sollte (Antrag Nr. 38) bereits 1 Proz. bezahlen. Bei einem Gesamtvermögen von 25 000 M., also bei einem mittleren Bauer (nach süd- und westdeutschen Verhältnissen), sollte die Steuer bereits 4 Proz. betragen. Dabei war nirgends Rücksicht genommen auf die Zahl der Kinder, die sich in 30 kleine Erbmassen zu teilen hätten. Bei einer Erbmasse von 1—5 Millionen erreichte die Steuer 14 Proz., bei 10 Millionen ihr Ende mit 18 Proz. Der Ertrag war auf 160 Millionen geschätzt. Die Sozialdemokraten hätten also die Reichen sehr schwer und die größeren mäßig belastet.“

Diesmal hat das Zentrum sogar gegen das abgeschwächte Erbschaftsteuergesetz gestimmt, weil ihm selbst dessen lächerlich niedrige Steuerfüße noch als eine zu hohe Belastung der Wohlhabenden erschienen.

So ändern sich im Handumdrehen Ueberzeugungen, Grundzüge und Argumentationen beim Zentrum.

# Soziales.

## Ortskrankenkassen-Versammlung.

Der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich hält seine 16. Jahresversammlung vom 8. bis 10. August in Bremen ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die „Besprechung der Reichsversicherungsordnung“.

## Kann Nichtimpfenlassen wiederholt bestraft werden?

§ 14 Absatz 2 des Impfgesetzes von 1874 bestimmt: „Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund und trotz erfolgter amtlicher Aufforderung der Impfung oder der ihr folgenden Bestellung entzogen geblieben sind, werden mit Geldstrafe bis zu 50 M. oder mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.“ — Wegen Uebertretung dieser Vorschrift war der Schriftsteller Gello v. Gerlach vom Landgericht II in Berlin zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt worden. Er hatte die vom Berliner Polizeipräsidenten ausgehende Aufforderung, seinen impfpflichtigen Sohn Wolfgang impfen zu lassen, nicht befolgt. Einem Schuttmann, der bei ihm erschien, erklärte er im Januar 1909, er lasse als prinzipieller Impfgegner seinen Sohn nicht impfen. — Seinen Einwand, daß er wegen Nichtimpfens desselben Kindes schon einmal 1908 bestraft sei, ließ das Gericht nicht gelten. Durch eine neue Bestrafung werde nicht der Grundsatz ne bis in idem verletzt. Jeder Fall von Ungehorsam gegen eine amtliche Aufforderung im Sinne des § 14 Absatz 2 stelle eine besondere Grobthat dar, so daß die Nichtbeachtung der Aufforderung von 1909 eine neue Straftat sei.

Der Angeklagte legte Revision ein. In der Begründung des Rechtsmittels rügte sein Anwalt Verletzung des § 14 Absatz 2 des Gesetzes durch falsche Anwendung und führte aus, daß der Standpunkt des Landgerichts die Anerkennung eines Impfwanges bedeute, den das Impfgesetz nicht habe einführen wollen.

Herr v. Gerlach selber bemerkte in der Verhandlung vor dem Kammergericht am 13. Juli, es würde zu unerhörten Konsequenzen führen, wenn die Polizei es in der Hand hätte, durch Wiederholung solcher Aufforderungen so oft wie möglich eine Bestrafung herbeizuführen. Und zwar soziale Konsequenzen. Die armen Leute würden durch wiederholte Strafen gezwungen werden, zu tun, was sie nach ihrer Ueberzeugung nicht möchten, und sie würden damit einem Impfwange unterliegen. Dagegen würden es bemittelte Leute nicht tun, sondern die Geldstrafen über sich ergehen lassen. Der zweite Strafsenat des Kammergerichts wies am Dienstag die Revision mit folgender Begründung ab: Das Kammergericht halte den Standpunkt des Landgerichts für zutreffend. Allerdings

habe ja die Frage, ob eine wiederholte Bestrafung auf eine wiederholte Aufforderung zulässig sei, zu Kontroversen geführt. Die Mehrzahl der Oberlandesgerichte bejahe aber die Frage. Auch spreche die Entstehungsgeschichte des Gesetzes dafür. Die Regierung wolle von vornherein die zwangsweise Impfung. Das sei im Reichstag gefallen. Aber die Absicht des Reichstages sei gewesen, ein Gesetz zu machen, das Erfolg habe. Und Erfolg könne das Gesetz nur haben, wenn durch Geldstrafen indirekt die Impfung erzwungen werden könne. Daß dies die Absicht gewesen sei, habe ein Gegner des Gesetzes, der damalige Abgeordnete Windhorst, ausdrücklich ausgesprochen. Er habe gegen das Gesetz gestimmt und dies bei der dritten Lesung damit begründet, daß ein indirekter Impfwang im Gesetz verblieben sei. — Stenglein erklärte die wiederholte Bestrafung auf wiederholte Aufforderung ebenfalls für gewollt. Die Absicht des Gesetzes sei, den Ungehorsam gegen das Gesetz zu brechen, wenn auch mit durch den Reichstag abgeschwächten Mitteln. — Wenn Angeklagter sage, das Gesetz werde gegen die Armen und nicht gegen die Reichen wirken, so sei solche Wirkung bei verschiedenen Gesetzen vorhanden. Der § 14 Absatz 2 des Impfgesetzes sehe aber auch Haft bis zu 3 Tagen als selbständige Strafe vor (nicht bloß als Eventualstrafe). Da könne der Widerstand der Reichen, die die Geldstrafen zahlen wollten, sehr wohl gebrochen werden. —

## Mißlungene Ausrede.

Ein Kompagniegeschäft, für das unter anderen auch die Arbeiter das Risiko tragen sollten, unterhielten die Tischmeister Winger und Bardeleben. Das Geschäft rentierte sich nicht recht und so häufigste Bardeleben vor den Gläubigern. Sein gegenwärtiger Aufenthalt ist noch nicht ermittelt worden. 17 Arbeiter, die für diese beiden Kompagnons tätig waren, klagten am Dienstag vor dem Innungschiedsgericht auf Zahlung rückständiger, recht erheblicher Lohnbeträge. Der Beklagte Winger war zum Termin erschienen, wollte aber nicht Betriebsinhaber sondern nur am Reingewinn beteiligt gewesen sein. Das Schiedsgericht ließ diese Ausrede nicht gelten, sondern verurteilte ihn zur Zahlung der eingeklagten Lohnsummen.

## Landarbeiterleben.

Wieder ist ein Landarbeiter durch seinen Arbeitgeber toteschossen worden. Das Drama ereignete sich im Dorfe Eblingert bei Ebing. Dort war der Weller und Viehfütterer Karlsonski mit dem Hofbesitzer Anorr in Meinungsverschiedenheiten geraten. Der Arbeiter forderte schließlich seine Entlassung und den rückständigen Lohn. Der Besitzer war aber nicht geneigt, den vollen Lohn auszugeben, sondern wollte einen größeren Betrag als Sicherheitssumme zurückbehalten. Im Verlauf des Streites will der Besitzer von Karlsonski mit einem Messer bedroht worden sein und in Angst um das eigene Leben den Arbeiter über den Hofen geschossen haben. Der Schmerbetrachte wurde nach dem Ebingert Krankenhaus gebracht, verstarb dort aber am letzten Sonntag, 24 Stunden nach seiner Entlassung. Der Hofbesitzer Anorr behauptet, er habe in Notwehr gehandelt. Man darf gespannt sein, welches Resultat die behördliche Untersuchung ergeben wird, ob die amtlichen Organe auch Notwehr feststellen werden.

Ein zweiter Vorgang zum Kapitel der Leutenot, dessen Verlauf glücklicherweise kein Menschenleben zum Opfer forderte, fand dieser Tage seinen einstweiligen Abschluß vor der Strafkammer in Königsberg in der Berufungsinstanz. Der Tatbestand ist kurz folgender: Eine Landarbeiterin mußte auf dem Gute des Besitzers Albert Weller in Groß-Lindenau bei Königsberg i. Pr. während der Krankheit ihres Mannes das Vieh des „Gnädigen“ füttern. Eines Tages kam der Besitzer in den Stall und machte in scharfen Worten der Frau den Vorwurf, daß sie das Vieh nicht richtig behandle, besonders lasse die Abfütterung alles zu wünschen übrig. Die Frau kniete nicht gleich demütig vor dem Bestrengen in die Knie. Darauf rief der Besitzer der Frau zu, sie solle sich zum Teufel scheren. Die Frau wollte diesem frommen „Befehl“ des „Gnädigen“ nachkommen, verlangte aber für ihren Mann die Weiterzahlung des kontraktlich vereinbarten Lohnes. Da packte der Besitzer das „freie Weib“, wie er geschmackvoll sagte, im Genick und wollte die Widerspenstige an die frische Luft setzen. Die Frau entwand sich seinen Händen, ergriff eine Brücke, so groß wie eine kleine Kegeltugel, und warf sie dem Besitzer an den Kopf. Die Brücke verletzte die Oberlippe des „Gnädigen“, er will mehrere Tage lang beim Essen und Sprechen Schmerzen gehabt haben. Nun warf der Besitzer, ein Hüne von Gestalt, die schwächliche Frau zweimal zu Boden und verletzte ihr einige Schläge gegen den Kopf, so daß sie noch heute klagt, seit jenem Vorfall dauernd Schmerzen zu haben. Die Frau verklagte den Besitzer, der Besitzer die Frau wegen Körperverletzung. Der Herr Besitzer wurde vom Schöffengericht zu — 3 M. Geldstrafe verurteilt, aber in der Berufungsinstanz freigesprochen. Die Frau erhielt 20 M. Geldstrafe und die von ihr eingeleitete Verurteilung wurde in der oben erwähnten Strafkammer Sitzung verworfen.

## Ungültigkeit von Krankenkassenwahlen.

Die Legitimation bei Wahlen in Krankenkassen betrifft eine bemerkenswerte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Die Mitglieder der Ortskrankenkasse der Bauhandwerker in Lüdenscheid hatten am 20. November 1907 die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung vorgenommen. Gemäß den vom Vorstand erlassenen Ordnungsvorschriften wurden zur Wahl nur diejenigen zugelassen, die ihre Mitgliedskarte vorgezeigt. So kam es, daß verschiebene tatsächlich wahlberechtigten Mitglieder, die ihre Mitgliedskarte nicht bei sich hatten, zurückgewiesen wurden. — Der Magistrat als Aufsichtsbehörde entschied auf Einsprüche von Zurückgewiesenen, daß die Wahlen ungültig seien, und zwar lediglich wegen der Zurückweisung derjenigen Wahlberechtigten, die ihre Mitgliedskarte nicht bei sich hatten beziehungsweise nicht dem Wahlvorstande vorgezeigt. Der Magistrat vertrat den Standpunkt, daß Ordnungsvorschriften für die Wahlen ja zulässig seien, daß sie aber nicht soweit gehen dürften, wahlberechtigten Mitgliedern die Ausübung des Wahlrechts unmöglich zu machen. Das sei hier geschehen, indem jede andere Legitimation als die Mitgliedskarte ausgeschlossen worden sei. — Der Vorstand der Kasse, dem der Magistrat die Beanstandung der Wahlen eröffnete, klagte beim Bezirksauswahlschuss und erzielte, daß dieser den Bescheid des Magistrats außer Kraft setzte. Das Bezirksgericht führte unter anderem aus: Das vom Wahlvorstand geübte Verfahren sei gerechtfertigt. Die Wahlleitung müsse als berechtigt angesehen werden, eine Legitimation der Mitglieder zu fordern. Wenn als solche die Mitgliedskarte angesehen wurde, so sei nichts dagegen zu sagen. Jedes Mitglied hätte diese Legitimation sofort zur Verfügung haben oder auch, wenn vergessen usw., die Karte schnell herbeiholen können. Die Wahlen seien gültig.

Der dritte Senat des Oberverwaltungsgerichts hob jedoch dies Urteil auf und wies die Klage des Rassenverbandes ab, indem er gleich dem Magistrat die Wahlen für ungültig erklärte. Gründe: Dem Rassenverband stehe an sich ein Klagerecht zu. Ihm sei vom Magistrat gesagt worden, daß die Wahlen ungültig seien. Wenn das richtig war, so folgten daraus für den Vorstand eine Reihe von Verpflichtungen. In der Sache selbst sei ungewiss, daß erstens nur wahlberechtigten Mitglieder wählen dürften und daß der Vorstand verlangen könne, daß die Mitglieder, die sich aus der Liste ersehen lassen, die Identität ihrer Person nachweisen, wenn sie dem Wahlvorstande nicht so bekannt seien. Hier aber habe der Vorstand gesagt, daß nur zugelassen werden solle, wer die Mitgliedskarte bei sich habe. Er habe also ganz außer Betracht gelassen, ob sich das Mitglied sonstwie legitimieren könne. Dazu sei der Vorstand nicht berechtigt. Die Legitimation durch die Mitgliedskarte möge ja das Wahlgewicht erleichtern. Es sei jedoch durchaus unzulässig, nur die Mitgliedskarte als einziges Legitimationsmittel zuzulassen. Somit wären die Wahlen ungültig.

# Aus der Frauenbewegung.

**Frauen in der Kommunalverwaltung.** Sämtliche Frauenvereine in Erlangen, einschließlich der Frauenabteilung des sozialdemokratischen Wahlvereins, haben sich zu einem Verbandszusammenschluss geschlossen, um vereint die Zulassung der Frauen zur Armen- und Waisenpflege durchzusetzen.

**Politische Flüchtlinge.** Moskau, 14. Juli. In der Nacht auf Mittwoch flohen zwölf wegen politischer Vergehen verurteilte Frauen, eine Kriminalverbrecherin und eine Aufseherin aus dem Frauengefängnis.

## Lesende.

Steglich. Der Lesende für Juli fällt aus.

## Gerichts-Zeitung.

### Sammeln freiwilliger Beiträge für Wahlzwecke.

Freiwillige Beiträge zur Deckung der Unkosten der Landtagswahlen hatte Genosse Ahmann in Nixdorf unter Benutzung einer Liste des „Sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Lettow-Weesko-Charlottenburg“ in Gastwirtschaften gesammelt. Die Sammlung verteilte sich auf einen Zeitraum von 4 bis 6 Wochen. Am 2. Mai 1908 wurde ihm die Liste in einer Wirtschaft abgenommen. Er erhielt eine Anklage und wurde später vom Landgericht II wegen Ausführung einer nicht genehmigten, aber genehmigungspflichtigen öffentlichen Kollekte von Haus zu Haus zu einer Geldstrafe von 20 M. verurteilt. Für unerheblich erachtete es das Gericht, ob er lediglich Parteigenossen die Liste vorgelegt habe oder auch anderen Personen, welche sich in den 13 Gastwirtschaften aufhielten, wo er im Laufe der genannten Zeit gesammelt hatte. — Ferner wurden die Genossen Straßer und Schreier wegen Vermittlung der Kollekte zu Geldstrafen verurteilt: Schreier, weil er an Straßer mehrere Sammellisten, darunter die des Angeklagten, übergeben hatte, und Straßer, weil er die Listen am Jahlabend auslegte, wo Ahmann die von ihm benutzte in Empfang nahm.

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Hertzfeld rügte Verletzung des Begriffs der öffentlichen Kollekte. Für die Genehmigungspflicht könnten nur Sammlungen von Haus zu Haus in Frage kommen, und zwar müßten die Häuser zum Zwecke des Sammelns aufgesucht werden. Selbst wenn man nun ein Gehen von Wirtschaft zu Wirtschaft, wie ein Urteil des Kammergerichts es tut, hinein einbeziehen wollte, so läge hier eine öffentliche Kollekte doch nicht vor. Es sei nicht festgestellt, daß Ahmann an einem Tage zum Zwecke des Sammelns von Wirtschaft zu Wirtschaft gezogen sei. Wenn er, wie er selbst angab, die Liste einmal bei einer „Bierreise“ mit hatte, dann sei eben in diesem Falle das Sammeln nicht der Zweck gewesen, sondern die Bierreise. Im übrigen aber habe sich sein Sammeln in den Kneipen auf vier bis sechs Wochen verteilt und sei auch nur ein solches bei Gelegenheit des Wirtschaftsbesuches gewesen, komme also nicht als erhebliche Kollekte in Frage. — Ferner wandte sich der Anwalt gegen die Annahme des Landgerichts, daß Straßer und Schreier eine Kollekte vermittelt hätten.

Der erste Straßensatz des Kammergerichts hob am Montag die Vorentscheidung bezüglich aller drei Angeklagten auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung an das Landgericht zurück. Es wurde ausgeführt: Die gegen die Angeklagten angewandte Verordnung des Regierungspräsidenten in Potsdam, welche die Veranstaltung, Ausführung und Vermittlung nicht genehmigter öffentlicher Kollekten mit Strafe bedroht, sei rechtmäßig. Eine Kollekte in ihrem Sinne sei allerdings ein Sammeln von Haus zu Haus voraus. Zu den Häusern gehörten nun auch Wirtschaften und es sei auch gleichgültig, ob sich die Sammlung innerhalb der Angehörigen einer Partei hielt. Durch eine solche Beschränkung werde, wenn die Menschenzahl eine unbegrenzte bleibt, der Charakter der öffentlichen Kollekte nicht ausgeschlossen. Die Strafkammer sage, Ahmann hätte die Gastwirtschaften einer ganzen Gegend systematisch aufgesucht. Das könnte ja so gedeutet werden, daß er lediglich zum Zwecke des Einsammelns von Wirtschaft zu Wirtschaft, von Haus zu Haus gegangen sei. Eine andere Auslegung des Landgerichts mache es jedoch zweifelhaft, ob das Gericht nicht doch den Begriff der Kollekte verkannt habe. Mit Bezug auf die erwähnte Bierreise sage das Landgericht, es wäre

nicht von Belang, ob A. an jenem Tage die verschiedenen Gastwirtschaften zum Zwecke des Kollektierens besucht habe oder ob er nur nebenher gesammelt hätte. Das Landgericht erkläre es für maßgebend, daß er verschiedene Wirtschaften nach einander aufsuchte und in ihnen sammelte. Das sei nach Annahme des Kammergerichts rechtmäßig. Das Gehen von Haus zu Haus beziehungsweise von Wirtschaft zu Wirtschaft müsse vielmehr zum Zwecke des Sammelns erfolgen. Demnach müsse die Vorentscheidung aufgehoben werden, damit das Landgericht in jener Richtung eine Nachprüfung vornehme. Die Aufhebung müsse die „Bermittler“ ebenfalls ergreifen. In der neuen Verhandlung werde eventuell auch ihr subjektives Verschulden nochmal zu prüfen sein. Das Landgericht habe bei ihnen nur eine Fahrlässigkeit festgestellt. Das genüge nicht. Mindestens müßte der dolus eventualis vorliegen.

## Eine Polizeipflanze.

Der aus dem Ledert-Bühnen-Prozess bekannte jetzige Buchhalter Heinrich Ledert hatte gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II noch ein kleines Schuldkonto zu begleichen. Unter der Anklage der Unterschlagung und Urkundenfälschung mußte sich L. vor dem Strafrichter verantworten. Der Angeklagte sitzt zurzeit in dem Tegelers Straßgefängnis in Straßburg, wo er eine ihm zu diktierte Gefängnisstrafe von 2 Jahren verbüßt. Diese Strafe hatte er wegen Urkundenfälschung in 12 Fällen und fortgesetzter Unterschlagung erhalten. Ledert war bei einem Kaufmann F. in der Schönleinstrasse als Buchhalter engagiert gewesen und hatte hier längere Zeit kleinere Beträge anstatt in die Geschäftskasse in seine eigene Tasche schieben lassen. Diese Unterschlagungen verdeckte er dann durch Fälschungen von Quittungen und falsche Buchungen. Gezielt hatte sich der Angeklagte wegen eines noch nachträglich ermittelten Falles zu verantworten. Das Gericht erkannte auf eine Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis.

## Eingegangene Druckschriften.

- Über das Schulfeld. Ein Roman von H. Ostwald. 1 M. Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig.
- Die Wahlrecht. Studie von Dr. E. Spira. 6 R. Manzsche Universitäts-Buchhandlung, Wien.
- Jahresbericht 1908 des Zentralverbandes der Lederarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. 60 Seiten. H. Wähler, Berlin SO. 33. Preis 0,80 M. für Verbandsmitglieder 0,10 M.
- Archiv für Volkswohlfahrt. Heft 9. Monatschrift. Vierteljährlich 6 M. — Selbstverlag, Berlin W. 30.
- Der heilige Garten. Beiträge zur Erforschung der Kindheit. Archiv für Altertumskunde und Sprachgeschichte. Herausgegeben von G. Höpfer und H. Schaefer. Monatlich ein Heft. Halbjähr 2 M. R. G. Th. Schaefer, Leipzig.
- Geschlechtsmoral und Lebensglück. Von J. P. Müller. Brosch. 6 M., geb. 7,50 M. — R. F. Köhler, Leipzig.
- Aus Natur und Geisteswelt. Band 76. Chemie in Küche und Haus. Von G. Abel. — Band 243. Österreichs innere Geschichte 1848-1907. Von R. Thurnwald. — Band 287. Die Lehre von der Energie. Von A. Stein. — Band 258. Antike Wirtschaftsgeschichte. Von D. Neumann. Einzelband geb. 1 M., geb. 1,25 M. — R. G. Teubner, Leipzig.
- Der Mensch und die Erde. Lieferung 76-81. Herausgegeben von G. Armer. 120 Lieferungen à 60 Pf. — Döng u. Co., Berlin.
- 30 Anstaltsporträts (Serie) von der Schweizerischen Heimarbeiterausstellung. 15. Juli bis 15. August 1909. Zürich, Im Strichengraben (Schulhaus).
- Die Hadel, Nr. 283-284, herausgegeben von R. Kraus, Wien.
- Verwaltungsbericht der Vereinigten Ordstrantrantastie in Darmstadt. 1908. 72 Seiten.
- Die Schundliteratur. Von A. Hecht. 75 Pf. — Glossen über die Universalgeschichte. Von Jentsch Kraft, Erlen von Gehnhader. 13 Seiten. — Reform-Verlag (R. Engelshmidt), Leipzig.
- Rechenhaftigkeitsbericht des Verbandes der Tapezierer und verwandter Berufsangehörigen Deutschlands. 54 Seiten. — D. Welper, Berlin, Köpenicker Straße 49.
- Freiland. Nr. 1. Monatschrift, jährlich 3,60 M. — Selbstverlag in Koblenz.
- Gartenstadt. Mitteilungen der Deutschen Gartenstadtagenschaft. Heft 5. — D. Randschmeyer, Karlsruhe.
- Jahresbericht 1908 des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. 243 Seiten. — Selbstverlag, Hamburg 1909.
- Kunst und Künstler. Heft 10. Monatschrift für bildende Kunst und Kunstgewerbe. Vierteljährlich 6 M. — D. Cassirer, Berlin.
- Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Bremen. 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909. 46 Seiten. — Jahresbericht vom Bildungsausschuss des Gewerkschaftsverbandes Bremen. 1908-1909. 15 Seiten. — Verlagsgesellschaft J. H. Schmalz u. Co. in Bremen.
- Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag des Sozialdemokratischen Partei Badens (27. und 28. Februar 1909). Mannheim 1909. Verlag des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens. 96 Seiten.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, letzter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Erstfakt 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Veranstaltung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

**D. M. 51.** Sie haben nach dem Gesetz die Miete für die volle Dauer des Vertrages zu zahlen. Sie sind aber berechtigt, die Benutzung der Wohnung durch den Vorkauf zu untersagen. — 100. Köpenick. 1. Der Vorkauf hat nicht mehr zurückzuführen. Die Erhaltung der Zwangsversteigerungskosten können Sie von ihm verlangen. 2. Sie können das Geld einlagern und dann eintragen lassen. — A. 100. Die Bestimmungen des alten Vertrages gelten in Ihrem Falle auch für die neue Wohnung, insbesondere auch die Kündigungsbedingungen. — S. 35. Sie dürfen das Stiel nicht entfernen. — A. 96. 1. Kein. 2. Schlichter ebenso wie Chambrögarnisten haben, wenn sie monatlich mieten und nichts anderes vereinbaren, spätestens bis am 15. zum 1. zu kündigen. (Nicht umgekehrt bis am 1. zum 15.) Wird verspätet gekündigt, so kann der Vorkauf den vollen folgenden Monat bezahlt verlangen. — M. N. 179. Kein. — Weiskene 100. Der 1500 Mark nicht übersteigende Jahreslohn ist auch für Gerichtskosten nicht pändbar. Welche Möbel im einzelnen pändbar sind, sagt das Gesetz nicht. Es erklärt nur die unentbehrlichen Möbel für nicht pändbar. In Ihrem Falle werden die von Ihnen angeführten Möbel voraussichtlich für unpändbar erachtet werden. — C. B. 4. Hitzdorf. Das Steuerrecht spricht nicht ausdrücklich aus, daß Fahrgeld abzugeben ist. Es folgt die Abgabepflicht daraus, daß das Fahrgeld in ähnlicher Weise wie der Dienstaufwand bei dem Besuchen zu betrachten ist. — A. B. 16. Legen Sie gegen den Kündigungsbescheid unter Darlegung der Verhältnisse Beschwerde ein. Derselbe hat nicht viel Aussicht auf Erfolg, aber ersicht auch nicht ganz ausnahmslos. — M. N. 1-3. Sie können einen gerichtlichen oder notariellen Vertrag mit Ihrer Frau abschließen, aber auch in diesem Falle müßte Ihre Frau einen Interventionsprozeß für den Fall einer etwaigen Kündigung anstrengen. — Nähmaschine 108. Die Antwort des Betreibers ist nicht rechtmäßig. Wenn Sie sich nicht einigen können, so müßten Sie gerichtliche Erteilung beantragen. — J. G. Die Kündigung ist nicht gültig. — A. 11. Innerhalb vier Wochen nach der Übung müssen Sie bei dem Gemeindevorsteher Ihres Wohnortes den Antrag auf Zahlung der Familienunterstützung stellen. Erhalten Sie die Auszahlung nicht, so legen Sie beim Landrat Beschwerde ein. — D. S. 100. Eine Einziehung wäre in Ihrem Falle bis zum 27. Jahre gültig, aber sehr unwahrscheinlich. — S. C. 36. Das ist möglich. Die Kinder sind den Eltern gegenüber nach dem Gesetz zu weit unterhaltspflichtig, als sie hierzu in der Lage sind, ohne ihre sonstigen Verpflichtungen zu gefährden. — S. 26. 23. Der Einwand der Verjährung würde voraussichtlich durchdringen. — Fassung 13. Der Austritt aus der Kirche würde das Recht der Frau nicht beeinträchtigen. — A. 23. 16. Das Gesetz spricht sich hierüber nicht aus. Die Entschuldigungen der Behörden sind verbindlich. Anderes Ergebnis ist das Fahrgeld auch dann abzugeben, wenn der Arbeiter nicht an einen bestimmten Wohnort gebunden ist. — R. 1890. 1. Eine Scheidungsfrage aus dem von Ihnen angeführten Grunde wäre nicht ausnahmslos. 2. Solange die Scheidung nicht ausgesprochen ist, ja. — S. 100. 1. Kein; sie ist Gewerbegehilfin. 2. Nein. — S. 100. In solchem Falle wären die familiären Pflichten und auch die väterliche geachtet. — A. 3000. Der Vertrag ist für Sie bindend. Wenn der Vermieter Sie nicht freiwillig von demselben entbindet. — A. B. 20. 1. Sie leben auch ohne Vertrag außer Gütergemeinschaft. 2. Ihre Mutter kann Ihre Frau zum Erben einsetzen. — A. 29. 800. 1. Ja. 2. Nein. — Weiskene, Tegel. 1. Kein. Sie müssen ausdrücklich persönlich Ihren Austritt erklären. 2. Ja. 3. Ja. — S. M. 27. 1. Ja. 2. Ja, aber die Behörden entscheiden sehr verschiedentlich. — M. G. 69. 1. bis 3. Sie können sich an den Magistrat und an den Oberpräsidenten wenden. In welcher Zeit Antwort erteilt wird, können wir nicht wissen. 4. Ja. — S. 26. 18. 1878. 1. Ding, Prinzenstr. 66, Berlin. 2. Die geschiedene Ehefrau behält nach der Scheidung den Familiennamen des Ehemannes, jedoch hat der Mann für den Fall, daß die Frau für allein schuldig erklärt worden ist, das Recht, ihr die Fortführung seines Namens in einer öffentlich beglaubigten Form zu untersagen. 3. Der Austritt erfolgt an beiden Orten. — Hermann B. 799. 1. und 2. Ja. 3. Nein. — S. G. 1000. Verbindungen für Unfallrenten durch Kapital können nur stattdessen gegenüber Bürgen, Ausländern sowie solchen Unfallrentnern, die unter 16 Proz. Rente erhalten. — S. 2. 32. Die junge Frau bleibt bis zum vollendeten 21. Lebensjahre unter Vormundschaft, kann aber, wenn sie das 18. Lebensjahr überschritten hat, beim Vormundschaftsgericht Volljährigkeitserklärung beantragen. — S. R. 85. Kein, der Anspruch ist durch das Nichtleben verjährt. — S. G. 70. Sie müßten sich noch einmal stellen. — V. 21. 100. Leider nein. — R. G. 28. Nehmen Sie die Beschwerde nicht zurück, wenn gleich sie wenig Aussicht auf Erfolg hat. Einen weiteren Weg gibt es leider nicht. — C. R. 100. 1. Ja. 2. Nein. — C. G. 1. Die Erbschaftsteuer beträgt 4 Proz. für leibliche Eltern, 6 Proz. für Großeltern sowie für Halbblutlinge ersten Grades von Geschwistern, 6 Proz. für Großeltern und entferntere Vorfahren, für Schwieger- und Stiefeltern, Schwieger- und Stiefkinder, für Halbblutlinge zweiten Grades von Geschwistern, für uneheliche vom Vater anerkannte Kinder und deren Halbblutlinge, sowie für an Kindesstatt angenommene Personen und deren Halbblutlinge, 8 Proz. für Geschwister der Eltern sowie für Verwandte im zweiten Grad der Seitenlinie, 10 Proz. in den übrigen Fällen. Bei Erbschaften über 20 000 Mark erfolgen Aufschläge. 2. 30 Mark. — Sangeslust. Eine solche Beglaubigung ist nicht erforderlich. Sie müssen aber ein Zeugnis Ihrer Heimatsbehörde beibringen, daß nach dortigen Gelehen Ihrer Heirat nichts im Wege steht. — S. G. 15. Sie könnten sich lediglich beschwerdeführend an das Reichsversicherungsamt wenden.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

## Lebensmittel

Diese Woche

Soweit Vorrat

Ein Waggon la. ung. Aprikosen Pfd. 18 Pf. Original-Korb 15 Pf. | Ein Waggon la. ital. Tomaten Pfd. 11 Pf. Original-Korb 9 Pf.

Große Pflaumen Pfd. 15 Pf. Orig.-Korb, Brutto für Netto ... Pfd. 12 Pf. | Große Kochäpfel Pfd. 16 Pf. Orig.-Korb, Brutto f. Netto 13 Pf. | Prima Blumenkohl Kopf 25 Pf., 3 Kopf 70 Pf. | Prima Essbirnen Pfd. 20 Pf. Orig.-Korb, Brutto für Netto ... Pfd. 18 Pf. | Feinste junge Schoten Pfd. 12 Pf., 5 Pfd. 55 Pf. | Prima Steinpilze ... Pfund 28 Pf., 5 Pfund 130

Prima junge Gänse Pfund 62 und 68 Pf.

Junge Brathühner Stück 55 80 Pf. 1 <sup>10</sup>	1 <sup>a</sup> Suppenhühner Stück 1 <sup>60</sup> 1 <sup>95</sup> 2 <sup>25</sup>	Junge Enten ... Stück 2 <sup>50</sup> 3 <sup>00</sup>
Prima Thüringer Cervelat ... Pfund 1 <sup>30</sup>	Rehblätter ... Stück 1 <sup>40</sup> 1 <sup>70</sup> 1 <sup>95</sup>	Delikatess-Rollschinken ... Pfund 1 <sup>40</sup>
Prima Thüringer Salami ... Pfund 1 <sup>30</sup>	Rehkeulen ... Stück 5 <sup>50</sup> 6 <sup>75</sup> 7 <sup>50</sup>	Feinster Nusschinken ... Pfund 1 <sup>25</sup>
Prima Teewurst ... Pfund 1 <sup>25</sup>	Rehrücken ... Stück 6 <sup>50</sup> 9 <sup>00</sup> bis 11 <sup>00</sup>	Prima Räucheraale ... Pfund 1 <sup>30</sup>

## Fruchtsäfte und Bowlenwein

Himbeersaft . 1/1 Flasche 85 Pf., 1/2 Flasche 45 Pf. | Moselblümchen .. Fl. 60 Pf., bel 5 Fl. 58 Pf. | Kaisersekt . . . . . Flasche 1<sup>60</sup> bel 5 Flasch. 1<sup>55</sup>  
 la. Himbeersaft . 1/1 Flasche 1<sup>05</sup> 1/2 Flasche 55 Pf. | Zeltinger . . . . . Fl. 65 Pf., bel 5 Fl. 60 Pf. | Oasinosekt . . . . . Flasche 2<sup>15</sup> bel 5 Flasch. 2<sup>10</sup>  
 Extrafeiner Himbeersaft 1/1 Fl. 1<sup>25</sup> 1/2 Fl. 65 Pf. | Erbacher . . . . . Fl. 70 Pf., bel 5 Fl. 68 Pf. | Moselstolz . . . . . Flasche 2<sup>25</sup> bel 5 Flasch. 2<sup>20</sup>  
 Kirschsaff . . . 1/1 Flasche 85 Pf., 1/2 Flasche 45 Pf. | Deidesheimer . . . Fl. 85 Pf., bel 5 Fl. 80 Pf. | Prince de Lorraine Flasche 2<sup>60</sup> bel 5 Flasch. 2<sup>55</sup>

# Oeffentliche politische Volks-Versammlungen

Freitag, den 16. Juli 1909, abends 8 Uhr.

## I. Wahlkreis:

Dräsel's Lokal, Neue Friedrichstraße 35.

## II. Wahlkreis:

Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

## III. Wahlkreis:

Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.

## IV. Wahlkreis:

Andreas-Festsäle (Borgmann), Andreasstr. 21.

## V. Wahlkreis:

Brauerei Lipps, Am Friedrichshain.

## VI. Wahlkreis:

Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10.

## Sichtenberg:

Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5.

## Rixdorf:

Neue Welt, Hasenheide.

Tages-Ordnung:

# Unser Kampf im Reichstage.

Diskussion.

Referenten: Die Reichstagsabgeordneten Molkenbuhr, Rich. Fischer, Helne, Singer, Rob. Schmidt, Ledebour, Stadthagen und Zubell.

Für Massenbesuch ist zu agitieren!

Der Einberufer: Eugen Ernst, Wöhlertstr. 9.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pf. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

## Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 66, bis 3 Uhr angenommen.

### Verkäufe.

Fortwärtler erhalten 5 Prozent Extrarabatt (selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen Teppich-Thomas, Dranienstraße 160, Dranienplatz. 21533\*

Teppiche, farbige, haltbar, preiswert.

Schülerplaid, großer Posten unter Preis.

Gardinen, Stores, Muster-Pläne für halben Wert.

Schlafdecken, ein Posten, für halben Wert.

Teppichdecken, Kustertische, preiswert.

Fortwärtler, beachtet vorliegende 6 Anzeigen.

Kaffee-Ausgaben, Goethe, Heine, Reuter, Schiller, Shakespeare, je vier Bände 6.— Mark. Völkner, Hauptstr. 2, zwei Bände 3.50 Mark. Bürger, Kleist, Lessing, Uhland, Wieland und andere, je ein Band 1.75 Mark. Exped. Lindenstr. 66, Laden.

Teppiche! (schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichgeschäft Dr. Müller, Hauptstr. 4, (Bühnen) Ecke. (Leder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) 26411\*

Gasthofhaus!!! Geschlossene Zweifelhochhäuser! 5.00. Bierhochhäuser! 9.00. Einlochhochhäuser! 0.80. Gasbühnen! Gasbeleuchtung (preiswert) Hofbauer, Wallnerstr. 22. 22568\*

Germanoplas 6. Stamme billige Wandverkleidung! Bettenselbst! Aussteuerer! Tischdecken! Kleiderbügel! Gardinenverkauf! Bildschilde! Teppiche! Extrabillige Sommerpalestina! Badestanzel! Schwämme! Herrenhosen! Herrenmäntel! Herrenanzug! Herrenanzug! Herrenanzug! Herrenanzug! 104\*

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Gedichte, Novellen usw. Gut ausgearbeitet, circa 300 Seiten umfänglich, zum Teil illustriert und gebunden. 50 Pfennige pro Band. Expedition, Lindenstr. 66, Laden.

Große Wanddecken 4.85, Karman, doppelseitig 7.50, Wa. Tisch 25.00, Diwanrücken, reichgeleitet, 4.50, Teppichhaus, Eul. Hofstr. 158. 21452\*

Räderwagen veräußert, Densitz, Hauptstr. 22. 134

Totalverkauf. Reißbände Tisch- und Tischspitzen, Garnitur 2.65, 3.75, 4.85, 5.65, 6.75, 8.50, 9.50 usw. E. Weihenbergs Vorhängerhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tischdecken, extra groß, 1.95, 2.25, 3.25, 4.25 usw.

Erbsenbrot, entzückende Ausprägungen, 3.45, 3.85, 4.50, 5.25, 6.00 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Nieseposten Gardinenreize und einzelne Fenster (2 Stk.) mit 10 Prozent Rabatt, Fenster 1.25, 1.85, 2.25, 2.75, 3.50, 4.50 usw. Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Abfallteppiche 1.25, 3.85, 4.50, 5.80, 6.50 usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Büchertische mit feinen Farbschleim, 10 Prozent Extrarabatt, 7.50, 9.85, 11.—, 13.—, 15.— usw. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Tischdecken 1.25, 1.75, 2.50, 3.50 usw.

Büchertische 3.85, 4.85, 6.80, 7.85, 9.25 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Nieseposten Teppichdecken. Stoffe und Samtstücke, 3.25, 3.85, 4.50, 5.50, 6.50, 7.85 usw. Große Frankfurterstraße 125.

Waffenverkauf von Revolvern, Pistolen und Kustertischen. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Gochvornhure Herrenanzüge, Herrenanzüge, Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen preiswert verkauft Deutsches Versandhaus Lagerstr. 63, 1 Treppe. 21778\*

Teppiche (schöne) Gelegenheitsverkauf, farbige, haltbar, preiswert, Große Frankfurterstraße 9, Häreinigung, Vormärtsbleiern 6 Prozent Extrarabatt. 16118\*

Teppichdecken billige, haltbar, Große Frankfurterstraße 9, Häreinigung.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Häreinigung. 16118\*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Gartens, Gemüse- und Obstgärten von Max Hebbeler. Mit 109 Textabbildungen. Preis 2.50 M. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 66.

Wegen Abreise verkaufe zwei Betten mit Matratze, Stuhl 50 Mark, Ederberg, Behlitzstraße 71 I.

Littaners Nähmaschinen ohne Anzählung, gebraucht (preiswert). Stahlstr. 99, Barshauerstr. 67. 82115

### Geschäftsverkäufe.

Zigarrengeschäft, gutgehend, ansehliche Wohnung, preiswert veräußert. Hauptstr. Stangenberg, Köpenickerstraße 20a. 162

Gornikiewicz Co., Dranienstraße 149, Telefon: 4, 11611, verkaufen Geschäfte aller Branchen schnell. Besuch kostenlos. 16788\*

Restaurations, voller Schaum, billig, Löwenstraße 29. 734\*

### Möbel.

Wollen Sie eine billige Einrichtung oder einzelne Möbelstücke kaufen, so muß man Lothringersstraße 28 hingehen! Billiger wie im Möbelgeschäft. Verkauf nur 1. Hof und 6 Etagen. Komplette Einrichtung mit moderner Küche 250, bessere 325—375—450—525—600 bis 1500. Kolossal billige! Ankleidekabinett, Garnituren, Büchertische, Bettstellen, Schränkchen, Ausziehtische, Teppiche, moderne Stühle, Umhaus, Büchertische, Schreibtische, Bücherregale! Lothringersstraße 28, Hof, Speicher. Bitte auf Hausnummer zu achten! 6. Haus vom Schönhauser. 4705\*

Gartenbaustr. 10, Ede Kofizier. S. Frau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. 17168\*

Möbelhalle „Norden“, Thiele, Kerkstr. 120 (Gartenplatz). Billig! Anwaltsstr. 118 (Stettinerbühl), Speicher. — Kleinauswahl bürgerlicher Wohnzimmereinrichtungen von 200 bis 3000 Mark — Gelegenheitskäufe gebraucht wie neuer Möbel, preiswert. Aufbewahrung und Lieferung frei. 18538\*

Möbelfabrik, gegründet 1901, Stahlstr. 67 (am Rixdorp), Hof, Fabrikgebäude, liefert volle Wohnzimmereinrichtungen sowie einzelne Möbelstücke zu Fabrikpreisen. Große Auswahl. Kleinauswahl. Hermann, Tischlermeister. Genossen 3 Prozent. 19538\*

Gebrauchte Möbel und Verzierungen, Schränke, Vertikals, Tische, Sofas, Schreibtische, Bücherregale, Büchertische, Garnituren, Bettstellen, Holzstühle, Silber, Kronen, Teppiche, komplette Einrichtungen bedeutend billiger wie anders. Lemmer's Möbelgeschäft, Lothringersstraße 55. 23558\*

Möbelgelegenheit! Wenig gebraucht, guterhaltene Möbel, auch neue, einjährige, eleganteste, beliebigen gemessen, veräußert (preiswert). Kleinauswahl, Lombardplatz, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.)

Handschalter (preiswert), fast neu, 2 Bettstellen mit Matratzen, Kleiderkasten, Vertikal, Trumeau, Sofa, 6 Stühle, Spiegel, Spiegelständer, komplette Küche. Böhmstr. 30, I links. 28048\*

### Fahrräder.

Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40.00. Holz Blumenstr. 36b. 16838\*

Fahrräder, Teilzahlungen. Invalidenstr. 20. Stahlstr. 40. Lutzstr. 31. 18308\*

Fahrräder, Teilzahlungen ohne Vorauszahlung, Zubehör, Gummi, Ringmaschinen, laufend billig. Lothringersstraße 40 und Steglitz, Schloßstr. 116. 20038\*

Geschäftsdreier, äußerst billig, 50.00 an Holz Blumenstr. 36b. 16838\*

1000 Herrenrad, Adler, Dürkopp, räder usw., 5.—, 10.—, 15.—, 20.—, 25.—. Auch Einzelverkauf, Engros-Preise. Fahrradgroßhaus Radowitz, Weinmeisterstraße 14.

Herrenrad, wie neu, 40.00, verkauft Urban, Gubenstraße 44, Cuergebäude. 734

### Musik.

Pianos, hohes, Schnitzerei, 140.00 (Teilzahlung), Lutzstr. 8 I.

Pianos, hervorragende Klangfälle, Hofmeister, fast neu, billig zu verkaufen. Barshauerstraße 58, Cuergebäude I. 61119\*

Violinunterricht (neuer, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler wöchentlich, auf Wunsch auch nur eine Lektion zu 1.25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Direktion unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“. (\*

### Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Gütlichstr. 94a. 25558\*

Verstärkte Mutterprache bederricht Erfolgreichen, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gelegentliche Angebote sind unter U. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Kunstschmuck von Frau Kolosky, Schloßstr. 116, III.

Ideen, Entwürfen arbeitet praktisch aus, auch Modelle billig. Kofentz, Berlin, Drontheimerstraße 21a. 191\*

Teppichhaus, G. m. b. H., Große Frankfurterstraße 116, I., leicht und leicht haltbar, Silberwaren, Uhren, Pelzwaren, Kleidungsstücke, Bälge sowie jeden Wertgegenstand. 21638\*

Haare, ausgefallene, leicht gegen böse Preise Frau Una Kubelein, Angsbürgerstraße 24, Gartenhaus II.

Ich nehme die Beileidigung des Händlers Bernhard Baum, hier, Böhmstr. 9, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Alfred Sternlicht, Schönhauser Allee 163a. 5255

Platina, Gold, Silber, Gefäße, Redergold, Goldmalen sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Stoffe, auch Gold- und Silbergeschmelze. Köpenickerstraße 29, Telefon 4 6858. 218119\*

### Vermietungen.

Keller-Restaurant sofort vermietet, Gütlichstr. 51. 5155

Arbeitsräume, best. groß, 25 bis 27 Mark, Andreasstraße 39. 5165

### Wohnungen.

Sonnenburgerstraße 27 B, 2, 1-Zimmerwohnungen sofort, später. Goldstr. 16, 2-Zimmerwohnung sofort, später.

Vorberwohnungen, Stube, Küche, Andreasstraße 39. 5175

### Zimmer.

Große Berliner Stube an Allee sofort oder später preiswert zu vermieten. U. 1051, Berlin O. 27, Kleine Andreasstraße 20, vorn 4 Tr.

Freundlich möbliertes Zimmer, Kottbusdamm 39 I, überm. Bonndorfer (Germanoplas) Schmidt.

Schlafstellen. Teilnehmer möblierte Schlafstelle, Zimmer. Gants, Dranienstraße 196, II.

### Arbeitsmarkt.

Stellenangebote. Landwirtsch. Aufsicht für Bogen (Metall), für Rosine (Antarzen) finden dauernde und lohnende Beschäftigung. G. Schröder, Rixdorf, Prinz-Adolphstraße 38. 4106

Tüchtigen Schlosser auf Granit sofort. August Schnitz, Wiershol, Hasenheiderstraße 15. 5255

Arbeiter, welche schon bei Dachdecken gearbeitet und sich auf Steintragen verstehen, werden verlangt, morgens 7,7, Charlottenburg, Drontheimerstraße 14, Platz, Karl Sternlicht, auf Köpenickerstraße 66, I. 792

Im Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Betonmeister, welcher Eisenarbeiten selbstständig leiten kann, wird für sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter U. 2 an die Expedition erbeten. 19482\*

### Achtung! Holzarbeiter

Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt: für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter

Firma Staats, Oberbaumstr. 5 und der Bau Wilschstr. 8 in Charlottenburg.

Möbel, Mariannenstraße 31/32. Sämtliche Betriebe in den Orten Rathenow, Fürstentum, Müstau und Rüdberg.

Gleichzeitig erlauben wir die Kollegen aller Branchen der Holzindustrie das Vermittlungsbureau „Blattensfeldstr. 4“ freuz zu meiden.

Für Einseher: der Bau Senfstr. 16.

Für Korbmacher: Körner in Rommes.

Die Ortsverwaltung.



Zur Einsichtnahme in die Gemeindegewählerliste

fordert ein Flugblatt auf, das am Dienstagabend von unseren Genossen in Berlin verbreitet wurde. Die Aufforderung, die Wählerlisten einzusehen, ist durchaus am Platze und es ist dringend notwendig, daß jeder Gemeindegewähler dieser Aufforderung Folge leistet. Die Wählerlisten enthalten sehr viele Mängel. Manche, die in der Liste stehen sollten, fehlen, andere wieder sind eingetragen, aber oft unter Entstellung der Namen. Wer also sich sein Wahlrecht sichern will, und das sollte jeder Parteigenosse, überzeuge sich davon, daß sein Name

in der Liste steht und achte darauf, daß er auch richtig in die Liste eingetragen ist. Die Wählerliste liegt aus in der Zeit vom

15. bis einschließlich 30. Juli d. J.

an den Wochentagen von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr, an den Sonntagen von vormittags 10 bis nachmittags 4 Uhr.

Der Magistrat hat in diesem Jahre endlich mehrere Auslegestellen geschaffen, in denen die Listen ausliegen, so daß den Wählern der Gang nach der Poststraße erspart wird.

Die Anlegung der Wählerlisten erfolgt für die

Table with 5 columns: Wahl-Abteilung, Stadtverordnetenwahlbezirk, Stadtbezirke, In der Turnhalle der, Straße. It lists various districts and their corresponding polling locations.

Wer keine Zeit hat, die Listen selbst einzusehen, beauftrage einen auf den Flugblättern namhaft gemachten Parteigenossen mit dieser Einsichtnahme.

Bekanntlich darf nur der sein Wahlrecht ausüben, der in der Liste steht. Wer nicht eingetragen ist, wird am Wahltage von den Wahlvorstehern zurückgewiesen und ist seines Wahlrechtes verlustig.

Nun ist das Kommunalwahlrecht ohnehin ein sehr beschränktes, einmal durch die Einteilung der Wähler in drei Klassen und andererseits durch das den Hausbesitzern gewährte Privilegium, nach welchem die Hälfte der Stadtverordneten Hausbesitzer sein müssen. Deshalb darf kein Wähler veräumen, sich jetzt sein Wahlrecht zu sichern.

Die Stadtverordnetenwahlen finden im Herbst Anfang November statt. Von der 3. Abteilung kommen zur Wahl: 2. Wahlbezirk (Stadtbezirke 11-20 und 24); 5. Wahlbezirk (Stadtbezirke 43-44 und 47A-49); 8. Wahlbezirk (Stadtbezirke 67-74); 13. Wahlbezirk (Stadtbezirke 95-104);

14. Wahlbezirk (Stadtbezirke 105-108B); 17. Wahlbezirk (Stadtbezirke 123-126 und 131-134); 18. Wahlbezirk (Stadtbezirke 127-130, 135 und 143-144); 24. Wahlbezirk (Stadtbezirke 167A-E und 175A-178B); 25. Wahlbezirk (Stadtbezirke 161 und 179A-181J); 28. Wahlbezirk (Stadtbezirke 182-183 und 196-200); 39. Wahlbezirk (Stadtbezirke 268-272 und 274A und B); 42. Wahlbezirk (Stadtbezirke 284A, B, 287A-289 und 302); 43. Wahlbezirk (Stadtbezirke 290A-292C) und 47. Wahlbezirk (Stadtbezirke 309-314D und 325A-326D).

Wir möchten noch besonders darauf hinweisen, daß nicht nur die Wähler der in diesem Jahre zur Wahl stehenden Bezirke die Listen nachprüfen, sondern alle Wähler. Es macht sich oft durch Lob, Verzug, Niederlegung des Mandatsinhabers im Laufe des Jahres eine Nachwahl notwendig, bei der die jetzt vorliegende Wählerliste zugrunde gelegt wird.

Beherzige also jeder Wähler die Mahnung, die Wählerliste einzusehen und versichere sich seines Wahlrechts.

kommission erklärte Herr Grahl, daß die Arbeiterschaft ruhig ihre Maßnahmen treffen könne; die Arbeiter mögen Karten verteilen oder was sie sonst tun wollen, er würde sie nicht daran hindern, die Arbeiter besuchten sein Lokal doch. Heute ist Herr Grahl anderer Meinung geworden. Die Mariendorfer Arbeiterschaft nahm den Kampf auf, gespannt darauf, ob Herr Grahl ruhig zusehen würde. Schon am ersten Sonntag, als Genossen durch Verteilung von Karten die Ausflügler auf die Gefinnung des Herrn Grahl aufmerksam machten, holte der Herr flugs die Polizei zu Hilfe, die sich auch sofort zur Verfügung stellte. Die Parteigenossen ließen sich aber nicht irren machen. Ruhig und bestimmt führten sie ihre Arbeit aus. Wurde einer sistiert, waren dafür sofort zwei andere am Platze. Als die Polizei einsah, daß sie gegen diese Taktik nicht durchkam, erschien sie am nächsten Sonntag in Zivil. Aber auch dadurch konnte sie nur zwei Genossen „zur Streife“ bringen. Bald waren die Zivilbeamten bekannt und wurden nicht mehr aus dem Auge gelassen, so daß sie wieder den Platz räumen mußten. Ging es so nicht, dann geht es vielleicht anders, sagten sich die Herren. So wurden junge Leute gewonnen, weniger intelligent, aber doch schon groß genug, um unsere Genossen reinzulegen, indem sie sich Karten geben ließen und dann der aus dem Versteck erschienenen Polizei die Betreffenden denunzierten. Ruhm und Erfolg hat auch diese Taktik nicht gebracht. Die Parteigenossen stehen immer noch kampfbereit da und werden unbeeinträchtigt aller Maßnahmen, die der Besitzer treffen mag, ihre Arbeit ausüben. Der Gastwirt Bierol, Kurfürstenstraße, der der Arbeiterschaft ebenfalls sein Lokal entzogen hat, kapituliert dadurch, daß er schnell sein Lokal verkaufen will, weil beinahe keine Gäste mehr zu sehen sind. Anders steht es mit dem Grahl'schen Lokal. Dort verkehren hauptsächlich Berliner Ausflügler. Hier kann die Berliner Arbeiterschaft viel helfen, wenn sie streng und konsequent die getroffenen Maßnahmen unterstützt. Ist das größte Lokal erst wieder frei, werden auch die anderen größeren Lokale bald folgen. Das liegt nicht allein im Interesse der Mariendorfer Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der Berliner. Es ergeht deshalb die dringende Bitte an die Berliner Arbeiterschaft: Unterstützt die Mariendorfer Arbeiterschaft in ihrem Lokalkampf.

Wer uns seinen Saal nicht zu Versammlungen gibt, verzichtet auch sonst auf jeden Pfennig von Massenbewußten Arbeitern.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Druckerei-Nacharbeiter. Rahmorgen am Sonntag, den 18. Juli, bei Jul. Meyer, Oranienstraße 108. Vortrag: „Sozialdemokratische Gegenwartsforderungen.“ Referent Genosse Paul John. Die Bezirksführer.

Groß-Lichterfelde. Das von den Parteigenossen arrangierte Volksfest findet am Sonntag, den 18. Juli, in Wahrensdorfs Gesellschaftshaus, Baefstraße 22 - dem schönsten Garten des Ortes am Teletotalan - statt. In anbetraht des vorzüglichen Festprogramms wird auf zahlreichen Besuch der Genossen und Genossinnen gerechnet. Beginn 4 Uhr.

Trebbin. Am Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Wolf Wahlvereinsversammlung.

Rechenhagen und Umgegend. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 18. Juli, nachmittags schon um 3 Uhr bei Gierke, Frederdsdorf statt. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Erziehungsvortrag des Genossen Stimming: „Schule und Klassenstaat.“ Verschiedenes.

Am Sonntag, den 18. Juli, früh 8 Uhr im ganzen Bezirk Flugblatt- und „Fadel“-Verbreitung. Das Material ist vom Genossen Schloffer, Wolterstr. 2 abzuholen. Der Vorstand.

Oranienburg. Sonntag, den 18. Juli, früh 7 Uhr Flugblattverbreitung für alle drei Bezirke vom Lokal von Heider, Wühlstraße aus.

Die Genossen, welche nach außerhalb gehen, treffen sich im selben Lokal um 8 Uhr.

Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, sich daran zu beteiligen.

Nachmittags 5 Uhr Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal Waldhaus, Sandhausen.

Frederdsdorf-Petershagen. Donnerstagabend 8 Uhr Jahrlabend im Lokal von Nag Gierke, Frederdsdorf.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung für sämtliche Bezirksorte findet Sonnabend, den 17. Juli, abends 8 Uhr, in Blenide bei Schulz, Hauptstraße, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Was hat das Volk jetzt zu tun?“ Referent Genosse Dr. Nag Gierke. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Spandau. Die ordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet am Freitag, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Frig Wähle, Havelstraße 20, mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Bildungsausschusses und Neuwahl desselben. 3. Stellungnahme zum Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei. 4. Stellungnahme zu der am 15. August in Rauen stattfindenden Kreisgeneralversammlung. Anträge dazu. Wahl von drei Delegierten. 5. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 17. Juli, findet in dem Lokal von Stud. Deier die ordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Bernau. Heute Jahrlabend in den bekannnten Lokalen.

Berliner Nachrichten.

Die Renommiermedaille.

Bekanntlich tragen die Berliner und auch andere Kriminalbeamte als äußeres Zeichen ihrer staatlichen Würde in der Westentasche oder an der Uhrkette eine bronzene Erkennungsmedaille, die alle Türen öffnen und diejenigen Leute, denen sie vor die Nase gehalten wird, zu unweigerlichem Gehorsam verpflichten soll. Na, ganz so schlimm, wie man sich das „oben“ denkt, ist die Sache doch nicht. Auch die Rechte der Kriminalbeamten sind gesetzlich beschränkt, und es ist ihnen vor allem nicht gestattet, im Verlaufe auf ihr Aussehen zu schalten und zu walten, wie sie wollen. Wenn man in den meisten Fällen die vorgezeigte Medaille der entsprechenden Ehrfurcht würdigt, so geschieht es, um der Gefahr des leicht konstruierten Widerstandes gegen die Staatsgewalt aus dem Wege zu gehen. Nicht alle im Exekutivdienst der Polizei beschäftigten Amtspersonen tragen diese Medaille. Vielmehr erhält der Kriminal-Polizeiamwärter sie erst dann, wenn er ein halbes Jahr lang im Kriminaldienst praktisch tätig war.

Wie kommt es nun, daß dennoch Kriminalbeamte herumlaufen, die eine Erkennungsmedaille bei sich tragen, obwohl sie dazu nicht berechtigt sind? Das geht, wie ein ehemaliger Kriminalbeamter in einer schwachen Stunde ausgeplaudert hat, sehr einfach zu. Die jungen Anwärter sind ungemein „giegrig“ auf die Medaille. Damit kann man in Gesellschaft, am Tisch, auf dem Tanzboden, vielleicht sogar in der Kaffeehemme oder sonstwo so schön renommieren. Denn einen anderen Zweck kann es doch nicht haben, daß sich Anwärter die Medaille von älteren Beamten ausborgen. Nur ungern tun das die älteren Beamten, aber sie tun es, namentlich wenn der Anwärter einer höheren Beamtenkategorie angehört. Unser Gewährsmann hat erklärt, daß er immer herzlich froh war, wenn er die Medaille wieder in der Westentasche hatte, weil er selbst sich ohne dieselbe wie zur Latenlosigkeit verurteilt vorkam und auch fürchtete, daß mit seiner Medaille Mißbrauch getrieben werden könnte.

Wenn dem Herrn Polizei-Präsidenten und dem Chef der Berliner Kriminalpolizei diese Dinge, was wir voraussetzen, nicht bekannt sind, so möge schleunigst verfügt werden, daß der grobe Unfug aufhöre. Die Erkennungsmedaillen der Kriminalbeamten sind weder zum Verpumpen noch zum Renommieren da. Wie leicht kann ein Angeheiterter, der aus lustiger Gesellschaft kommt, mit Hilfe der ihm nicht zustehenden Medaille eine Verhaftung vornehmen. Es geht aber auch nicht an, daß sich solche Leute mit der Medaille Eingang verschaffen zu Orten, an die sie nach dem untergeordneten Grade ihrer Amtsstellung nicht hingehören. Dabei braucht man noch nicht mal an Kassauerei denken, sondern es kann sich neben der Renommierlust um bloße Neugier handeln.

Das Rathaus wird jetzt im Innern einer gründlichen Renovation und zum Teil einem Umbau unterzogen. Das Tiefbau-bureau mit der Plankommission ist nach dem Stadthause verlegt worden. Gleichzeitig haben Bauart Krause, die Stadträte Alberti und Döring dort Amtszimmer bekommen, so daß nunmehr sechs Stadträte (Waggraff, Hoffmann, Krause, Ralsch, Alberti und Döring) im Stadthause und nicht im Rathaus zu sprechen sind. Das Vereinigte Bureau, das bisher im Erdgeschoß untergebracht war, erhält Räume, die bis vor kurzem vom Tiefbau-bureau benutzt wurden. Die Bureau für die Schulen, Kirchen, das Finanz- und Generalbureau, sowie das Stadtverordnetenbureau werden erweitert. Die Stadthauptkasse erhält größere Räume im Erdgeschoß an der Spandauer Straße. Die Amtszimmer mehrerer Stadträte werden vom ersten nach dem zweiten Stockwerk verlegt. Für den Bürgermeister Dr. Reide und den Stadtkämmerer Dr. Steiniger werden Vorzimmer eingerichtet und für die Stadtverordneten besondere Sprechzimmer.

Briefe, die ihn nicht erreichten. Unbestellbaren Briefen wendet die deutsche Post besondere Sorgfalt zu. Bekanntlich besteht bei jeder Ober-Postdirektion ein Ausschuss zur Eröffnung solcher Briefe, um daraus nach Möglichkeit wenigstens den Absender festzustellen. Ehe die Briefe an diesen Ausschuss gelangen wird alles versucht, um sie ihrer eigentlichen Bestimmung zuzuführen. Auch für die weitere Behandlung von Briefen, von denen die Absender nicht festgestellt werden können, bestehen genaue Vorschriften. Zur Sicherung dieser Maßnahmen und um sie möglichst den Absendern zuzuführen, sind vom Reichspostamt neue, abgeänderte Bestimmungen getroffen worden. Bei den zurückbehaltenen Briefen, von denen der Absender nicht hat ermittelt werden können, hat der Postrat in regelmäßigen kurzen Fristen Stichproben daraufhin vorzunehmen, ob alle Mittel zur Aufindung des Absenders erschöpft sind. Die zurückbehaltenen Briefe werden nicht wieder verschlossen, sondern, nach den einfindenden Postanstalten geordnet, in einem Schrank unter Verschluss aufbewahrt. Die Zeugnisse, Urkunden, Pfandscheine, Wertpapiere usw. enthaltenden Briefe sind besonders zu kennzeichnen und getrennt von den übrigen Briefen zu halten. Die im vierten Monat vorher eingegangenen Briefe sind zur Vernichtung bereit zu stellen. Vor der Vernichtung hat wiederum der Postrat die Briefe mit Zeugnissen, Urkunden, Pfandscheinen, Wertpapieren usw. nochmals durchzusehen und zu bestimmen, ob und welche von diesen Briefen oder den darin enthaltenen Zeugnissen usw. etwa noch länger aufbewahrt werden sollen. Die Vernichtung der Briefe geschieht in Gegenwart eines bei der Eröffnung usw. der unbestellbaren Postsendungen nicht be-

8 Volksversammlungen in Groß-Berlin

finden morgen, Freitag, abends 8 Uhr statt.

Genossen! Agitiert für zahlreichen Besuch.

Achtung! Vierter Wahlkreis!

Wichtig eingetretener Umstände halber kann die bereits auf einem Teil der Säulenplakate angezeigte Versammlung vom Freitag, den 16. Juli, nicht bei Keller stattfinden und muß in den

Andreas-Festsälen (Inhaber Borgmann), Andreasstr. 21,

abgehalten werden, wovon wir Notiz zu nehmen bitten.

Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Teltow-Beetzow. Das diesjährige Kreisfest findet am kommenden Sonntag in Ludwigs Viktoriagarten und Redlichs Kegelschloßchen, Köpenicker Landstraße 25 bis 27 statt. Vom Festkomitee ist in gewohnter Weise Sorge getragen, das Fest zu einem recht genussreichen zu gestalten. Billets a 25 Pfennig sind bei den örtlichen Funktionären zu haben. Morgens von 6 Uhr ab in beiden Lokalen Frühkonzert. (Näheres im Inserat in der Freitagnummer.) Hoffentlich werden die Genossen sich angelegen sein lassen, für einen guten Besuch des Festes zu wirken.

Lokalboykott und Zentral-Raucherbund.

Vom Vorstand des Wahlvereins in Mariendorf wird uns geschrieben: „In der Nr. 135 des „Vorwärts“ vom 4. Juli ist unter Parteiangelegenheiten eine Zuschrift des Vorsitzenden des Zentral-Raucherbunds veröffentlicht, in der u. a. bemerkt ist, daß der Raucherbund „Gemütlichkeit“ in Mariendorf sein Vergnügen deswegen in dem vorher schon gesperrten Lokal von Bierol abhielt, weil vor der Sperrung des Lokals schon die Abmachungen mit dem Inhaber des Lokales bestanden, die dann durch die inzwischen erfolgte Sperrung nicht mehr rückgängig gemacht werden konnten. Die nun eingezogenen Ermüdungen haben ergeben, daß keinerlei vorherige Abmachungen bestanden. Wenn nun die Bundesleitung auf demselben Boden stehen will, den der Arbeiter-Raucherbund für sich in Anspruch nimmt, so könnte sie hier den besten Beweis geben. Hier liegt der Fall so, daß der Lokalinhhaber sein Lokal den Arbeitern verweigert hat. Der dem Zentral-Raucherbund angeschlossene Verein „Gemütlichkeit“ hätte sich sofort mit den Arbeitern solidarisch erklären und aus dem Lokal gehen können. Nichts ist aber geschehen. Im Gegenteil. Der Raucherbund „Gemütlichkeit“ tagt heute noch in dem Lokal.“

Zum Lokalboykott in Mariendorf.

Einen ersten Lokalkampf führt die Mariendorfer Arbeiterschaft. Obgleich in dem Ort beinahe nur Arbeiterbevölkerung wohnt, steht ihr kein Saallokale zur Verfügung. Durch Besitzwechsel ging das Lokal „Zum alten Kabaner“, Chausseestraße Ecke der Eisenacher Straße, in die Hände des Gastwirts Grahl über, der das Lokal „Zum Gesellschaftshaus“ taufte. Die erste Tat des neuen Besitzers war die Verweisung der Arbeitervereine aus dem Lokal. Bei der damals gepflogenen Auseinandersetzung mit der Lokal-

teiligsten Bureaubeamten 1. Klasse durch Feuer. Ueber die Ver-  
richtung wird eine kurze Verhandlung aufgenommen.

Die Vorschriften lesen sich ganz schön. Uns sind aber schon  
wiederholt Fälle bekannt geworden, aus denen auf eine allzu große  
Züchtigkeit nicht geschlossen werden kann.

**Keine Kinder.** Unter dieser Überschrift lesen wir in einigen  
bürgerlichen Zeitungen: „Die Untersuchungen der für die Ferien-  
kolonien angemeldeten Kinder haben auch in diesem Jahre wieder  
ein tieftrauriges Ergebnis gezeigt. Ein großer Teil konnte für  
die Anmeldeungen nicht berücksichtigt werden, weil die Körper-  
konstitution der Kinder nicht einmal einen Aufenthalt auf dem  
Lande zuließ. Aus anderen Städten wird ähnliches berichtet. So  
wurden z. B. in Altendurg von 245 untersuchten Kindern nur  
16 Knaben und 5 Mädchen als gesund befunden. Da es in Altendurg  
und anderen Orten, wie Brandenburg a. H., Spandau usw.  
nicht an reiner Luft fehlt, kann es nur an ungenügender Nahrung  
liegen. Dies wird auch von sozialdemokratischen Blättern unum-  
wunden zugegeben. Statt nun aber gegen die überhandnehmende  
Vergnügungssucht, das Wirtshausleben u. a. zu Felde zu ziehen,  
wird die Schuld anderen Faktoren, z. B. den hohen Lebensmittelpreisen  
beigemessen.“

Der Antwurf, der im Schlußsatz der vorstehenden Notiz gegen  
sozialdemokratische Blätter erhoben wird, qualifiziert sich als ein  
echter reichsverbandlicher. Die sozialdemokratische Presse hat  
wirklich nicht nötig, gegen die überhandnehmende Vergnügungssucht,  
das Wirtshausleben u. a. zu Felde zu ziehen, weil diese Behauptungen  
gänzlich unbegründet sind, es sei denn, daß man dem  
arbeitenden Volke jede wie immer geartete noch so bescheidene Freude  
gänzlich rauben will. Daß das Proletariat nicht zu äppig wird,  
dafür sorgt schon eine reaktionäre Politik, die es nach und nach  
dem Hungertode entgegenreibt. Den Beweis für eine immer  
größere Degeneration des Volkes liefert die obige Notiz wider-  
wärtig.

### Von der Milchzentrale.

Die alte Milchzentrale, die unter Leitung des verstorbenen  
Amtmanns Ring den Berliner Milchhandel monopolisieren wollte,  
um dann nach Belieben die Milchpreise diktieren zu können, ist  
kannlich elendiglich verkracht. Es ist aber eine neue gegründet  
worden, der aber auch kein längeres Dasein beschieden sein dürfte.  
Ueber diese neue Milchzentrale wird der „Täglichen Rundschau“  
geschrieben:

Durch Nachforschung beim Registerrichter des Amtsgerichts  
Berlin-Mitte ergab sich, daß die von Ihnen bereits ausgesprochene  
Vermutung über die Natur des neuen Unternehmens durch die  
Tatsachen bei weitem übertroffen ist. Unter Nr. 6654 ist die neue  
Gesellschaft mit beschränkter Haftung „Interessengemeinschaft märkischer  
Milchproduzenten“ eingetragen: die einzigen Gesellschafter  
der Firma sind — der bisherige Geschäftsführer der geschickten  
Milchzentrale, Fritz Krause, und deren Liquidator Richard Grabenstein.  
Nach der vom Gesetz vorgeschriebenen Erklärung des Gesellschafter  
Krause über die Vermittlung soll als Geschäftskapital die  
Summe von 5000 M. eingezahlt sein, nämlich von Krause 1250 M.  
und von dem Geschäftsführer Grabenstein 3750 M. Die Wahl des  
Gerichts Fritz Krause zum Geschäftsführer ist allerdings am 29. Juni  
1908 „ einstimmig“ erfolgt, nämlich durch die einzige Stimme seines  
einzigen Mitgeschäftsführers Grabenstein. Gegen die bei dieser  
Sache etwas eigentümliche Wahl der pompastischen Firma „Interessengemeinschaft märkischer  
Milchproduzenten“ ist übrigens bereits zu  
dem Registeramt von anderer Seite Beschwerde eingelegt worden.  
Zum Vergleich diene die Erinnerung daran, daß die Gründung  
der ersten Milchzentrale durch ungefähr 4000 Landwirte erfolgte,  
die allerdings mit verschwindenden Ausnahmen durchweg die  
schwersten Verluste als Folge dieser Vertuschung erlitten haben.  
Die neue Gründung der Herren Krause und Grabenstein mit dem  
Vorkapital von 5000 M. agitiert inzwischen durch ihre Agenten  
unter den märkischen Landwirten, denen sie die Unterzeichnung  
eines Vertragsformulars anstößt, in dem die Milchproduzenten  
ihre Milchproduktion auf 5 Jahre an das neue Unternehmen ver-  
pachten sollen, während der Pachtpreis ohne jede vorherige feste  
Vereinbarung sich nur danach richten soll, was die Herren Krause  
und Grabenstein alljährlich bei Verwertung der Milch erzielen  
würden. Ich glaube, daß Sie sich hiernach durch entsprechende  
Aufklärung der märkischen Landwirte ein großes Verdienst er-  
werben würden.“

Nach diesen Darlegungen zu urteilen, dürfte diese neue  
Gründung nicht weit kommen.

### Sauerstoffexplosion in Birkenwerder.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, dem leider ein blühendes Menschen-  
leben zum Opfer gefallen ist, hat sich Dienstag nachmittag gegen  
5 Uhr in dem Laboratorium der Rapidin-Altengesellschaft in Birken-  
werder ereignet. Dort weilte zur genannten Zeit der 33jährige  
Fabrikdirektor Max Steinhardt. Gleichfalls im Laboratorium befand  
sich seine jugendliche Braut, Fräulein Erna Witzel aus Hamburg,  
sowie ein dreijähriger Kesse. Direktor Steinhardt experimentierte  
mit einem Sauerstoffapparat in Form eines starken Stahlzylinders.  
Der gewandte Fachmann plauderte mit der jungen Dame und dabei fiel  
der Sauerstoffbehälter zu Boden. Durch die Erschütterung und den  
enormen Innendruck explodierte das Gefäß unter starker Detonation.  
Der schnell entweichende Sauerstoff wurde durch die plötzliche Aus-  
dehnung und die damit verbundene Temperaturerniedrigung flüssig  
und im nu war der ganze Raum in ein Feuermeer verwandelt.  
Die Explosion war eine so gewaltige, daß die Fenster  
herausgeschleudert wurden und die Tür in Trümmer ging.  
Direktor Steinhardt erlitt durch die Stachstammen entsetzliche  
Brandwunden am ganzen Körper. Kinder schwer verletzt wurden  
Fräulein Witzel und der Knabe. Die noch in dem Betriebe  
anwesenden Arbeiter drangen in das brennende Zimmer und holten  
die drei betriebslosen Personen heraus. Ein aus Birkenwerder hinzu-  
gerufener Arzt, sowie die alarmierte freiwillige Sanitätskolonne  
leisteten die erste Hilfe. Mittels telephonisch requirierter Koffpfer  
Krankenautos wurden die Verunglückten nach Berlin geschafft.  
Direktor St. in die Igl. Uniersitätsklinik in der Flegelstraße über-  
geführt, wo der Verbauernsdierte gestern morgen gegen 8 Uhr unter  
entsetzlichen Weiden verstarb. Fräulein W. und der Kleine wurden  
in das Rudolf Virchow-Krankenhaus eingeliefert und befinden sich  
beide auf dem Wege der Besserung.

Zu dem Bootsunfall auf dem Tegeler See wird uns geschrieben:  
Wer die Verhältnisse auf dem Tegeler See kennt, wird sich gemundert  
haben, daß von dort nicht öfter Bootsunfälle gemeldet werden. Die  
Unglücksfälle, an der das Boot überrennt wurde, ist etwa 25 bis  
30 Meter breit und davon muß man noch einige Meter abrechnen,  
da das Ufer auf der einen Seite sehr hoch ist. Außerdem macht  
die Fahrtrasse an dieser Stelle einen Bogen, so daß jedes vom See  
kommende Boot einen nach dem See fahrenden Dampfer erst in  
ganz naher Entfernung sehen kann. Dasselbe ist natürlich  
der Fall bei entgegengekehrten Fahrtrichtungen. Sie mögen ein  
wenig ihre Geschwindigkeit, und wer nicht solch feines Gehör hat,  
auch er das Wasserrauschen der entstehenden Wellen vernimmt, wird  
oft in Gefahr kommen, umgestoßen zu werden.

Da ich gerade mit der „Stern“-Gesellschaft zu tun habe, so  
möchte ich noch auf einen anderen Umstand hinweisen, der  
Sonntag für Sonntag unzählige Menschenleben in Gefahr bringt,  
ins Wasser zu fallen und eventuell zu ertrinken. Und zwar  
handelt es sich um die Dampfer „Charlotte“, „Dionie“ und  
„Erna“. Diese Dampfer vermitteln Sonntags den Verkehr von  
Tegel nach Saitwinkel. Ihre Bauart, die für das Schleppen ein-  
gerichtet ist, läßt sie beim schnellen Fahren einen derartigen Wellen-  
gang verursachen, daß die Boote mit Wasser gefüllt werden.  
Vor 14 Tagen sah ich ein Auberboot, das vorfristigmäßig  
die Wellen schmitt, demachen Wasser bekommen, daß ein  
Insaße halb durchnäßt war. Auch in mein kleines Segel-

boot, das eine Länge von 5 Meter besitzt, bekomme ich stets Wasser  
hinein. Wenn schon Boote, die die Wellen richtig nehmen, Eimer  
voll Wasser hineinfahren, so muß es doch anderen des Auberens  
nicht so laubigen Personen weit schlimmer ergeben. Schließlich ist  
aber der Tegeler See nicht nur für die „Stern“-Gesellschaft da.

Es wäre angebracht, daß sich die Strompolizei die Sache  
etwas genauer ansehen würde.

Aus dem Warenhaus für Meer und Marine werden und Ju-  
fände berichtet, die dringend einer Reform bedürfen. Es werden in  
diesem Betriebe unter anderem circa 87 junge Leute im Alter von  
14—16 Jahren — nur einzelne sind etwas älter — als Boten,  
Kanzleidner usw. beschäftigt. Die Arbeitszeit beginnt morgens  
pünktlich 5 Minuten vor 1/8 Uhr und endigt — oder richtiger ge-  
sagt — soll um 1/8 abends beendigt sein. Diese Arbeitszeit wird  
von drei Pausen, Frühstück, Mittag und Vesper, unterbrochen, von  
denen die beiden ersten je eine halbe Stunde dauern, die letzte  
dagegen nur 10 Minuten währt. Livree und Mittagessen erhalten  
die jungen Leute neben einer Monatsentschädigung von 30 M. frei.  
Das Mittagessen wird deshalb gegeben, damit die Jungen nicht nach  
Hause brauchen, was in einer halben Stunde auch nicht  
möglich wäre, da diese von ihnen weit entfernt wohnen.  
Die Verwaltung des Instituts scheint demnach mit den gesetzlichen  
Vestimmungen für jugendliche Arbeiter nicht vertraut zu sein, sonst  
könnte dort nicht die Einrichtung einer halbtägigen Mittags-  
pause bestehen, was bei jugendlichen Personen gleichgültig un-  
zulässig ist. Der Unfand aber, worüber man sich wundern muß und  
der auch zu lebhaften Klagen von Seiten der in Betracht kommenden  
Eltern Anlaß bietet, besteht in der völlig unregelmäßigen Festlegung  
des Feierabends. Während die Herren aus den Kanzeleien um 5 Uhr  
nachmittags nach Hause gehen können, müssen junge Leute oft  
2 1/2 bis 3 Stunden länger bleiben. Damit aber noch nicht genug,  
werden sie teilweise nach Feierabend zwischen 1/8 und 8 Uhr  
mit einem oder mehreren Paketen beladen nach allen Win-  
richtungen, ja selbst bis in die weit entlegenen Vororte  
Berlins beordert und ergeben somit dem Institut die Post.  
Die Jungen kommen infolgedessen oft genug erst um 9, 10 oder auch  
gegen 11 Uhr nachts völlig erschöpft nach Hause und sind dann meist  
so müde, daß sie kaum noch ihr Abendbrot zu sich nehmen. Dabei  
werden Ueberstunden nicht vergütet und morgens müssen sie nicht-  
destoweniger wieder pünktlich zur Stelle sein. Picht man in Betracht,  
daß viele der jungen Leute weit weg wohnen und früh von Hause  
weg müssen, so kommt es, daß sie täglich 15—17 Stunden unter-  
wegs sind. Daß dies entsetzlich zu lange ist für Jugendliche,  
mühte eigentlich die Verwaltung auch einsehen. An den Tagen, wo  
der Fortbildungsunterricht stattfindet, nehmen die Jungen ihre Pakete  
gleich mit zur Schule. Ferner wird uns berichtet, daß diejenigen  
Jungen, die keine Pakete mitbekommen, seit einiger Zeit abendlich  
durchsucht werden, weil einmal eine Drohsache entwendet wurde. Der  
betreffende erhielt seine Entlassung. Damit wäre nach unserer  
Ansicht der Sache Einigkeit geschehen und den anderen könnte man  
eine so beschämende Prozedur erlassen.

Lebhafteste Klage wird über das Verhalten von Schülern ge-  
führt, die vor der Ausgabestelle des Arbeitsmarktes am Bahnhof  
Wedding die Ordnung regeln sollen. Bekanntlich müssen sich die  
Personen, die vor diesen Ausgabestellen erscheinen, in Reich und  
Glied stellen, damit die Ausgabe der Zeitungsbücher glatter vor sich  
gehen kann. Dabei soll aber gegen Leute, die daneben stehen, in  
einer Weise vorgegangen werden, die über das erträgliche Maß hinaus-  
geht. Am Dienstag kam es wiederholt zu recht unangenehmen  
Ausstritten. Ein Mann, der nach dem Bahnhof wollte und an der  
Stelle ahnungslos vorbeikommt, wurde recht unanständig am Kragen ge-  
packt, u. a. wurde ein Schmied, dem die Hand verkrüppelt ist, zur  
Erde geworfen, daß eine allgemeine Empörung entstand. Wieder  
andere, die ein Wort über das Benehmen der Beamten äußerten,  
wurden sistiert, und als einige andere Personen, die den Sittisten  
ihre Adressen geben wollten, nicht sofort den Bürgersteig verließen,  
wie das die Beamten glauben fordern zu können, wurden sie gleich-  
falls sistiert. Unserer Meinung nach ließe sich das vermeiden, wenn  
Beamte mit mehr Takt an diese Stelle gestellt würden.

### Gebammen-Gebührenordnung.

Die Gebühren der Hebammen richten sich, falls keine Ver-  
einbarung vorliegt, für den Umfang des Landespolizeibezirkes Berlin  
nach folgender auf Grund des Gesetzes vom 10. Mai 1908 unter  
dem 25. September 1908 vom Polizeipräsidenten festgesetzten Ge-  
bührenordnung:

1. Für den Weisand bei einer regelmäßigen oder frühzeitigen  
Geburt für die Dauer bis 12 Stunden 7,50 bis 30 M. Für jede  
folgende Stunde 0,50 bis 2 M. 2. Für den Weisand bei einer  
Zwillinggeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Wundungen  
und deren Folgen oder mit Klampfen, mit Lösung der Nachgeburt oder  
mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt 12 bis  
45 M. 3. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde,  
erhöht sich die Gebühr um 2 bis 8 M. 4. Für den Weisand bei  
einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole  
für die Dauer bis zu sechs Stunden 5 bis 15 M. Für jede folgende  
Stunde 0,50 bis 2 M. 5. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch,  
für jede angefangene Stunde bei Tage 1 bis 2 M., bei Nacht 2 bis 4 M.  
6. Für jeden sonstigen Besuch einschließlich der dabei erfolgenden  
Untersuchungen und Beratungen für jede angefangene Stunde  
1 bis 5 M., bei Nacht 2 bis 10 M. 7. Für eine Tagewache außer-  
halb der Geburtszeit (Besuch eingeschlossen) 4 bis 8 M., für eine  
Nachtwache 5 bis 10 M., für eine Tag- und Nachtwache 10 bis  
15 M. 8. Für eine Materieteilung in der Wohnung der Hebamme  
bei Tage 0,50 bis 1,50 M., bei Nacht 1 bis 3 M. 9. Für eine  
Untersuchung in der Wohnung der Hebamme 1—4 M.,  
bei Nacht 2—8 M. 10. Für ein jährliches Zeugnis außer der  
Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 0,75—2 M. 11. Für  
den Weisand bei einer ärztlichen Operation für die angefangene  
Stunde 1—5 M. Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt  
in den Monaten April bis September die Zeit von 10 Uhr abends  
bis 7 Uhr morgens, in den anderen Monaten die Zeit von 9 Uhr  
abends bis 8 Uhr morgens. Die Auslagen für Fahrgelder sind der  
Hebamme zurückzuerstatten. Die baren Auslagen für die bei ihrer  
Hilfsleistung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe  
sind der Hebamme zu ersetzen.

Die Verhältnissen innerhalb der so festgesetzten Gebührenhöhe  
richtet sich nach den Vermögensverhältnissen der Betreffenden. Der  
Satz von 7,50 M. wird nur für die Stadtkassen für den Weisand einer  
regelmäßigen oder frühzeitigen Geburt berechnet. Sonst liquidieren die  
Hebammen nicht unter 10 M. für eine Geburtseilung bis 12 Stunden  
und nicht unter 15 M. bei einer regelwidrigen Geburt. Die He-  
bammen dürfen nicht unter der Tage arbeiten und sind gehalten, sich  
genau nach den Vorschriften des Lehrbuchs und der Dienstverweisung  
in ihrer Berufsausübung zu richten.

Der Eisplatz hat seine Pforten wieder geöffnet. Am Dienstag  
entwickelte sich an dieser Stätte wieder ein buntes Leben und  
Treiben. Wer ein Interesse am Eisport hat, wird zweifellos durch  
das gebotene Kunstlaufprogramm auf seine volle Kosten kommen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Sonntag, den 18. Juli  
Familienausflug nach dem Grunewald. Abfahrt des Zuges Pots-  
damer Ringbahnzug 1.45 nachm. Treffpunkt Bahnhof Halensee. Von  
2 1/2 Uhr ab: Restaurant „Schützenhaus“, Hundelehrstr. 20 in  
Schmargendorf. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Das Komitee.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Zusammenfassung der neuen Wahlbezirke. Für die im  
Herbst vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen werden bereits  
die neuen Wahlbezirke gelte, so daß sich die Wähler beizuteilen mit  
den neuen Verhältnissen vertraut machen müssen.  
Die einzelnen Wahlkreise sind in Abstimmungsbezirke geteilt.

Der 1., 2., 5., 6., 7. und 8. Wahlbezirk zählt je drei Abstimmungs-  
bezirke, während der 3. und 4. Wahlbezirk je vier Abstimmungs-  
bezirke zählt.

Zum Wahlbezirk 1 gehören im Abstimmungsbezirk A die  
Stadtbezirke Westend und Am Spandauer Berg; zum Abstimmungs-  
bezirk B Schloßviertel 4 und 5; zum Abstimmungsbezirk C Schloß-  
viertel 6, 8 und 9.

Der Wahlbezirk 2 besteht aus: Im Abstimmungsbezirk A  
Schloßviertel 1 und Innere Stadt 8; im Abstimmungsbezirk B  
Schloßviertel 2 und 3; und im Abstimmungsbezirk C Schloß-  
viertel 4.

Der räumlich größte Wahlbezirk 3 umschließt im Abstimmungs-  
bezirk A Kalowwerder, Nonnendamm, Königsdamm; im Ab-  
stimmungsbezirk B Rastanienfelde; im Abstimmungsbezirk C  
Halbinsel 1 und 2; und im Abstimmungsbezirk D Lühov 3 und 4.

Im Wahlbezirk 4 liegen im Abstimmungsbezirk A Vieh-  
see 1; Abstimmungsbezirk B Viehsee 2; Abstimmungsbezirk C  
Viehsee 3; und zum Abstimmungsbezirk D gehört Innere Stadt  
11 und 12.

Der Wahlbezirk 5 umfaßt im Abstimmungsbezirk A Lühov 1  
und 2; im Abstimmungsbezirk B Innere Stadt 2 und 3 und Hoch-  
schulviertel 7; im Abstimmungsbezirk C Innere Stadt 4 und 5.

Für den inmitten der Stadt liegenden Wahlbezirk 6 kommen  
in Betracht im Abstimmungsbezirk A Innere Stadt 1 und 11;  
Abstimmungsbezirk B Innere Stadt 6 und 7; Abstimmungs-  
bezirk C Innere Stadt 9 und 10.

Dem Wahlbezirk 7 gehören an für den Abstimmungsbezirk A  
Hochschulviertel 3, 4 und 6; für Abstimmungsbezirk B Hoch-  
schulviertel 5 und Kurfürstendamm 3 und 4; und für den Abstimmungs-  
bezirk C Kurfürstendamm 5 und 6.

Der Wahlbezirk 8 ist zusammengesetzt im Abstimmungsbezirk A  
Ostviertel 1 bis 3; im Abstimmungsbezirk B Ostviertel 4 bis 7;  
und im Abstimmungsbezirk C Ostviertel 8, Kurfürstendamm 1  
und 2 und Hochschulviertel 1 und 2.

Bei der dritten Wählerabteilung sind neun Vertreter zu  
wählen. Turnusmäßig scheiden aus unsere Genossen Hirsch,  
Kogel, Gebert, Bill, Ewald und Sellin; ferner die  
bürgerlichen Stadtverordneten Otto und Spiegel. Letzterer wurde  
zum Stadtrat gewählt. Des weiteren ist eine Ersatzwahl für den  
Genossen Liebe nötig, der sein Mandat niedergelegt hat. Unsere  
auscheidenden Genossen sind im 1., 2., 3., 4., 5. und 6. Bezirk  
gewählt worden.

Bei den bevorstehenden Wahlen sind in der dritten Abteilung  
drei Hausbesitzer zu wählen. Zwei für den dritten, einer für den  
zweiten Bezirk.

### Rixdorf.

Für die schulpflichtigen Kinder finden auf dem Turnplatz der  
„Freien Turnerschaft“ (Grenzallee, gegenüber dem Sport- und Lust-  
bad) Spiele statt. Die Spiele werden jeden Montag und Donner-  
stag von 8—6 Uhr veranstaltet. Erster Spieltag heute Donnerstag.  
Sehr erwünscht wäre es, wenn sich die Genossinnen, welche als  
Ordnerinnen auf dem Spielplatz tätig sein wollen, bei der Genossin  
Jeche heute auf dem Spielplatz melden würden. Im Interesse der  
guten Sache wird zahlreiche Beteiligung erwartet.

Beim Sommerfest des Wahlvereins Rixdorf am Sonnabend, den  
10. Juli, ist eine Tasche mit Portemonnaie und Schlüssel verloren  
gegangen. Es wird gebeten, dieselbe in der „Vorwärts“-Expedition  
Redakteur 2 abzugeben.

### Pankow.

Die Beerdigung des Genossen Obier. Am Dienstag wurde unter  
außerordentlich großer Beteiligung unser Genosse, Gemeindevertreter  
und Verbandssekretär Max Obier zu Grabe getragen. Neben seinen  
Verufs- und Verbandskollegen waren die Parteigenossen zahlreich  
erschienen. Auch die Gemeindevertreter mit dem Bürgermeister  
hatten sich vollzählig eingefunden, ein Beweis der Achtung, die  
unserem Obier auch von seinen politischen Gegnern gezollt wurde.  
Mit Gesang leitete der Gesangsverein „Senefelder“, dessen Mit-  
gründer Obier seinerzeit war, die Trauerfeier ein. Hierauf  
gab Genosse Sillier, der Zentralvorsitzende des Verbandes der  
Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe in kurzem Vortr  
einen Ueberblick über das aufopfernde Wirken Obiers für die  
Arbeiterklasse und den Verband der Lithographen, Steindrucker  
und verwandten Berufe im besondern. Max Obier, am 25. Oktober 1859  
zu Berlin geboren, erlernte den Steindruckerberuf. Im Alter von  
25 Jahren, also 1885, war er Mitbegründer des Fachvereins der  
Steindrucker, in dem er seine ganze Kraft entwickelte. Im Gesangs-  
verein „Senefelder“ pflegte er den kollegialen Geist. 1891  
mühte er Berlin verlassen und mit seiner Familie in  
Detmold als Steindrucker Stellung annehmen. Die Arbeitgeber  
Berlins schlugen seine Arbeitskraft aus. Auch in Detmold, wo später  
Obier Konsumlagerhalter und auch Landtagsabgeordneter wurde,  
wirkte er in den vorbesten Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse.  
Wiederum mußte Obier mit seiner Familie den Wohnsitz wechseln.  
Wir sehen ihn dann in starkem Maße, immer wieder als Kämpfer in  
erster Reihe. Im Februar 1902 wurde er zum Redakteur der  
„Graph. Presse“ und Verbandsverwalter nach Leipzig berufen,  
von wo er nach erfolgreichem Wirken im August 1907 nach Berlin  
übersiedelte, um als Verbandssekretär im Hauptbureau tätig zu sein,  
wo er bis zu seinem Krankenlager verblieb. Kurz vor diesem berief  
ihn das Vertrauen der Genossen in die Gemeindevertretung, wo er,  
wie überall, durch seine sachliche Mitarbeit Achtung und An-  
erkennung fand. Sillier dankte dem körperlich scheidenden Freund  
für sein Kämpfen um die Arbeiterfrage mit dem Ergebnis  
in seinem Sinne weiter zu wirken. Zahlreich waren die am Grabe  
niedergelegten Kranzgebenden, die vom Hauptvorstand, Kusdau, den  
Gauen: Sachsen-Thüringen, Rheinland-Westfalen, Dresden-Chemnitz,  
Frankfurt a. M., Nürnberg-Mürnberg, Württemberg und Schlesien-Posen,  
sowie den Mitgliedschaften Berlin, Leipzig, Altkreisler, Hamburg,  
Magdeburg, Hannover, Karlsruhe usw. gewidmet waren.

Weitere Zeichen der Trauer waren die Kränze der Sozial-  
demokratischen Fraktion der Gemeindevertretung, sowie des Bezirkes  
und des Wahlvereins Pankow. Während sei erwähnt, daß auch  
die Gemeinde Pankow durch Niederlegung eines Kranzes durch den  
Bürgermeister ihres verstorbenen Gemeindevertreters gedachte. Mit  
einem schlichten Grabgang schloß die ergreifende Trauerfeier. Max  
Obier ist nicht mehr unter uns, seiner und seiner Erfolge für die  
Arbeiterklasse werden wir stets gedenken!

### Teltow.

Die Liste der stimmfähigen Bürger der Stadt Teltow zur Stadt-  
verordnetenwahl liegt vom 15. Juli bis 30. Juli im hiesigen Rat-  
haus, Zimmer Nr. 6 zur Einsicht aus. Einsprüche gegen die Richtig-  
keit dieser Liste sind in der Auslieferungszeit beim Magistrat anzubringen.  
Genossen, welche verhindert sind, Einsicht zu halten, können sich  
melden beim Genossen W. Bonow und G. Franke.

### Reinickendorf.

Ein schwerer Automobilunfall trug sich am Dienstagnachmittag  
in der Berliner Straße in Reinickendorf zu. Der Hausbesitzer Weiz  
aus der Friedrichstraße in Berlin hatte mit Frau und Tochter in  
seinem Kraftwagen einen Ausflug nach Wittenau unternommen.  
Als er sich auf der Rückfahrt vor dem Hause Berliner Straße 125  
befand, stieß das Auto infolge Verlassens der Steuerung gegen  
einen Baum und stürzte um. Die drei Insassen wurden aus dem  
Wagen geschleudert; während Weiz und seine Tochter mit unerheblichen  
Hautabschürfungen davonkamen, geriet Frau Weiz unter das  
schwere Gefährt und wurde von den Trümmern vollständig begraben.  
Die Situation war um so gefährlicher, als bei dem Umstürzen der  
Autos sich das Benzol entzündete und den Kraftwagen in Brand  
setzte. Mit Hilfe herbeieilender Passanten wurde die Verunglückte  
mit vieler Mühe aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Sie litt  
außer schweren inneren Verletzungen erhebliche Brandwunden in  
Gesicht und an den Armen und Beinen erlitten. Nachdem Frau  
Weiz von einem Arzt einen Rotverband erhalten, wurde sie mittel  
Automobil nach einer Privatklinik in Berlin übergeführt.

# Vermischtes.

## Ueber einen Doppelmord

Wird aus Wittenberge berichtet. Am Elbufer hat der Kleinbesitzer Platz zwei Arbeiter erschossen und zwar die Werkstatthalter der Wittenberger Werkstätte Karl Hinrichs und Otto Langwisch. Die Einzelheiten, die jetzt bekannt werden, lassen die Tat als eine ganz besonders niederträchtige erscheinen.

Die beiden Ermordeten wollten dem Fischer Guise beim Eingehen der Kalkbrennen behilflich sein. Guise ist Eigentümer eines am altmärkischen Elbufer gelegenen Brates, das zur Heuernte an den Platz verpackt ist. Platz, in Klein-Deuster wohnhaft, gilt als ungemein rachsüchtiger und gemeingefährlicher Mensch, dem jeder aus dem Wege ging. Er ist 62 Jahre alt und Vater von 9 Kindern. Seine beiden ältesten Söhne, deren einer als Soldat bei der Artillerie dient, waren Zeugen des Vorfalles. Platz schwor jedem, der sein Viehgrundstück betrete, Rache und legte sich in der Nacht auf die Lauer mit einem Jagdgewehr, das sein Sohn herbeigeholt hatte, betraut. Als Hinrichs und Langwisch in der frühen Morgenstunde kamen, um Guise zu helfen, wurden sie durch Schüsse niedergestreckt. Eine Gerichtskommission aus Seehausen stellte über die Einzelheiten der Mordtat fest, daß der Mörder den Hinrichs nicht sofort getötet hat. Um ihn „kalt“ zu machen, schlug er dem hilflosen blutüberströmten Opfer die Schädeldecke ein und gab dann noch aus unmittelbarer Nähe im Rücken auf den halbtoten Hinrichs einen Schuß in die Bauchgegend ab, wobei er das Gewehr an den Leib des Opfers hielt. Langwisch wurde durch einen Herzschuß sofort getötet. Um seine Mordtat zu verdecken, legte er die Leichen in den Kahn und kippte diesen um, damit die Leichen elbwärts treiben sollten. Sein Plan wurde jedoch von Guise vereitelt, der mit dem Fischer Aufbruch in der Richtung auf dem Wasser holte. Der Mörder war nach der Tat gleich nach Klein-Deuster geflohen, wo er sich noch häuslich betätigte. Dann setzte er sich aufs Sofa. Dort erfolgte auch seine Verhaftung. Ueber die Tat befragt, erklärte Platz, er habe in Rottweber gehandelt. Wie aber inzwischen festgestellt ist, der Doppelmord ein Racheakt wegen des Tretenens der Viehe. Vor seine Opfer geführt, legte Guise einen

unglaublichen Jähzorn an den Tag. Nur ein größeres Gendarmere-aufgebot konnte den Mörder und seinen Sohn vor der Lynchjustiz des erregten Volkes schützen. Vater und Sohn wurden gefesselt nach dem Stendaler Untersuchungsgefängnis gebracht. Während Langwisch erst vor kurzem geheiratet hat, ist Hinrichs Vater von vier Kindern im Alter von zwei bis acht Jahren. Hinrichs war auch die einzige Stütze seiner Mutter, die bereits eine Tochter durch Ertrinken verloren hat.

## Eisenbahnunfall.

Röln, 14. Juli. (Emitliche Meldung.) Heute vormittag 9 Uhr 18 Min. entgleiste Eilzug 147 Köln-Norddeich auf Bahnhof Worringen infolge Ablenkung in ein Nebengleis. Lokomotive umgestürzt. Radwagen und 2 Personenwagen zertrümmert. Von dem gering besetzten Zuge nur ein Reisender und der Heizer leicht verletzt. Beide Gleise nach kurzer Störung wieder fahrbar.

## Hochwasser.

Im Obergerbiet ist durch anhaltende Regenfälle erneutes Hochwasser eingetreten. In Ratibor ist der Strom seit gestern von 389 Zentimeter auf 540 Zentimeter gestiegen. Die Weichsel ist in der letzten Nacht im österrösch-schlesischen Grenzgebiet über die Ufer getreten. Der Verkehr zwischen den preussischen und österröschigen Landesteilen wird durch Röhne aufrechterhalten.

Lebe- und Distriktsklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute Donnerstag, 9 Uhr, bei R. Eichorn, Danziger Straße 92. Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (C. G. W.) Hamburg, Filiale Tegel, Sonnabend, den 17. Juli, 8 Uhr, bei Fritz Kallies, Berliner Str. 92.

Wannheimer Marktbericht der Rößlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr teilweise über Bedarf, Geschäft still, Preise nicht befriedigend. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft etwas lebhafter, Preise wenig verändert, Krebspreise nachgebend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sau, Preise nachgebend.

## Witterungsbericht vom 14. Juli 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in C.
Stettin	760	SW	3 bedeckt	17	Labruna	750	SW	4 bedeckt	19
Hamburg	763	SW	3 wollos	16	Petersburg	747	SW	1 bedeckt	18
Berlin	763	SW	3 bedeckt	16	Scia	766	SW	3 bedeckt	14
Frankfurt	766	SW	4 bedeckt	14	Usterben	759	SW	1 heiter	15
München	768	SW	4 bedeckt	13	Wars	768	SW	1 bedeckt	13
Wien	766	SW	2 wollos	15					

## Wetterprognose für Donnerstag, den 15. Juli 1909.

Sonstigt etwas wärmer, zeitweise heiter, aber noch vereinzelt mit leichten Regenschauern und ziemlich lebhaften westlichen Winden; später wieder etwas kühler.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	13. 7.	12. 7.	13. 7.	12. 7.		13. 7.	12. 7.	13. 7.	12. 7.
Memel, Mühl	177	+5	177	+5	Soale, Großh.	97	+3	97	+3
Regel, Rastenburg	62	-1	62	-1	Dabel, Sandau	38	+1	38	+1
Weichsel, Thorn	160	-18	160	-18	Mathenow	34	+1	34	+1
Oder, Rathow	309	+135	309	+135	Spitz, Spremberg	88	0	88	0
Kroffen	253	-15	253	-15	Reclam	81	+3	81	+3
Frankfurt	261	+4	261	+4	Beier, Witten	-3	-5	-3	-5
Warthe, Schimm	83	-11	83	-11	Winden	8	+2	8	+2
Landberg	10	+4	10	+4	Rhein, Rastau	794	+29	794	+29
Regel, Borsum	-16	+4	-16	+4	Rand	416	+39	416	+39
Elbe, Zeitz	67	+1	67	+1	Rhin	438	+49	438	+49
Dresden	-18	-1	-18	-1	Redar, Heilbrunn	198	-40	198	-40
Barby	240	-16	240	-16	Rhein, Bietheim	180	+15	180	+15
Magdeburg	206	-8	206	-8	Wesel, Trier	298	+7	298	+7

+) + bedeutet Hoch, - Fall, -) Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

# Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:

## Rom und die Campagna.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
Großes Militär-Doppel-Konzert.  
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte.

## Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Donnerstag, 15. Juli, abends 8 Uhr:  
**Der Troubadour.**

Oper in 4 Akten v. Verdi. (Altbesetzung.)  
Freitag: Kahlbrenner von Granada.  
Sonnabend: Der Freischütz.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr:  
**Die Sprudelfee.**  
Operette in 3 Akten v. D. Reinhardt.

## Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend.  
Amerik. Operette v. Jul. Freund.  
Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz.  
Tänze von Mr. Bishop.  
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Apollo Theater**  
Letzter Monat.  
9.50 Juni 86. Male: 9.50

## Hartstein

Er oder Er.  
Vorher: Jean Paul.  
Die 9 Yankee Doodle Girls.  
Die lustigen Zecher.  
Original-Stück von Leo Gilward.  
Ab 8 Uhr: Das übliche phänomenale Programm.

**WINTER GARTEN**  
7 6 5

## „La Pia“

in ihren Phantasie-Tänzen.  
**Verona Cycle-Troupe**  
!! Six Juggling-Girls !!  
sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms.

Reservierter Platz 2 M., Entree 1 M. (einschl. Programm u. Garderobe).

**Dühmann's Theater**  
Schönhauser Allee 118  
Königsplatz-Str. 17/18

## Goldene Jugend.

Ausstellungs-Operette von Walter Fricke.  
Sowie 12 erstklassige Spezialitäten.  
**Gustav Müller.**  
Beginn 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)  
Täglich:  
**Madame Bonnard.**  
Schwan in 3 Akten von Alexander Dumas und Antony Mars.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Täglich:  
**Der Biberpelz.**  
Eine Diebeskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 108-114  
Täglich:  
**Erstklass. Spezialitäten u. Konzert.**  
Heute, Donnerstag, **Elitetag.**  
den 15. Juli 09:  
Das hervorragende Juli-Programm.  
**Doppel- und Militär-Konzert.**  
3 3 **Monster-Brillant-Feuwerk.** 3 3  
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.

Abfahrtsstelle  
**Schillingsbrücke**  
am Schlesischen Bahnhof.  
**Billige Dampfer-Ferienfahrt mit Musik nach Berliner Schwoiz**  
Täglich früh 9 1/2, mittag 2 Uhr.  
Hin und zurück nur 60 Pf. (\*)  
Robert Tismer.

# Bildschön

macht ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weiße sammetweiche Haut und blendend schöner Teint.  
Alles dies erzeugt die allein edle  
**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
von Bergmann & Co., Raddeburg, à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

## Brunnen-Theater

Dobstraße 58. Direktion: Will Voigt.  
Heute (sowie täglich):  
X **Erstklassige Spezialitäten!** X  
Novität! Novität!  
**Eine tolle Nacht.**  
Gr. Ausstattungsgelbeschäft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Freund und Rannschidt.  
Kaffeneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 Uhr.

## Passage-Panoptikum.

Lebend!  
**Die letzten weiblichen Wesen** vom Stamme der **Azteken!**  
Aga, die schwebende Jungfrau.  
Ganz Berlin zerbröckelt sich den Kopf über Aga.  
Alles ohne Extra-Entree.

## Passage-Theater.

Morgen, Freitag, 16. Juli:  
**Eröffnung der neuen Saison**  
im glänzlich umgebauten und renovierten Theatersaal.  
**2 Eingänge** von Unter den Linden.  
Das sensationelle Eröffnungs-Programm.

## Berliner Prater-Theater

Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Man lobt ja nur einmal!  
Havemanns größte Raubtierchule d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

# Freie Volksbühne

Die alten Mitgliedskarten müssen zum Umtausch in der bisherigen Zahlstelle abgegeben werden.  
Der letzte Abholungstermin für die neuen Mitgliedskarten ist der 5. August. Ueber die bis zu diesem Tage nicht abgeholt Karten wird anderweitig verfügt.  
**Werbet Mitglieder für die neuen Abteilungen.**  
241/8 Der Vorstand: In Vert. G. Winkler.

## Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 47/48.  
Täglich:  
**Theater-Vorstellung.**  
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr, Sonntag 6 Uhr, Sonn- u. Feiertag 5 Uhr.  
Garteneröffnung 8 Uhr.  
Jeden Sonntag **Erntedankfest, Spezialitäten und Solce** der „Lustigen Sängers“.  
Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 16.  
Zum letzten Male:  
**Die Liebesprobe.**  
Charakter-Quintett in 3 Akten.  
Vorher: Erstklassige Spezialitäten.  
Anfang 7 Uhr, Entree 30 Pf.  
Sonnab.: Der Schuster als Millionär.

## Reichshallen-Theater.

Heute: Letzte Solree der **Stettiner Sängers**  
vor ihrer Heimreise.  
Anf. 8 Uhr.  
Morgen, Freitag, den 16. 7.:  
1. Gespield Winter-Tymian  
m. seiner berühmten Orchesterschwärmer.

## Zirkus Charles

Maybach-Ufer  
an der Thielens-Brücke,  
Straßenbahnlinien 94, 46 u. 22.  
Tel. Amt R. 1418.  
Abends 8 Uhr:  
**Elite-Gala-Vorstellung.**  
mit einem noch nie vorher hier geseigten mannigfaltigen Sensations-Programm, jede einzelne Nummer eine **Attraktion u. Schlager.**  
Täglich abds. 10 U. 20 Min.: Auftreten der weltberühmten **Löwen-Dompteuse**

## Miss Charles

mit ihren **14 wilden Löwen 14**  
einzig dastehend ohne Konkurrenz.

## Volksgarten-Theater

früher Weimanns Volksgarten  
Täglich: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.  
Das neue Juli-Programm.  
Gustav Eulenburg. X Trudi Truh.  
Gosch. Wiedemann, Th. S. Syburg.  
Der Brandstifter von Berlin.  
Volksst. m. Gef. u. Tanz u. Reislängen.

## Königstadt-Kasino.

Polzmarktstr. 72 (Gde Alexanderstr.)  
Tägl. 1 herrl. Natur-Sommergarten bei unangenehmiger Witterung 1. Saale Gr. Theater- u. Spez.-Vorstellung.  
**Eine fidele Kiste** Schwant m. Gef. von Braune.  
Molner, Danby, Les Mignons, Byron u. erstklassige Spezialitäten.  
Anf. wochent. 8, Sonntag 5 Uhr.

## Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle  
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Vorl. Leitung: Walter Gravenitz.  
Neben Donnerstag: **Elitetag.**  
Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

## Schweizer-Garten

Am Königsplatz, Am Friedrichshain  
Anfang 4 resp. 5 Uhr  
Täglich **Entree 30 Pf.**  
**Theater-Vorstellung**  
Spezialitäten, D. neue Juli-progr.  
Kinematograph, Volksbelustigung  
Feb. 15. **Der Seekaleck** (Eingpiel)  
10 Uhr: **Der Seekaleck** in 2 Akten.  
Feb. 16. **Der Seekaleck** in 2 Akten.

## Lessing-Theater.

Gespield d. Neuen Operetten-Theaters.  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Dollarprinzessin.**  
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

## Berliner Theater.

Operetten-Gespield.  
Täglich 8 Uhr:  
**Ein Herbstmanöver.**

## Neues Theater.

Abends 8 Uhr:  
**Der Hoteldieb.**  
Freitag: Der Hoteldieb.  
Sonnabend, zum 1. Male:  
**Sein Sündenregister.**

## Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:  
**Der fiesche Hindi.**

## DERNHARD ROSE THEATER

Gr. Frankfurter Str. 192.  
**Was eine Frau kann.**  
Komödie in 4 Akten v. Gorki u. Müllers.  
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Auf der Gartendüne Anfang 4 1/2 Uhr.  
Zum letzten Male: Berlin auf Steigen.  
Billi Kogon Spezialitäten.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Wesfahlerstraße 28. Filiale Berlin. Kernsprecher Amt IV Nr. 4787.  
Am Sonnabend, den 17. Juli 1909, findet in der Brauerei „Friedrichshain“ am Königsplatz das diesjährige

# Sommerfest

der Filiale Groß-Berlin unter Mitwirkung der Gesellschaft Strzelewicz statt.  
**Konzert. Ball.**  
Kinderadmeling, wozu jedes Kind eine Stoa. laterne gratis erhält! **Gratisverlosung für die Damen.**  
Die Kaffeeküche ist den Damen von 3 Uhr ab geöffnet.  Beginn des Konzerts um 5 Uhr.  
Billetts sind an allen Zahlstellen, im Verbandsbureau sowie bei den Hauskassierern zu haben. — Um rege Beteiligung ersucht.  
[1909/5]  
**An diesem Sonnabend fallen die Zahlheute aus.**

**Walhalla-Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Vor.  
Anfang 8 Uhr. Im Theater:  
Die grandiosen Spezialitäten.  
Im Garten: Freikonzert.  
Vor der spanischen Arena.

**Damms Volkspark-Theater.**  
(früher Diets.)  
Landsberger Allee 76/77, a. d. Ringl.  
Ab Freitag, den 16. Juli:  
Beginn einer Internationalen  
**Ringkampf-Konkurrenz,**  
wogegen die namhaftesten Kämpfer des  
In- und Auslandes ihre Teilnahme  
angekündigt haben.  
Vor d. Ringl.: Spezialität, Vorst.

**Elysium**  
Landsberger Allee 40/41, Ecke  
Petersburger Straße.  
Heute sowie täglich  
im prachtvollen Ratsgarten:

**Vorstellung**  
abwechslnd von  
**drei der bestrenommiertesten**  
**Sängergesellschaften.**

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wendt.  
Täglich:  
**Gr. Militär-Konzert.**  
Jeden Dienstag:  
**Gr. Kinder-Freuden-Fest.**  
Entr. 15 Pf. Nähe od. Schärpe grad.

**Wasch-Maschinen**  
dir. v. Fabr.-Nied.  
auf Teilzahlung!  
1 M. pro Woche  
1 Jahr. Garantie.  
**A. Wiener**  
BERLIN SW.  
Alexandrin-  
Straße 27 p.  
Platz-Vorstr. gos.  
erster Hoflieferant-Firma  
weit unter Wert sofort ver-  
käuflich Französischstraße 15, i. r.

**Planino**  
erster Hoflieferant-Firma  
weit unter Wert sofort ver-  
käuflich Französischstraße 15, i. r.

**Tod der Todesstrafe**  
von J. Stern.  
Der Verfasser der vorliegenden  
Schrift, Genosse Stern, wendet  
sich in bescheiden Worten gegen die  
Todesstrafe, die sich aus der Bar-  
barei bis in unsere Tage erhalten  
hat. Stern führt die Gründe an,  
welche die Aufhebung der Todes-  
strafe notwendig machen, und er-  
belegt diese Aufforderung durch  
zahlreiche Beispiele hervorragender  
Denker. Einige einleitende  
Worte der Broschüre sind der  
historischen Entwicklung der Todes-  
strafe bei den verschiedenen Völkern  
gewidmet.  
Preis 50 Pf.  
Vereinsausgabe 20 Pf.  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW.  
Lindenstr. 69, Laden.

**Arbeiter-Jungenossenschaft „Paradies“ zu Berlin**  
E. G. m. b. H.  
Sonntag, den 25. Juli 1909, vormittags 9 1/2 Uhr,  
= Siebente ordentliche Generalversammlung =  
in den „Ritterfälen“, SW., Ritterstraße 75.  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und  
Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der  
Bilanz, sowie Beschlussfassung über die Verteilung des Gewinnes.  
3. Bericht von der Verbandrevision. 4. Neuwahlen des Vor-  
standes. 5. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat. 6. Eventuelle Anträge  
der Genossen. 7. Verschiedenes.  
106/16  
Genossen! Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines  
jeden Genossen, bestimmt zu erscheinen!  
**Niemand darf fehlen! Nur Mitglieder haben Zutritt!**  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Einlass!**  
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäfts-  
stelle, SO., Rottbuser Allee 44, Hofrecht, I. links, in den Kassenstunden, vor-  
mittags 8-10 und nachmittags von 4 1/2-7 Uhr, einzusehen. — Einvalge  
Anträge der Mitglieder müssen bis spätestens Dienstag, den 20. Juli,  
schriftlich beim Vorstande eingegangen sein. Die Versammlung wird pünktlich  
eröffnet.  
Der Vorstand:  
G. Dornes, Jr. Bernice, H. Reinecke.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
**Achtung! Stockarbeiter! Achtung!**  
Heute, Donnerstag, den 15. Juli, abends 5 1/2 Uhr, in den  
„Ritterfälen“ (Inhaber Bericht), Ritterstraße 75:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Meister- und Arbeiter-Organisation. 2. Freie Diskussion.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es dringend notwendig, daß  
sämtliche Kollegen erscheinen. Zu dieser Versammlung sind unsere Meister  
freundlicherweise eingeladen.  
Die Branchenleitung.

**Verband der Sattler und Portefeuller.**  
Ortsverwaltung Berlin.  
**Achtung! Militärsattler. Achtung!**  
Freitag, den 16. Juli, abends präzis 6 Uhr:  
**Außerordentliche Branchenversammlung**  
im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Der Streit bei der Firma Bruno Wiedermann. 2. Be-  
richt von den Verhandlungen mit den Fabrikanten bezüglich Fest-  
legung der Akkordpreise bei den anfertigenenden Militär-  
Kummeten. 3. Verschiedenes. 157/13  
Kollegen! Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung erfordert, daß  
alle zurzeit auf Militärarbeit beschäftigten Kollegen diese Versammlung  
besuchen.  
Die Branchenleitung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbüreau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.  
**Ausflug**  
der in der Metallindustrie beschäftigten  
**jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge**  
am Sonntag, den 18. Juli, nach **Sadowa-Pferdebucht.**  
Treffpunkt in Sadowa, Waldseite, 10 Uhr.  
Für Rückzügler bis 1 Uhr: **Pferdebucht.**  
Die Verbandsleute werden ersucht, unter den jugendlichen  
Arbeitern und Lehrlingen zu agitieren, daß dieselben sich an  
diesem Ausflug beteiligen.  
Vom Schlesischen Bahnhof gehen diezüge 8.23, 8.53 und 9.23 Uhr,  
von Stralau-Rummelsburg 8.27, 8.57 und 9.27 Uhr. 119/20  
Die Hauptbibliothek ist geschlossen und werden die-  
jenigen Kollegen, welche sich noch im Besitz von ent-  
liehenen Büchern befinden, ersucht, dieselben schleunigst ab-  
zuliefern. Die Wiedereröffnung der Bibliothek wird dem-  
nächst bekanntgegeben werden. Die Ortsverwaltung.

**Wald- und Landparzellen**  
Horori, Nähe Zehn- u. Grabowsee, verläßt von 200 W. an pro  
Parzelle (auch Teilzahlung)  
**Kassisko II, Paltadenstr. 86.**

An diesem  
Schild  
sind die Läden  
erkennbar.  
**ORIGINAL  
SINGER  
NÄHMASCHINE**  
in denen  
**SINGER**  
Nähmaschinen  
verkauft werden.  
Mastergültig in Konstruktion und Ausführung,  
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Bekanntmachung.**  
Der im Bauknechtengewerbe  
ausgehenden den Arbeitgebern und  
Arbeitnehmern bis zum 31. März  
1909 geltende Tarifvertrag war von  
den Arbeitgebern rechtzeitig gekündigt  
worden.  
Da über einen neuen Tarifvertrag  
eine Einigung nicht erzielt werden  
konnte, vielmehr am 1. April 1909  
die Ausübung der Klempner seitens  
der Arbeitgeber und der Streik der  
Klempner erfolgte, hatte die Schlicht-  
ungs-Kommission das Gewerbegericht  
Berlin als  
**Einigungsamt**  
zur Erledigung der Tariffrage an-  
gerufen.  
Nach längeren Verhandlungen ge-  
langte das Einigungsamt in der  
Sitzung vom 16. Juni 1909 zu nach-  
stehendem  
**Schiedsspruch,**  
der den anmelnden Vertretern beider  
Parteien verkündet wurde:  
§ 1.  
a) Die Arbeitszeit beträgt neun  
Stunden pro Tag. Vom 1. No-  
vember bis 1. März kann die  
Arbeitszeit verkürzt werden. So-  
halb die Arbeitszeit verkürzt wird,  
muss dieselbe für Bau- und Werk-  
statt möglichst gleich sein.  
b) Sonnabends kann die Arbeitszeit  
um eine halbe Stunde weniger  
als an anderen Wochentagen be-  
tragen. Am letzten Arbeitstage  
vor Eltern, Pfingsten und Weih-  
nachten kann zwei Stunden früher  
Feierabend gemacht werden. Dies  
gilt auch bei verkürzter Arbeits-  
zeit. Nur die wirklich geleistete  
Arbeitszeit ist zu bezahlen.  
Die Lohnzahlung muss bis Schluss  
der Arbeitszeit beendet sein. Warte-  
zeit ist als Arbeitszeit zu bezahlen.  
§ 2.  
Die Arbeit kann sowohl in Zeit-  
lohn als auch in Akkord ausgeführt  
werden. Hierunter sind alle Ar-  
beiten auf und für Bauten zu ver-  
stehen.  
Bei Akkordarbeit ist der Stunden-  
lohn als Mindestvergütung zu ge-  
währleisten.  
Die Auflösung des Arbeitsverhält-  
nisses kann auch bei Akkordarbeit  
jederzeit ohne Einhaltung einer Kün-  
digungsfrist und ohne Angabe von  
Gründen erfolgen. Erfolgt die Auf-  
lösung durch Verschulden des Arbeit-  
nehmers, insbesondere wegen Ver-  
zögerung der Akkordarbeit, so hat er  
nur Anspruch auf den für die bis  
dahin ausgenutzte Arbeitszeit tarif-  
mäßig zu gewährenden Stundenlohn.  
§ 3.  
Der Mindestlohn beträgt vom  
1. April 1909 bis 1. Oktober 1910  
72 Pf. pro Stunde, von da ab  
74 Pf. pro Stunde.  
Jungausgelernte, d. h. Klempner-  
gehilfen, die das 21. Lebensjahr noch  
nicht vollendet haben, erhalten als  
Mindestlohn bis zum vollendeten  
18. Lebensjahre 50 Pf., bis zum  
19. Jahre 55 Pf., bis zum 20. Jahre  
60 Pf. und bis zum vollendeten  
21. Jahre 65 Pf. pro Stunde.  
§ 4.  
Ueberrunden dürfen nur in drin-  
genden Fällen gemacht werden. Bis  
9 Uhr abends sind 25 Proz. Auf-  
schlag zu zahlen, von 9 Uhr abends  
ab und bei dringender Sonntags-  
arbeit sind 50 Proz. Aufschlag zu  
zahlen. Die Nachtarbeit beginnt um  
9 Uhr abends und darf nur 8 Stunden  
dauern. Jeder Aufschlag wird erst  
nach neunstündiger Arbeitszeit ge-  
zahlt.  
§ 5.  
Für die Vergütung von Fahrge-  
ld und Fahrzeit ist ohne Rücksicht auf  
die Wohnung des Arbeiters aus-  
schließlich maßgebend die jedesmalige  
Entfernung der Arbeitsstelle vom  
Geschäftslokal.  
Ist die Arbeitsstelle mehr als  
4 Kilometer vom Geschäft entfernt,  
so ist dem Arbeitnehmer das Fahr-  
geld für die täglich einmalige Hin-  
und Rückfahrt zwischen Geschäfts-  
und Arbeitsstelle mit dem vom  
Arbeitgeber zu bestimmenden Ver-  
kehrsmittel zu vergüten.  
Ist die Arbeitsstelle mehr als  
15 Kilometer vom Geschäft entfernt,  
dann ist außer dem Fahrge-  
ld die Fahrzeit, resp. soweit eine Fahr-  
verbindung nicht vorhanden ist) die  
Laufzeit von 15 Kilometer ab, und  
sogar für den Hin- und Rückweg als

Die glückliche Geburt eines gesunden  
Jungen zeigen hochachtungsvoll  
**Davin Hahn und Frau Lise**  
geb. **Preppernau**  
Schöneberg, Sachsendamm 54 II.  
Heute früh 7 1/2 Uhr verschied  
nach langem, schwerem Leiden  
mein innigstgeliebter Mann, mein  
liebes Gütchen, der selbste Brauer,  
jetzige Gastwirt 5168  
**Gustav Bareinz**  
in seinem am 9. d. Mts. voll-  
endeten 49. Lebensjahre.  
Dies zeigt tiefbetriibt an  
Die trauernde Gattin  
**Anna Bareinz geb. Zwanziger.**  
Charlottenburg, den 13. Juli 1909.  
Friedrichstr. 16.  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 16. d. Mts., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Friedhofes,  
Berlin, Müllerstr. 43/44, aus statt.

**Verband der freien Gast- und  
Schankwirte Deutschlands.**  
Ortsverwaltung Charlottenburg.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Gastwirt  
**Gustav Bareinz**  
am 13. Juli nach langem schweren  
Leiden verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Freitag, den 16. Juli er., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des hiesigen Friedhofes,  
Müllerstr. 43, aus statt.  
Um recht rege Beteiligung wird  
gebeten.  
Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß unser lieber Sohn  
**Bruno Weichel**  
im Alter von 12 Jahren am Son-  
ntagabend 7 1/2 Uhr von einem  
Landsknecht auf der Landsberger  
Allee überfahren wurde und dabei  
seinen Tod erlitt. Um stille Teil-  
nahme bitten die trauernden Eltern  
**Max Weichel nebst Frau**  
und Geschwistern, Heidenfeldstr. 10.  
Die Beerdigung findet am Frei-  
tag, nachmittags 5 Uhr, von der  
Leichenhalle der Anferleichen-  
Gemeinde, Weigenstr., aus statt.

Allen Verwandten, Freunden,  
Bekanntem sowie den Kollegen der Firma  
Kohmann und dem Gesangsverein der  
Schneider sage ich meinen herzlichsten  
Danke. **Emma Lie, geb. Zähring.**  
**Hermann Zerbe**  
am 11. Juli im Moabiter Kranken-  
haus verstorben ist. Sein tolle-  
glauber Sinn, sein ehrenhaftes und  
hiesiger Charakter werden ihm  
ein diebendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet heute  
Donnerstag, den 15. Juli, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Halle des Sophien-  
Friedhofes, Berg- und Invaliden-  
strassen-Ecke, aus statt. 6195  
Die Kollegen der Buchdruckerei  
**Beyer & Boehme.**

Allen Verwandten, Freunden, Be-  
kannnten sowie den Kollegen der Firma  
Kohmann und dem Gesangsverein der  
Schneider sage ich meinen herzlichsten  
Danke. **Emma Lie, geb. Zähring.**  
**Ortskrankenkasse der Gastwirte  
... und verwandten Gewerbe ...**  
zu Berlin.  
**Bekanntmachung.**  
Die 6. Abänderung zum Kassen-  
statut, nach welcher im § 15 in der  
dritten Zeile die Worte „oder durch  
Zustimmung“ gestrichen sind, wurde  
durch Beschluss des Bezirksausschusses  
vom 15. Juni d. J. genehmigt.  
Diese Abänderung tritt mit dem  
15. Juli d. J. in Kraft. 276/6  
Berlin, den 10. Juli 1909.  
**Der Vorstand.**  
Poppo, Braun,  
Vorsitzender, Schriftführer.

**Arbeiter-Wanderbund  
Die Naturfreunde  
Wanderfahrten**  
am Sonntag, den 18. Juli 1909:  
1. Jevernied-Neupfützsee-Branden-  
Lanfe-Berman.  
Abfahrt: Stettiner Vorortbahn-  
hof 6 1/2 Uhr vormittags.  
2. Tiefensee-Leuenberg-Nördlicher  
Gomengrund-Göthen-Jallenberg.  
Abfahrt: Briesener Bahnhof  
5 1/2 Uhr vormittags.  
3. Neu-Babelsberg-Potsdam.  
„Rinder-Ausflug“.  
Treffpunkt: Schlesischer Bahnhof-  
Wedding-Jenaufamer Straße 8 Uhr  
vormittags. 113

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt 62/9  
für Haut- und Harnleiden.  
**Prinzenstr. 41,** dicht am  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4  
**Hygienische**  
Medizinische, Neueste Katalog  
in empfehl. viel Acetate Prof. grad. u. G.  
H. Dager, Gummibroschüren  
Berlin SW., Friedrichstrasse 91/92

**URANIA**  
**SALONÖL**  
DEUTSCH-AMERIKANISCHES PETROLEUM-GESellschaft

Das unverfälschte  
rein amerikanische  
Sicherheits-Petroleum  
**Urania-  
Salonöl**  
ist in allen Geschäften erhältlich, wo das bekannte  
Plakat mit dem **Indianerkopf** aushängt. 255/12\*

**Erwarte Dich um 8 Uhr früh!**  
10 1/2 Stunden abends 8 Uhr, denn es ist die höchste Zeit. Die Preise sind herabgesetzt und selbsthaft 11 Pf.  
die Lager sind überfüllt. Es kommen zum Verkauf: Herren-Anzüge, Herren-Jacken, Herren-Paletots, unter  
anderem ein großer Vorrat Herren-Kamms-Garderobe, in den letzten Verhältnissen hergestellt, aus prima Stoffen  
(Woll auf Geld), für jedermann passend, auf Lager. (17115)  
Jacket-Anzüge . . . . . 8 12 14 18 20. . . . . 10 14 18 20 22.  
Commode-Anzüge . . . . . 7 12 14 18 20. . . . . 9 13 17 21 25.  
Herren-Jacken . . . . . 3 4 5 7 9. . . . . 4 6 8 10 12.  
Einzeln Jacketts, Röcke, Fracks usw.  
J. WAND, Hauptgeschäft: Große Frankfurter Straße 116, an der Kottbusstraße.  
II. Geschäft: Chausseestraße 89, III. Geschäft: Brunnenstraße 179.

Nur durch ganz hervorragend feine Qualität  
hat der  
**Kapitän-Kautabak**  
seinen guten Ruf erhalten.  
Der echte Kapitän-Kautabak (gesetzt, geschützt)  
wird nur noch in **Kilketten** verpackt zum 10 Pfennig-  
Verkauf geliefert (in Rollen und Bündel).  
Unverpackte Ware ist, weil unecht, zurückzuweisen.  
Zu haben in Zigarrengeschäften usw., wo auch kleine  
Priemosen gratis erhältlich sind.  
Vortrieb: **Carl Röcker, Berlin, Gröner Weg 112 (Amt 7, 3861).**